

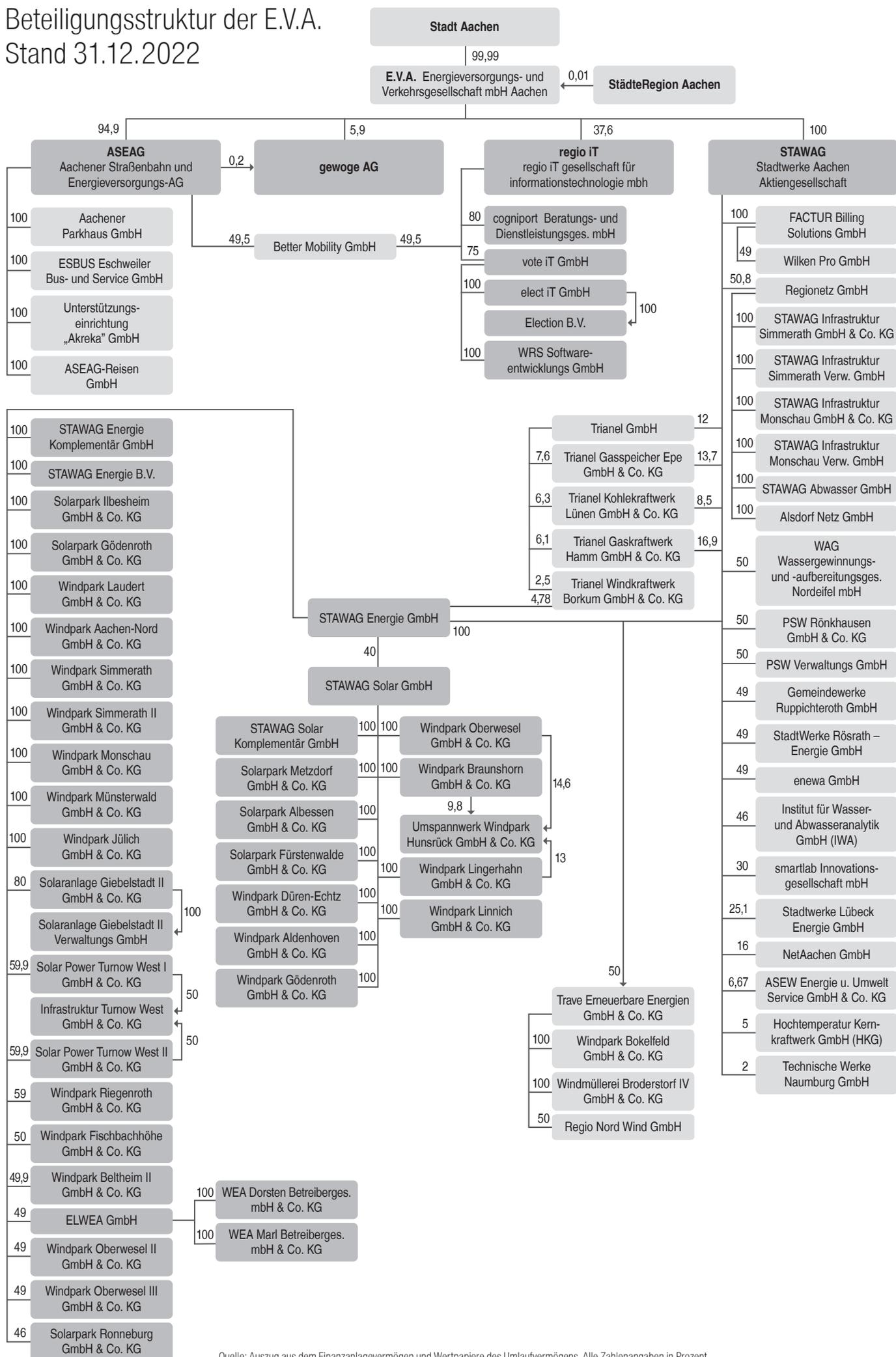
Stark verbunden,
eng vernetzt.



Geschäftsbericht 2022

eva...

Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2022



Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2022
Geschäftsbericht >>

50. Geschäftsjahr

eva...

Inhalt

Inhalt >>

Berichterstattung über die E.V.A.

6	Aufsichtsrat und Geschäftsführung
8	Lagebericht
45	Jahresabschluss
46	Bilanz
48	Gewinn- und Verlustrechnung
49	Anhang
64	Bestätigungsvermerk
68	Bericht des Aufsichtsrats

Berichterstattung über den Konzern

70	Konzernlagebericht
113	Konzernabschluss
114	Konzernbilanz
116	Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
117	Konzernanhang
142	Bestätigungsvermerk
145	Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat

Sibylle Keupen
Vorsitzende

Dr. Tim Grüttemeier
1. stellv. Vorsitzender

Manfred Wiemers
2. stellv. Vorsitzender

Jörg Bogoczek

Julia Brinner

Leo Buse

Guido Finke

Boris Linden

Kaj Neumann

Daniela Parting

Frank Reichmann

Dr. Michael Ritzau

Peter Tillmanns

Jakob von Thenen

Wilfried Warmbrunn

Oberbürgermeisterin, Stadt Aachen

StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen

kfm. Angestellter, E.V.A.

Dipl.-Ing. Versorgungstechnik, medfacilities
Studentin

kfm. Angestellter, E.V.A.

freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz
Geschäftsführer, SEG Hambach GmbH

Student

Fraktionsgeschäftsführerin, SPD Aachen

kfm. Angestellter, FACTUR

Generalbevollmächtigter, BET GmbH

Rechtsanwalt, selbständig

Pensionär

Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG

Geschäftsführung

Dr. Christian Becker

Michael Carmincke

STAWAG-Vorstand

Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur

ASEAG-Vorstand

Aachen, Diplom-Kaufmann

Bericht

Berichterstattung
über die E.V.A. >>

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet

und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die STAWAG ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, mit Gas, mit Wasser und mit Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec), im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit einem Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec.

Im Berichtsjahr 2021 hat die E.V.A. mit Vertrag vom 9. September 2021 weitere ein Prozent regio iT-Geschäftsanteile an die regio iT Beteiligungsgenossenschaft e. G. verkauft.

Somit hält die E.V.A. nun 37,64 Prozent Geschäftsanteile an der regio iT.

Die E.V.A. hält weiterhin 5,9 Prozent Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf dem abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie auf dem Dienstleistungsvertrag für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ist das preisbereinigte deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent gewachsen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 13. Januar 2023). Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht und liegen im Jahr 2022 damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. Insbesondere die Energieprodukte verteuerten sich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 34,7 Prozent nach einem Anstieg von 10,4 Prozent im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2023).

Die EU-Kommission erwartet für die Europäische Union ein Wachstum von 3,3 Prozent für das Jahr 2022, das damit über den Erwartungen für die deutsche Wirtschaft liegt (Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 11. November 2022: Wirtschaftsprognose: EU-Kommission rechnet mit geringerem Wachstum und höherer Inflation). Das geringere Wachstum Deutschlands ist dabei insbesondere durch die bedeutendere Rolle im Industriesektor begründet, wo sich hohe Energiepreise und Lieferkettenprobleme entsprechend stärker und wachstumshemmender auswirken als in anderen Ländern der Europäischen Union.

Der Arbeitsmarkt erweist sich nach wie vor widerstandsfähig. Die Arbeitskräfteknappheit wird allerdings zunehmend zur Wachstumsbremse. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg im Jahr 2022 auf ein Höchstniveau. Insbesondere im Dienstleistungssektor suchen fast alle Branchen nach neuen Mit-

arbeitern. (Quelle: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche_Lage/2023/20230113-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-januar-2023).

Dagegen ist der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2022 um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegt damit mit 403,6 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Ursache liegt gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) infolge stark gestiegener Energiepreise hauptsächlich in kurzfristig verhaltensbedingten Einsparungen und Energieeffizienzinvestitionen mit mittel- bis langfristiger Wirkung als auch in preisbedingten Produktionskürzungen in einzelnen Wirtschaftszweigen begründet. Knapp ein Prozent führt die AG Energiebilanzen auf die gegenüber dem Jahr 2021 wärmere Witterung zurück.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2022 um knapp 15 Prozent auf rund 96 Mio. t SKE zurückgegangen, was dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2014 entspricht. Hauptursache waren neben der zeitweisen deutlich milderen Witterung maßgeblich preis- und nachfragebedingte Absatzzurückgänge in allen Verbrauchsbereichen. Für das Gesamtjahr 2022 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen um etwa ein Prozent bzw. etwa 7 Millionen Tonnen. Bei der Wind- und Solarenergie ist ein Anstieg der Stromerzeugung um 12 Prozent bzw. 21 Prozent zu verzeichnen, wobei beide Branchen insbesondere von der außergewöhnlich günstigen Witterung profitiert haben (Quelle: AG Energiebilanzen e. V., Pressedienst vom 20. Dezember 2022).

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) meldet in seiner Bekanntmachung vom 24. Januar 2023 eine verhalten positive ÖPNV-Bilanz nach Corona und nach dem

9-Euro-Ticket. Die anhaltende Corona-Pandemie, die Energiekrise und die stark steigende Inflation haben die Fahrgastzahlen deutlich nach unten gedrückt. Durch das 9-Euro-Ticket, das im letzten Jahr bundesweit für drei Monate galt, konnten allerdings zahlreiche Fahrgäste zurück und neu hinzugewonnen werden.

Geschäftsverlauf

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem geplanten ausgeglichenen Betriebsergebnis in Höhe von -5 TEuro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 19,7 Mio. Euro den Planansatz von 17,7 Mio. Euro um 2 Mio. Euro, was insbesondere aus ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen resultiert. Der Gesamtaufwand fällt mit -18,9 Mio. Euro um 1,2 Mio. Euro höher aus als geplant. Die Planabweichungen begründen sich aufgrund von höheren Beratungsaufwendungen und von höheren EDV-Kosten.

Das Betriebsergebnis übersteigt das Vorjahresergebnis um 0,1 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 19,4 Mio. Euro liegen um 1,7 Mio. Euro über dem Planwert von 17,7 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13,7 Mio. Euro (Plan: 14 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 5,7 Mio. Euro (Plan: 3,7 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket). Die Planabweichung von 1,7 Mio. Euro resultiert insbesondere aus höheren Beratungs- und Prüfungskosten aus dem NERA-Projekt, von denen 1,3 Mio. Euro mehr an die STAWAG weiterberechnet wurden als geplant. Daneben fällt die Weiterberechnung des Beratungsaufwands aus dem Projekt S/4 HANA an die regio iT um rund 0,6 Mio. Euro höher aus als geplant.

Bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** handelt es sich größtenteils um Erträge aus aktivierten Personalleistungen aus dem S/4 HANA-Projekt (0,2 Mio. Euro) und um Erträge aus der Auflösung kurzfristiger Rückstellungen für Prozessrisiken (0,1 Mio. Euro). Ansonsten beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge

E.V.A. Leistungsindikatoren

Wirtschaftsplan

Jahresabschluss

Umsatzerlöse	TEuro	17.675	19.373
EBIT	TEuro	0	878
Beteiligungsergebnis	TEuro	5.899	36.879
davon ASEAG	TEuro	-37.170	-33.136
davon STAWAG	TEuro	41.158	67.996
davon regio iT	TEuro	1.745	1.852
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	125,0	112,4

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit -18,9 Mio. Euro um 1,2 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Der **Materialaufwand** fällt mit 4,5 Mio. Euro aufgrund höherer Beratungskosten für das S/4 HANA-Projekt (+0,6 Mio. Euro), höheren Kosten für SAP-Lizenzen, für die Wartung und für Applikationen der regio iT sowie für Arbeitnehmerleistungen von Dritten in den Bereichen Kaufmännisches Finanzwesen und Personalwesen um insgesamt 0,8 Mio. Euro höher aus als geplant.

Der **Personalaufwand** weist mit 10 Mio. Euro eine Planunterschreitung von 1,1 Mio. Euro auf. Diese ist auf geringere Vergütungen und soziale Abgaben zurückzuführen, da der Personalbestand der E.V.A. mit 112,4 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ; Vollzeitstellen) den Planwert um 12,6 MAÄ unterschreitet. Bei der Unterschreitung des Personals handelt es sich um 5,6 MAÄ in den Dienstleistungsbereichen der E.V.A. sowie um 7 Trainees.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** liegen bei 4,1 Mio. Euro und überschreiten den Planwert um 1,5 Mio. Euro. Die höheren Aufwendungen ergeben sich nahezu vollständig aus den Beratungs- und Rechtskosten für das NERA-Projekt.

Die **Abschreibungen** liegen mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau. Von den Abschreibungen auf Software, die den Großteil der Abschreibungen ausmachen, werden rund 0,1 Mio. Euro an Konzerngesellschaften weiterberechnet.

Das **Gesamtergebnis** der E.V.A. in Höhe von 26,4 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung von der STAWAG bzw. durch die Verlustübernahme von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2021 ein **Beteiligungsergebnis** von 36,9 Mio. Euro (Plan: 5,9 Mio. Euro) aus. Die Ursachen für die positive Planabweichung werden im Folgenden dargelegt:

Das Ergebnis der **ASEAG** in Höhe von –33,1 Mio. Euro ist um rund 4,1 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. Die Planung ging von einer Gesamtleistung von 77,5 Mio. Euro aus. Tatsächlich ist die Gesamtleistung um 1,5 Mio. Euro besser als geplant. Es wurden im Berichtsjahr Umsatzerlöse von –13,5 Prozent unterhalb des Planniveaus erzielt. Dies wurde jedoch durch die Zahlung in Höhe von 12 Mio. Euro aus dem Corona-Rettungsschirm kompensiert, sodass das verbesserte Ergebnis aus dem Wirtschaftsplan zustande kommt.

Die weiteren Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus den folgenden Effekten:

Die Materialaufwendungen (59,7 Mio. Euro) stiegen um ca. 7 Prozent gegenüber dem Planansatz (55,9 Mio. Euro). Das ist insbesondere auf gestiegene Treibstoffkosten und Fahrzeuganmietungen zurückzuführen.

Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit 32,8 Mio. Euro um 2,4 Mio. Euro unterhalb des Planansatzes.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen sowie dem Verkauf von Immobilien fielen die Abschreibungen um 1,2 Mio. Euro geringer aus als im Planansatz.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Plan geringfügig um rund 0,2 Mio. Euro. Im Wesentlichen ist dies auf den geringeren Aufwand für Dienstleistungen gegenüber der E.V.A. zurückzuführen.

Das Finanzergebnis fiel um 2,5 Mio. Euro besser aus als im Wirtschaftsplan angenommen. Das ist insbesondere auf den geringeren Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen wurden im Wirtschaftsplan mit 1,1 Mio. Euro angesetzt. Da der tatsächliche Jahresüberschuss der APAG (0,8 Mio. Euro; Plan 1 Mio. Euro) im Berichtsjahr aufgrund der anstehenden Sanierung des Parkhauses Rathaus und dessen Finanzierung thesauriert wurde, konnten lediglich Erträge in Höhe von 25 TEuro erzielt werden. Dabei fiel der Gewinn der ESBUS um 51 TEuro geringer aus als im Planansatz angenommen. Das Ergebnis der ASEAG-Reisen lag geringfügig unterhalb des Planniveaus.

Das Jahresergebnis (EBT) der **STAWAG** liegt im Geschäftsjahr 2022 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und infolge von außerordentlichen positiven Ergebniseffekten mit rund 74 Mio. Euro deutlich oberhalb der ursprünglichen Erwartungen.

Das Jahresergebnis der STAWAG wird dabei maßgeblich von den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine beeinflusst. So haben sich die Preisentwicklungen an den Energiemärkten insbesondere im Kraftwerksbereich bei der Vermarktung der Kraftwerksscheibe vom Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen,

(TKL) deutlich auf die Vermarktungsergebnisse ausgewirkt. Das überproportional angestiegene Preisniveau hat hierbei auch die Ergebnisbeiträge des STAWAG-Vertriebs und insbesondere auch der STAWAG Energie positiv beeinflusst. Gegenläufig hat sich ein längerer technischer Ausfall der Zuleitung zur Fernwärmeübergabestation, die sich im Eigentum von RWE befindet, deutlich negativ auf das geplante Ergebnis des STAWAG-Wärmebereichs ausgewirkt.

Die Ergebnisentwicklung im konventionellen Erzeugungsbereich der STAWAG stellt sich im Jahr 2022 infolge der Preisentwicklungen an den Energiemärkten deutlich positiv dar. Insbesondere die sogenannten Clean-Dark-Spreads im Jahr 2022 haben eine mit hohen Deckungsbeiträgen verbundene Vermarktung der Kraftwerksscheibe TKL (Anteilsquote: 8,45 Prozent) am Strommarkt ermöglicht, so dass im Geschäftsjahr 2022 mit dem Kraftwerksbetrieb TKL ein positives operatives Ergebnis in Höhe von rund 10,7 Mio. Euro erzielt werden konnte. Eine im Jahresabschluss 2021 für das Jahr 2022 ursprünglich vorgenommene Drohverlustrückstellung (DVR) in Höhe von 11,6 Mio. Euro für einen erwarteten defizitären Kraftwerksbetrieb TKL konnte überdies vollständig ergebniswirksam aufgelöst werden. Die Auflösung der DVR für das Geschäftsjahr 2022 führt damit zu einer Verringerung der zum 31. Dezember 2021 bestehenden Drohverlustrückstellung von rund 75,7 Mio. Euro auf 64,1 Mio. Euro zum 31. Dezember 2022.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung ist die STAWAG mit 16,9 Prozent überdies an der Trianel Gaskraftwerk Hamm & Co. KG, Aachen, (TGH) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern ein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Kraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen in Höhe von aktuell 11,5 Mio. Euro, das seinerzeit für die vorzeitige

Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 Zinserträge von rund 0,6 Mio. Euro. Es ist davon auszugehen, dass kurzfristig eine vollständige Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens inklusive bisher gestundeter Zinszahlungen erfolgen wird. Mittel- bis langfristig sind auch Ergebnisabführungen der TGH an die Gesellschafter als auch Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter vorgesehen.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Die operative Bewirtschaftung des Speicheranteils durch eine handelsorientierte Portfoliovermarktung am Gasmarkt führt im Jahr 2022 zu einem Deckungsbeitrag in Höhe von 2,7 Mio. Euro, der damit deutlich über dem geplanten Niveau liegt. Ursache hierfür ist die positive Entwicklung der Spreads im kurzfristigen Handelsbereich. Hier konnten trotz volatiler Gaspreise bei Handelsgeschäften zwischen den einzelnen Monaten deutlich positive Deckungsbeiträge erzielt werden. Gegenläufig wirkt eine Zuführung zu den Drohverlustrückstellungen zum 31. Dezember 2022 in Höhe von 1,7 Mio. Euro aufgrund der Erweiterung des Betrachtungszeitraums bis zum Ende des Speicherzugangsvertrags im Jahr 2028. Die Höhe der zum 31. Dezember 2022 bestehenden Drohverlustrückstellung für den Gasspeicherbetrieb beträgt damit 7,7 Mio. Euro.

Der Wärmebereich war im Geschäftsjahr 2022 im Wesentlichen vom Ausfall der größten Erzeugungseinheit Wärme mit der Fernwärmeübergabestation (FÜS) negativ betroffen. Ursächlich hierfür war ein Schaden an der Transportleitung vom RWE-Kraftwerk Weisweiler nach Aachen. Die ausbleibende Wärmelieferung musste insofern über Spitzenlastheizwerke mit entsprechend

hohen Energieeinsatzkosten erzeugt werden. Darüber hinaus ergaben sich geringere Deckungsbeiträge aus einem witterungsbedingt geringeren Wärmeabsatz sowie einer deutlich verspäteten Wiederinbetriebnahme eines Großkunden. Die ursprünglich für September 2022 vorgesehene Inbetriebnahme des Blockheizkraftwerks (BHKW) Schwarzer Weg mit einer Gesamtleistung von je rund 22 Megawatt elektrisch und thermisch verzögert sich zeitlich bis ins Folgejahr 2023.

Im vertrieblichen Stromgeschäft wurden die Verkaufspreise im Tarifikundensegment zum 1. März sowie zum 1. April differenziert erhöht, um die Kostenentwicklungen aufgrund des Ukraine-Krieges in Verbindung mit den ungeplanten Kundenentwicklungen abzubilden. Zum 1. Juli wurden die Preise um die weggefallene EEG-Umlage gesenkt. Aufgrund der genannten Kundenentwicklungen sind die Absatzmengen im Jahr 2022 im Tarifikundensegment mit 283,4 Gigawattstunden (GWh) stark angestiegen, womit die erzielten Umsatzerlöse insgesamt oberhalb des Vorjahresniveaus lagen. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen an Drittkunden mit 151,6 GWh ebenso, wie die Umsatzerlöse, leicht unterhalb des Vorjahresniveaus, die Umsatzerlöse aus Fahrplanlieferungen sind jedoch bei leicht rückläufigen Mengen aufgrund höherer Preise angestiegen. Im Tarifikundensegment Gas sind die Verkaufspreise zunächst zum 1. Januar aufgrund geplanter Kostensteigerungen angepasst worden, zum 1. März sowie zum 1. April folgten Preiserhöhungen analog zur Stromsparte. Zum 1. November mussten die Preise aufgrund der Bezugskosten- sowie der Umlagenentwicklungen nochmals erhöht werden. Die Absatzmengen lagen mit 666,3 GWh deutlich unterhalb der Werte des kalten Vorjahres. Auch im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 469,8 GWh unter dem Vorjahresniveau.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 sind diese unverändert geblieben. Aufgrund gesunkener Abnahmemengen auf 14,8 Mio. Kubikmeter liegen die Umsatzerlöse unterhalb des Vorjahreswertes.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz, erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im **Strombereich** bildete das Jahr 2022 das vierte Jahr der dritten Regulierungsperiode ab. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Das Verfahren für die ehemalige regionetz wurde im Jahr 2021 durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Gunsten der BNetzA beendet. Das Verfahren der ehemaligen INFRAWEST wurde nunmehr durch Urteil vom 12. Dezember 2022 des BGH ebenfalls zugunsten der BNetzA beendet, sodass beide Bescheide damit rechtskräftig geworden sind. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den

Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Im Laufe der Regulierungsperiode entfalten die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwertes und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors darauf eine erlösenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2022 mit 139 Mio. Euro etwa 9,3 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags, auf höhere Personalzusatzkosten und auf vorgelagerte Netzkosten zurückführen.

Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich jeweils durch Beschluss vom 5. Oktober 2016 abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 28. November 2018 für Strom bzw. vom 21. Februar 2018 für Gas hat die BNetzA schließlich auch den allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktor für die dritte Regulierungsperiode im Strombereich mit einer Höhe von 0,90 Prozent bzw. im Gasbereich mit einer Höhe von 0,49 Prozent festgelegt. Die Regionetz hat, wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch, Beschwerde gegen die vorgenannten Feststellungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht.

Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren noch abzuwarten bleibt.

Das Jahr 2022 bildet im Gasbereich das fünfte und somit letzte Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids weiterhin noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im ergangenen Bescheid an die INFRAWEST bzw. die in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Während der sukzessive Anstieg des Effizienzwertes der ehemaligen INFRAWEST über die letzten beiden Regulierungsperioden noch nachvollziehbar erscheint, ist der gegenüber dem Effizienzwert der zweiten Regulierungsperiode um annähernd 15 Prozentpunkte zurückgegangene Effizienzwert für die ehemalige regionetz aktuell nicht nachvollziehbar, sodass auch hier eine gerichtliche Überprüfung des noch ausstehenden Genehmigungsbescheids nicht ausgeschlossen werden kann.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017 erstmals, entsprechend den Vorgaben aus dem § 10 a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht und in der Folge auch für die Jahre 2019, 2020, 2021 und 2022 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2022 mit rund 78,1 Mio. Euro etwa 5,6 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2021 genehmigten Erlösobergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags und auf höhere Personalzusatzkosten zurückführen, die einer Senkung der vorgelagerten Netzkosten gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Gasbereich ohne größere Kürzungen von der BNetzA abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde zur Mitte des Geschäftsjahres auch der entsprechende Antrag für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich bei der BNetzA gestellt. Ein Ergebnis der Prüfung durch die Behörde liegt hierzu bisher nicht vor.

Im Rahmen der Festlegung des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode hat die BNetzA den EK für Neuanlagen (ab 2006 aktivierte Anlagegüter) mittlerweile auf 5,07 Prozent und für Altanlagen (vor 2006 aktivierte Anlagegüter) auf 3,51 Prozent – jeweils vor Körperschaftsteuer – festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der aktuellen Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 Prozent (für Neuanlagen) bzw. 5,12 Prozent (für Altanlagen). Zahlreiche Netzbetreiber, darunter auch die Regionetz haben Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisiko-prämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist.

Positiv zu beurteilen ist dagegen eine im Sommer des Jahres 2021 erfolgte Änderung der Strom- und Gasnetzentgeltverordnungen hinsichtlich des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes II (EK II),

der auf das betriebsnotwendige Eigenkapital oberhalb einer kalkulatorischen Eigenkapitalquote von 40 Prozent – ebenfalls mit Wirkung ab der 4. Regulierungsperiode – angewendet wird. Die nach der Verordnungsnovelle resultierenden Zinssätze für das überschießende Eigenkapital liegen erheblich oberhalb derjenigen Werte, die sich ohne diese Anpassung ergeben hätten. Hierdurch wird zumindest eine teilweise Kompensation des deutlich gesunkenen EK I erfolgen. Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2022 ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 56,8 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 18,3 Mio. Euro und auf das Gasnetz 18,6 Mio. Euro entfallen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 9,6 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 1,5 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 1,5 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 2,7 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf 4,6 Mio. Euro.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2022 im **Stromnetz** bildeten die Reparaturen und nötigen Erneuerungen auf Grund der durch das Hochwasser im Juli 2021 entstandenen Schäden. Darüber hinaus wurden Investitionen in größere Maßnahmen, wie die Anbindung des zukünftigen Campus West, umgesetzt.

Im Gasnetz lagen die Schwerpunkte insbesondere in der altersbedingten Erneuerung zahlreicher Versorgungsleitungen. Die Erschließung neuer Netzgebiete und die Herstellung von neuen Hausanschlüssen ist im Zuge der Energiekrise hingegen deutlich zurückgegangen. Für zukünftige Handlungsbereiche wurden Bewertungskriterien hinsichtlich einer künftigen Nutzung von Wasserstoff und/oder andere grüne Gase in die Erneuerungsentscheidung aufgenommen.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 etwa 46,9 Mio. Euro und liegt damit etwa 9,5 Mio. Euro

unterhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis wird über den bestehenden EAV – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWW) in Höhe von 13,6 Mio. Euro und den darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,5 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 30,7 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt. Die negative Planabweichung resultiert maßgeblich aus absatzbedingten Mindererlösen im Gas in Folge der Energiekrise bedingt durch den russischen Angriffskrieg.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die STAWAG Energie ihr Anlagenspektrum erneut deutlich erweitert. Am Standort Bokel im Landkreis Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein) gingen im Rahmen der Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lübeck, (Trave EE) – einer Kooperation zwischen der STAWAG Energie und der Stadtwerke Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) – vier neue Windenergieanlagen in Betrieb. Seit dem 18. Juni 2022 speisen auch in der Aachener Nachbarschaft im Windpark Jülich GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Jülich) zwei neue Anlagen klimafreundlichen Strom ins Verteilnetz ein. Mit diesen sechs neuen Anlagen der Leistungsklasse 4,5 MW bis 5,3 MW hat die STAWAG Energie nun die bislang leistungsstärksten Anlagen in ihrem Portfolio. Zukünftig werden über 22.000 Haushalte mit 74 Mio. Kilowattstunden Strom jährlich CO₂-neutral versorgt.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG Energie ein EBT von 17,5 Mio. Euro erzielt und damit den Planwert um rund 8,2 Mio. Euro übertroffen. Wesentlicher Treiber für das positive Ergebnis, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, waren deutlich über Plan liegende Ergebnisbeiträge der Wind- und Solarparks. Neben einer guten Anlagenverfügbarkeit waren hierfür vor allem hohe Marktwerte ergebnisrelevant, die die STAWAG Energie und deren Beteiligungen über die Direktvermarktung des produzierten Stroms erzielt haben.

Da die Vertriebskunden der FACTUR die in Folge des russischen Angriffskriegs stark angestiegenen Großhandelspreise im Jahr 2022 wiederum an ihre Endkunden weitergeben mussten, war das mit einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden mit sinkenden Zählpunkten bei den Kunden der FACTUR verbunden, was auch zu einem Umsatzrückgang bei der FACTUR geführt hat, da der erzielte Umsatz für die Prozessdienstleistung der FACTUR im hohen Maße mit der Anzahl der Zählpunkte korreliert.

Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und die ansteigenden Kapitalmarktzinsen führen im Finanzergebnis der FACTUR zu niedrigeren Belastungen als in den Vorjahren. Infolgedessen sinken die Zinsaufwendungen aus der gutachterlichen Bewertung der Altersruhegeldordnung. Zum 31. Dezember 2022 liegt der Gesamtumsatz der FACTUR bei insgesamt rund 29,6 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 5,1 Mio. Euro erwirtschaftet wurde. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) an der die STAWAG neben der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2022 Umsatzerlöse von 28,6 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,7 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2021 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 2,5 Mio. Euro erzielt. Davon wurden jeweils rund 1,1 Mio. Euro an die beiden Gesellschafter STAWAG und enwor ausgeschüttet und ein Betrag von rund 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorgetragen. Zusätzlich vereinnahmten die Gesellschafter eine Auskehrung aus den Gewinnrücklagen der WAG in Höhe von jeweils 1 Mio. Euro, sodass sich insgesamt ein Ergebnisbeitrag für die STAWAG in Höhe von 2,1 Mio. Euro ergibt.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den SW Lübeck beteiligt. Die SW Lübeck hatten zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Die neue TraveNetz umfasst insgesamt 119 kommunale Strom- und Gasnetze. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug hat die SHNG eine Beteiligung von 25,1 Prozent an der TraveNetz, erhalten, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den SW Lübeck gehalten werden. Insgesamt werden über die Strom- und Gasnetze etwa 368.000 Menschen versorgt, womit die TraveNetz einer der größten Energienetzbetreiber Schleswig-Holsteins ist. Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 32,1 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2021 in Höhe von rund 3,6 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 34 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der

Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Ergebnis von rund 1 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SWR-E voraussichtlich rund 0,5 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2021 phasenverschoben vereinnahmt. Zusätzlich hat die Gesellschafterversammlung der SWR-E beschlossen, aus den freien Mitteln der Kapitalrücklage wie geplant 0,1 Mio. Euro auszuführen. Insofern beläuft sich der Ergebnisbeitrag der SWR-E für die STAWAG im Jahr 2022 in Summe auf 0,4 Mio. Euro.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,3 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 1 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2021 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichterorth GmbH, Ruppichterorth, (GWR) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Aus der Beteiligung an der GWR hat die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 ein

phasenverschobenes Beteiligungsergebnis aus dem Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 77 TEuro erzielt. Aufgrund der Regelungen des Konsortialvertrages (Garantiedividende) ist die STAWAG zu einer Zahlung von 27 TEuro als Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet, die bei der STAWAG aufwandswirksam abgebildet wird. Insofern ergibt sich in Summe für das Geschäftsjahr 2022 ein phasenverschobener Ergebnisbeitrag in Höhe von 50 TEuro.

Aus dem im Geschäftsjahr 2021 erzielten Jahresüberschuss der Trianel in Höhe von rund 8,9 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 11,97 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 1,1 Mio. Euro im Jahr 2022 vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Trianel einen Jahresüberschuss von rund 46 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2022 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 3,3 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2022 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2021 in Höhe von rund 0,6 Mio. Euro.

Die Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2021 einen voraussichtlichen Verlust von rund 4,8 Mio. Euro erzielen. Der Verlust resultiert aus einer – im Zusammenhang mit den seit Herbst 2021 dramatisch angestiegenen Beschaffungspreisen auf den Energiemärkten – notwendigen Bildung von Drohverlustrückstellungen für nicht beschaffte Strom- und Gasmengen für die Jahre 2022 bis 2026. Gemäß dem EAV wird der oben erwähnte Fehlbetrag durch die Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH ausgeglichen.

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innova-

tionsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft verkauft und hält seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent. Der im Jahr 2021 erzielte Jahresfehlbetrag der smartlab in Höhe von 0,7 Mio. Euro wurde durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die smartlab mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2022 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 74 Mio. Euro und übertrifft die ursprünglichen Erwartungen damit deutlich. Die STAWAG plant einen Betrag in Höhe von 6 Mio. Euro für zukünftige Investitionen und zur Stärkung ihrer Bilanz- und Finanzstruktur in die Gewinnrücklagen einzustellen. Der verbleibende Gewinn von 68 Mio. Euro soll an die E.V.A. abgeführt werden.

Die **regio iT** hat aus ihrem Jahresüberschuss 2021 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,9 Mio. Euro (Plan 1,7 Mio. Euro) an die E.V.A. im Jahr 2022 ausgeschüttet und liegt damit um 0,2 Mio. Euro über Planniveau.

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2022 bei Umsatz und Jahresergebnis erneut stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Wachstumstreiber ist weiterhin der Digitalisierungsbedarf im kommunalen Bereich, der nicht zuletzt durch die Corona-

Pandemie transparent gemacht wurde. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb realisiert werden, in diesem Segment konnte der Umsatz von 93,4 Mio. Euro auf 105,1 Mio. Euro gesteigert werden.

Im Beratungsgeschäft konnte erneut ein hohes Umsatzniveau erwirtschaftet werden, auch wenn der Umsatz im Berichtsjahr mit 15,1 Mio. Euro leicht unter dem Vorjahresniveau liegt (15,3 Mio. Euro).

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Im Berichtsjahr konnten Zuwächse beim IT-Service für Schulen, durch die Übernahme des technischen IT-Betriebs der Stadt Ratingen, aber auch im Bereich der klassischen Kommunalverfahren erzielt werden. Auch Mengenzuwächse haben zu Umsatzzuwächsen geführt, da nach wie vor VDI-Arbeitsplätze, Remote-Zugänge und Videokonferenzsysteme stark nachgefragt werden. Weiterhin spielten SAP-Projekte sowie die Konsolidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert in hohem Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten, diese sind von 49,5 Mio. Euro auf 53,4 Mio. Euro im Berichtsjahr gestiegen.

Mit 11,7 Mio. Euro liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter dem Vorjahreswert (12,3 Mio. Euro).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (11,3 Mio. Euro) auf 14,8 Mio. Euro erneut deutlich gesteigert. Der Jahresüberschuss beträgt 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7,4 Mio. Euro).

Die im September ausgeschüttete Dividende 2022 der **gewoge** in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigt zum Stichtag 31. Dezember 2022 124 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 91 Vollzeit- und 33 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt der Personalbestand 112,4 MAÄ gegenüber einem Planwert von 125 MAÄ zum Jahresende.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Praktikanten und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum 31. Dezember 2022 140, davon 105 Vollzeit- und 35 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entspricht dies einem Personalbestand von 126,7 MAÄ gegenüber einem Planwert von 139,2 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 gilt:

Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 30. Juni 2017 beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten.

Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 66,6 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten.

Für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 gilt:

In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde ein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst, im Einzelnen wie folgt:

Die Gesellschafterversammlung beschließt, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 20 Prozent Frauenanteil für den Zeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 beizubehalten und bei der Geschäftsführung den Status Quo für den genannten Zeitraum nicht zu unterschreiten. Mittelfristig wird darüber hinaus angestrebt, den Frauenanteil im Aufsichtsrat wie auch in der Geschäftsführung deutlich zu erhöhen, um ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu erreichen.

Anmerkung:

Bei der E.V.A. hat es auf der 1. Führungsebene keine Veränderungen zum Vorjahr gegeben. Die Frauenquote beträgt unverändert 37,5 Prozent (Vorjahr: 37,5 Prozent) und liegt damit weiterhin um 12,5 Prozent (Vorjahr: 12,5 Prozent) unter der vom Vorstand angestrebten Zielgröße der Frauenquote von 50 Prozent für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022. In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde kein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für die 1. Führungsebene für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst.

Bei der E.V.A. hat sich aufgrund von Personalveränderungen (Wegfall von zwei Männern) auf der 2. Führungsebene die Frauenquote auf 30 Prozent (Vorjahr: 25 Prozent) erhöht. Die von der Geschäftsführung beschlossene und anzustrebende Frauenquote von 30 Prozent für den Zeitraum 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 konnte somit erreicht werden. In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde kein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für die 2. Führungsebene für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst.

Für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 hat sich im Aufsichtsrat die Frauenquote von 20 Prozent (Vorjahr: 20 Prozent) gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße wurde für den Zeitraum 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022 um 6,67 Prozent überschritten und der Status Quo von 20 Prozent als Zielgröße wurde für den Zeitraum 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 erreicht bzw. gehalten.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem sehr guten Ergebnis von 26,4 Mio. Euro ab (Vorjahr: 0 Mio. Euro). Aufgrund des Ergebnisses war eine Einlage von der Stadt Aachen im laufenden Geschäftsjahr (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro) gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages nicht erforderlich.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 36,9 Mio. Euro und liegt damit um 36,8 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 68 Mio. Euro um 28,2 Mio. Euro über dem Vorjahr. Wesentliche Ursache hierfür ist die Entwicklung an den Energiemärkten, die für ein positives Ergebnis im operativen Bereich sowie bei den Beteiligungsergebnissen beigetragen hat.

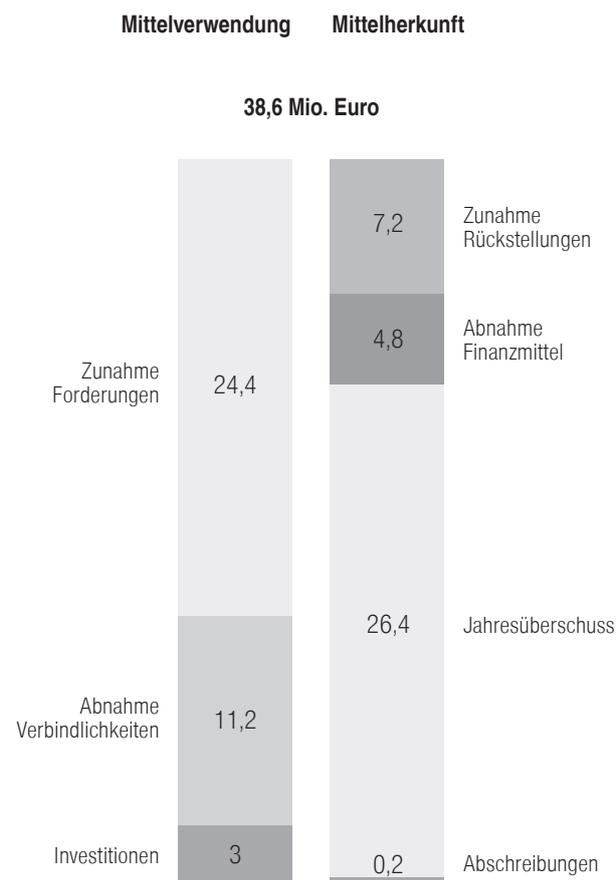
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 33,1 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 6,1 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt –2,5 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und 8,6 Mio. Euro aus einem verbesserten Finanz- und Beteiligungsergebnis, welches hauptsächlich aus geringeren Zinsen von 6,7 Mio. Euro bei den Pensionsrückstellungen resultiert. Die Verlustübernahme der Tochtergesellschaften fiel um 1,9 Mio. Euro geringer aus, da im Vorjahr in gleicher Höhe der Verlust der APAG übernommen wurde.

Die Beteiligungserträge lagen mit 1,9 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge um rund 1,1 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich insgesamt um 0,1 Mio. Euro auf 0,9 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 7,2 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro) und auf 5,3 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro). Der Zugang ist im Wesentlichen auf das bessere Beteiligungsergebnis gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Der Saldo aus Ertragssteuererstattungsansprüchen und Nachbelastungen für Vorjahre in Höhe von –1,1 Mio. Euro (Vorjahr: –1,5 Mio. Euro) resultiert im Wesentlichen aus einem Einspruchsverfahren für das Veranlagungsjahr 2000.

Finanzlage

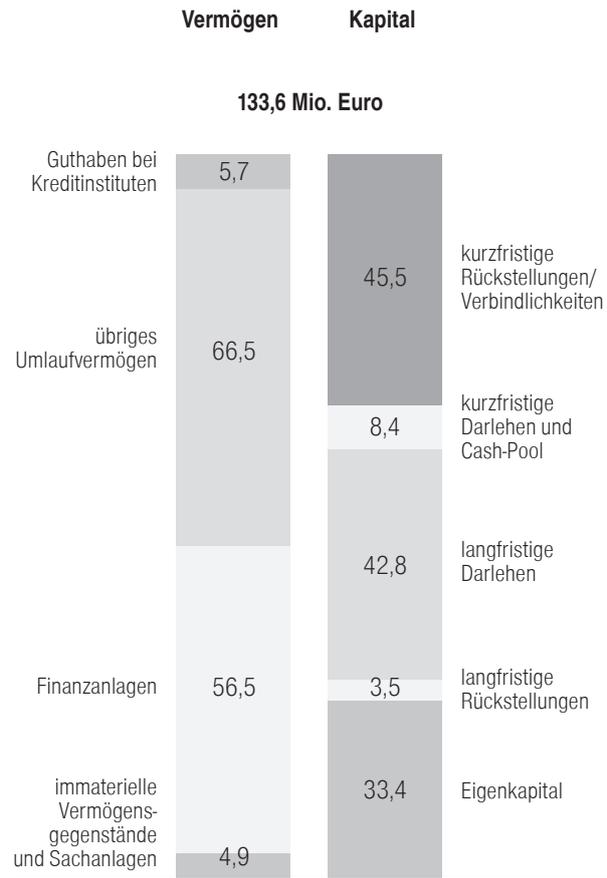


Im Jahr 2022 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 38,6 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 11,2 Mio. Euro aus der Abnahme der Verbindlichkeiten, vornehmlich gegenüber ASEAG als verbundenes Unternehmen, sowie aus der Zunahme von Forderungen mit 24,4 Mio. Euro, hiervon im Wesentlichen bei der STAWAG.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus dem Jahresüberschuss mit 26,4 Mio. Euro, Abnahme der Finanzmittel mit 4,8 Mio. Euro und aus der Zunahme der Rückstellungen, hierbei vor allem bei den Steuerrückstellungen mit 6,9 Mio. Euro.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 133,6 Mio. Euro und liegt damit um 22,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 46 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 4,2 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 49,8 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital von 33,4 Mio. Euro weitere 46,3 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 34,6 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 23,5 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 12,4 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und aus dem Cash-Pool liegen bei 6,3 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 34,1 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 33,1 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 25 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß §290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der APAG, der STAWAG Abwasser, der STAWAG Energie, der STAWAG Energie B.V., der FACTUR, der Regionetz, der Alsdorf Netz GmbH (Alsdorf Netz), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG, Aachen (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Laudert), der Windpark Monschau GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Monschau), der Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Aachen-Nord), der Windpark Simmerath GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Simmerath), der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Riegenroth), der Windpark Jülich GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Jülich) sowie der Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Münsterwald) einbezogen.

III. Prognosebericht

Angesichts der aktuellen Krisen und Herausforderungen hat die Weltwirtschaft im Jahr 2022 an Dynamik verloren, wobei sich die anhaltend hohe Inflation über Länder und Produkte hinweg ausgebreitet hat. Zudem hat der russische Angriffskrieg das Risiko einer Schuldenkrise in Ländern mit niedrigem Einkommen deutlich erhöht. Angesichts dieser Situation geht die OECD in ihrem Wirtschaftsausblick vom November 2022 von einem weltweiten Wirtschaftswachstum für das Jahr 2023 von 2,2 Prozent und für das Jahr 2024 von 2,7 Prozent aus. Dabei soll ein großer Teil des globalen Wachstums im Jahr 2023 auf die asiatischen Schwellenländer entfallen, während der Aufschwung in den USA und Europa an Tempo verliert. In diesem Zusammenhang wird vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in seiner Frühjahresprognose für das deutsche BIP eine moderate Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland von 0,5 Prozent unterstellt. Im Dezember 2022 waren die Ökonomen und Ökonomen der Bundesbank noch von einem Rückgang des BIP von 0,5 Prozent ausgegangen.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Inflationsraten auch im Jahr 2023 vorerst auf einem hohen Niveau verbleiben werden, wobei der Höhepunkt erreicht sein dürfte. Gemäß ifo Konjunkturprognose von März 2023 ist insbesondere von den Energiepreisen im Verlauf der kommenden Monate kein weiterer Aufwärtstrend mehr zu erwarten. Die Beschaffungspreise für Strom und Gas sind seit dem Spätsommer des vergangenen Jahres spürbar gesunken und rückwirkend zum Januar 2023 wirken die staatlichen Preisbremsen, was insbesondere die (energieintensiven) Unternehmen entlastet, deren Energiekosten von den Marktpreisen bestimmt werden. Von Seiten der Lohnkosten wird hingegen ein zunehmender Preisdruck erwartet, da

im Laufe dieses Jahres mit einem spürbaren Anstieg der tariflichen Entlohnung zu rechnen ist.

Insgesamt dürfte gemäß ifo Konjunkturprognose von März 2023 vor allem die Kerninflation (also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) im weiteren Verlauf nur langsam sinken und im Jahresdurchschnitt 2023 mit 6,3 Prozent deutlich höher liegen als noch im Vorjahr 2022. Da der Inflationsbeitrag der Energiepreise in den kommenden Monaten jedoch deutlich abnimmt, dürfte sich die Gesamtinflation von 6,9 Prozent im Jahr 2022 auf 6,2 Prozent im Jahr 2023 reduzieren. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der Preisanstieg dann wieder sukzessiv normalisieren.

Der **Wirtschaftsplan der E.V.A.** für das Jahr 2023 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus, das gegenüber dem Betriebsergebnis 2022 um rund 0,9 Mio. Euro niedriger ausfallen wird.

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die E.V.A. Umsatzerlöse in Höhe von rund 18,4 Mio. Euro, die voraussichtlich rund 0,9 Mio. Euro niedriger als die im Geschäftsjahr 2022 erzielten Umsatzerlöse liegen werden. Zudem sind für das Jahr 2023 sonstige betriebliche Erträge aus aktivierten Eigenleistungen im Projekt SAP S/4 HANA eingeplant, womit die geplante Gesamtleistung bei 18,6 Mio. Euro (2022: 19,7 Mio. Euro) liegt. Gleichzeitig geht die E.V.A. gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 mit 18,6 Mio. Euro auch von rund 0,2 Mio. Euro niedrigeren Gesamtaufwendungen aus. Insbesondere ist das durch geringere sonstige betriebliche Aufwendungen von rund 1 Mio. Euro sowie um 0,4 Mio. Euro niedrigere Materialaufwendungen begründet. Gegenläufig wirken sich die im Wirtschaftsplan 2023 mit –11,2 Mio. Euro um 1,1 Mio. Euro höheren Personalaufwendungen aus.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 13,2 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von –1,1 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2023 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 12,1 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von –2,7 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern von 9,3 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2023 116,1 MAÄ betragen.

Die Corona-Pandemie ist kunden- und erlösseitig auch im Geschäftsjahr 2022 eines der beherrschenden Themen des ÖPNV-Marktes und wirkt nachhaltiger als zu Beginn der Pandemie erwartet. Dennoch wird die Rolle des ÖPNV bei der Gestaltung der Verkehrswende weiterhin intensiv diskutiert und mündet zunehmend in konkreten politischen Beschlüssen. Auf tarifpolitischer Basis wurden von Bund und Ländern im Geschäftsjahr 2022 zuerst das deutschlandweite 9-Euro-Ticket und zu Beginn des Jahres 2023 das sogenannte Deutschlandticket beschlossen. Beide Tickets sollen die Nachfrage nach ÖPNV durch preispolitische Maßnahmen fördern und so einen Beitrag zum Klimaschutz erbringen. Auf lokaler Ebene ist die Basis für die angebotsseitige Diskussion die von der ASEAG im Herbst 2019 in die politische Diskussion eingebrachte „Vision 2027“. Diese beinhaltet neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots. Zwischenzeitlich wurden seitens der ASEAG in Zusammenarbeit mit der Verwaltung einige der in der „Vision 2027“ beschriebenen Ansätze weiter konkretisiert, so dass es zum Jahresende 2021 zu einem Grundsatzbeschluss über diese Maßnahmen im Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen gekommen ist. Dieser fließt nun in den

fortzuschreibenden Nahverkehrsplan ein. Der diesbezügliche Beschluss hierfür ist im Januar 2022 vom Mobilitätsausschuss gefasst worden. Weitere konkretisierende Beschlüsse erfolgten dann im Laufe des Jahres, wobei insbesondere die Maßnahmen für das Jahr 2023 im Fokus standen. Die ASEAG sieht hierin einen ihrer Anteile zur Konkretisierung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ der Stadt Aachen. Da die Finanzierung dieser umfangreichen Maßnahmen eine der wesentlichsten Herausforderungen darstellt, bewirbt sich die ASEAG weiterhin in Abstimmung mit den Aufgabenträgern um Fördermittel des Bundes und des Landes. Mit den Förderungen für die On-Demand-Verkehre in Roetgen und Laurensberg, so wie der Förderung der Schnellbuslinie SB 66 (Monschau-Aachen) konnten bereits signifikante Förderbeiträge eingeworben werden, so dass zumindest ein großer Beitrag der Anschubfinanzierung für eine Leistungsausweitung gewonnen werden konnte. Auch im Förderprojekt „Haaren clever mobil“ konnten Drittmittel in Millionenhöhe eingeworben werden (Projektstart 2023). Auch wenn die ASEAG bzw. ihre Aufgabenträger im Jahr 2022 bei keinem weiteren Förderprojekt mit dem Ziel der Angebotsausweitung zum Zuge gekommen ist, werden hier die Bemühungen fortgesetzt. Mit der „AG Innovation“ haben sich die Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen im Geschäftsjahr 2022 gemeinsam aufgestellt, um insbesondere ÖPNV-Themen, Radverkehr, Mobilitätsstationen u. ä. gemeinsam zu denken und voranzutreiben. Die ASEAG ist dabei wichtiger Ansprechpartner in den Facharbeitsgruppen und hat so die Möglichkeit mitzugestalten. Um dabei den Erwartungen der Aufgabenträger nach fachlicher Expertise gerecht werden zu können, hat sich die ASEAG im abgelaufenen Geschäftsjahr in diesem Bereich nochmals verstärkt und sucht noch aktiver als in der Vergangenheit den direkten Austausch mit den einzelnen Verwaltungen der Städte und Gemeinden im Bedienungsgebiet.

Bei all diesen umweltpolitischen Überlegungen spielt die derzeitig Corona-bedingte geringere Nachfrage nach der Verkehrsleistung zurzeit keine direkte Rolle, so dass mit einem Leistungsvolumen von etwa 19,4 Mio. Nutz-km pro Jahr die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im AVV bleibt. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und der nun beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans geht die ASEAG von einer sukzessiven Zunahme des Leistungsangebots aus. Dabei ist parallel insbesondere die Finanzierung der Zusatzverkehre immer zu berücksichtigen. Da durch die Ukraine-Krise nochmals erhebliche finanzielle Belastungen auf die Gebietskörperschaften zugekommen sind, dürfte die Finanzierung der Verkehrswende jedoch nochmals erschwert worden sein. Auch bedingt dadurch, dass erhebliche Zahlungsbereitschaften der Kunden durch die erwähnten tarifpolitischen Maßnahmen des Bundes und Landes nicht mehr für den Angebotsausbau zur Verfügung stehen werden.

Für die Erreichung des Ziels der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch in außerstädtischen Kernbereichen voranzutreiben, konnten weitere wichtige Schritte gegangen werden, die allerdings bisher nicht in finalen Beschlüssen gemündet sind. Jedoch wurde durch die Implementierung „AG Innovation“ durch die beiden Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen ein Gremium geschaffen, in dem alle Gemeinden im Bedienebiet der ASEAG gemeinsam an verkehrlichen Lösungen/Ansätzen arbeiten. Dies soll die Region in die Lage versetzen, ein regionales Gesamtoptimum zu schaffen bzw. Maßnahmen mit hoher Priorität konzeptionell vorbereitet zu haben, sobald sich Finanzierungsmöglichkeiten eröffnen.

Neben den aktuellen Beratungen der Städte und Gemeinden sind im Geschäftsjahr 2022 Projekte in die Umsetzungsphase eingetreten. So hat der On-Demand-Verkehr „NetLiner“ im teilweise ländlich geprägten Ortsteil Laurensberg der Stadt Aachen und in den Gemeinde Roetgen und Simmerath den Betrieb nach einer ersten Testphase nun vollständig aufgenommen. Gleiches gilt für die deutliche Ausweitung des Schnellbusangebots zwischen Aachen und Monschau (SB 66). Da die hier eingesetzten Busse über besondere Qualitätsmerkmale verfügen und einen ersten Aufschlag im Konzept der „Starken Achsen“ aus der „Vision 2027“ darstellen, hat sich die ASEAG dazu entschieden, diese Art des Angebots unter dem Begriff „RegioLiner“ zu vermarkten. Weitere Express- oder Schnellbuslinien sollen mittelfristig unter dem Produktnamen folgen. Dabei stellt die häufig enge betriebliche Verknüpfung unterschiedlicher Linien eine besondere Herausforderung dar. Auch die vom AVV koordinierten Untersuchungen zur Regio-Tram, einer Bahnverbindung zwischen Baesweiler und Aachen über Alsdorf und Würselen schreiten voran. Nach heutiger Auffassung sollen auch diese von der ASEAG betrieben werden. Die abschließenden Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden zu Beginn des Jahres 2023 erwartet. Auf Basis dieser Erkenntnisse soll auf politischer Ebene im Jahr 2023 über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Während die politischen Diskussionen angebotsseitig also weiterhin auf eine Ausweitung des Leistungsangebots hindeuten, hat sich im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen die Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen mit dem Deutschlandticket unerwartet stark fortgesetzt. Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen durch Fördermaßnahmen von Bund und Land kompensiert werden sollen, so ist die weitere Finanzierung des ÖPNV nunmehr langfristig nahezu

ausschließlich von Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene abhängig. Wie seitens der ASEAG mit erwarteten mittelbaren Effekten umgegangen werden soll (z.B. Preisdruck auch auf Einzelfahrscheine u.ä.) ist zurzeit vollkommen offen. Darüber hinaus wird der bereits heute bestehende Effekt der Preissteigerungen im Ticketsegment auf Höhe des Inflationsniveaus nicht ausreichen, um Kostensteigerungen zu kompensieren. Dadurch wird der Zuschussbedarf von Bund, Land und Kommune rasant zunehmen. Alternativ müsste es zu einem überproportionalen Ticketpreisanstieg kommen; dies hält die ASEAG jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Zunehmend ist festzustellen, dass es neben der altersbedingten Fluktuation auch zu Abgängen oder Arbeitszeitreduzierungen kommt. Mitarbeiter stellen für sich fest, dass die Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb nicht oder nur eingeschränkt zu ihren Vorstellungen passen. Dies ist eine für die ASEAG neue Entwicklung. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen und gegebenenfalls noch verstärken werden. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (zum Beispiel aufgrund von bestellten Mehrleistungen) abzudecken. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2022 über 40 Mitarbeiter eingestellt und weitere Leistungen an Auftragsunternehmer vergeben. Die Fluktuation in Verbindung mit einem auch im Jahr 2022 nahezu durchgängig hohen Krankenstand führten im Geschäftsjahr 2022 dazu,

dass der eigene Anspruch der ASEAG an den Erfüllungsgrad des Fahrplanangebots nicht durchgängig erreicht werden konnte. Zeitweise kam es daher für die Kunden zu stärkeren Störungen im Angebot. Dieses Problem in den Griff zu bekommen, wird eine der wesentlichen betrieblichen Aufgaben im Jahr 2023 sein.

Die ASEAG stellt sich natürlich auch in anderen Funktionsbereichen, insbesondere in den Planungsbereichen, für die Verkehrswende auf. Auch wenn hier im Jahr 2022 nahezu alle vakanten Stellen besetzt werden konnten, so sind diese Personalanpassungen, bezogen auf die Gesamtmitarbeiterzahl, insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die Personalbeschaffung in diesen Bereichen bleibt jedoch – trotz des positiven Verlaufs im Jahr 2022 – eine große Herausforderung, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen weiter fortsetzen wird. Dies gilt insbesondere im IT-Bereich, da die Digitalisierung auch vor dem ÖPNV nicht Halt macht, aber gleichzeitig bei Absolventen der relevanten Fachbereiche nicht als attraktiv bekannt ist. Aus diesem Grund bemüht sich die ASEAG, Studierende frühzeitig für die Verkehrsbranche zu interessieren. Hierbei setzt sie insbesondere auf studentische Jobangebote, die Betreuung von Bachelor-/Masterarbeiten, Teilnahme an Karrieremessen sowie auf das Angebot dualer Studiengänge. Für 2023 plant die ASEAG insgesamt mit einem Personalbestand von ca. 570 MAÄ. Dies ist gegenüber 2022 lediglich eine geringe Zunahme.

Im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Personalbereich geht die ASEAG davon aus, dass die Arbeitsmarktsituation dazu führen wird, dass Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte nach dem letzten Corona-bedingt moderateren Tarifabschluss wieder zunehmen werden und so der Kostendruck wieder steigt. Dem wirkt noch entgegen, dass ausscheidende Mitarbeiter in der Regel über Besitzstands-

regelungen verfügen, die dann für die neuen Mitarbeiter nicht mehr zum Tragen kommen. Dieser Effekt wird in den kommenden Jahren zunehmend geringer. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 36,1 Mio. Euro ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die trotz der aktuellen Zinsentwicklung auch im Jahr 2023 das Ergebnis noch belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils setzt sich durch den privaten Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort. Das Phänomen der stark ansteigenden Krankenstände wie bei der ASEAG ist jedoch bisher nicht im selben Umfang zu erkennen, so dass im Hinblick auf Kosten und Betriebsstabilität der Einsatz von Subunternehmern weiterhin Vorteile mit sich bringt. Darüber hinaus bringt die Existenz unterschiedlicher Tarifverträge bisher auch mit sich, dass nicht von gemeinsamen Streikaktionen ausgegangen werden muss. Aufgrund der etwa 50-prozentigen Fremdvergabe bei der ASEAG kann so im Streikfall also auch etwa 50 Prozent der Leistung für den Kunden erbracht werden und durch die zunehmende Nutzung der Apps der ASEAG (movA und naveo) ist auch eine deutlich verbesserte Kundeninformation möglich.

Corona-bedingt und durch das 9-Euro-Ticket kam es im Jahr 2022 zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungserlöse im Vergleich zu der Zeit vor Corona (2019). Diese konnten jedoch im Jahr 2022 durch einen ÖPNV-Rettungsschirm des Landes NRW und des Bundes vollständig aufgefangen werden. Ein solcher Rettungsschirm wird für das Jahr 2023 voraus-

sichtlich nicht vollumfänglich zum Tragen kommen, aber mit der geplanten Einführung des Deutschlandtickets zum Mai 2023 soll es eine Förderung auf Basis des Mengengerüsts des Jahres 2019 geben. Viele Details sind jedoch noch unbekannt.

Wie im Geschäftsjahr 2021 gilt für 2022, dass die Kundensegmente besonders stark betroffen sind, in denen der Fahrgast kurzfristige Entscheidungen treffen muss bzw. kann – z. B. Einzeltickets, Wochenkarten (Spontankunden). Produkte mit einer regelmäßigen Nutzung – Abo-Karten – waren nicht so stark betroffen. Mit zunehmendem Wegfall der Corona-bedingten Einschränkungen konnte in allen Segmenten eine deutliche Erholung verzeichnet werden. Weiterhin optimistisch stimmt die ASEAG zurzeit, dass sich Unternehmen zunehmend mit den Themen Nachhaltigkeit und attraktiver Arbeitgeber beschäftigen. Leider könnte mit dem Deutschlandticket der direkte Kontakt zu den Unternehmen verloren gehen, da der wirtschaftliche Vorteil eines Job-Tickets im Deutschlandticket deutlich geringer ist als der Vorteil, der über das klassische Job-Ticket im AVV im Vergleich zum Normaltarif entsteht. Der Arbeitgeber als bündelndes Element der Kundenansprache könnte für die ASEAG verloren gehen.

Für 2023 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 61,6 Mio. Euro aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 3,5 Prozent zum 1. Januar 2023 eingeflossen. Effekte aus dem inzwischen beschlossenen Deutschlandticket sind unberücksichtigt. Aufgrund dieser Entwicklung und der generellen Diskussionen über die Rolle des ÖPNV in Deutschland geht die ASEAG von einer weiteren Erholung der Nachfrage aus. Umsatzseitig wird diese aufgrund der erwähnten Preisreduzierungen jedoch nicht durchschlagen. Vielmehr werden Erlöse auf lange Sicht gegen staatliche Zuschüsse laufen und diese reduzieren. Ob dies dann auch für Erlöse aus

zusätzlichen Angeboten gelten wird, ist unklar, erschwert aber zumindest vorerst die Finanzierung eines weiteren Angebotsausbaus. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§ 228 ff. SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden in der Planung als konstant angesehen, doch auch hier herrscht derzeit noch viel Unklarheit darüber, welchen Einfluss das Deutschlandticket auf diese Finanzierungskomponenten hat. Außer Grundsatzaussagen, dass die Mittel im System ÖPNV bleiben sollen, gibt es leider nichts Greifbares. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Preise aus Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt erzielten Dieselpreise für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen.

Die Fahrgastanzahl ist auch 2022 im Stammgebiet Corona-bedingt gegenüber 2019 stark rückläufig. Im Vergleich zu 2021 steigt die statistische Fahrgastzahl zwar wieder leicht an, aber hier muss davon ausgegangen werden, dass es durch Corona und infolgedessen verändertem Nutzungsverhalten insgesamt zu einer geringeren tatsächlichen Nutzung der Monatskarten gekommen ist. Aus diesem Grund hat die ASEAG die Nutzungshäufigkeiten der Monatsprodukte pauschal reduziert.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sind im Laufe des Geschäftsjahres 2022 deutlich zurückgegangen und werden zu Beginn des Jahres 2023 sukzessive vollständig aufgehoben. Aus diesem Grund geht die ASEAG davon aus, dass sich im Jahr 2023 die Erholung der Fahrgastzahlen fortsetzt und die Kunden der Vor-Corona-Zeit wieder vollumfänglich erreicht werden können. Ob diese aufgrund von Homeoffice-Regelungen dann auch weniger fahren und ob dies durch Mehrfahrten mit dem Deutschlandticket anderer Kundenkreise kompensiert wird, muss beobachtet werden. Die Fahrgast-

zahlen im Jahr 2022 sind im Wesentlichen durch ein trotz Corona-Pandemie recht stabiles Kaufverhalten im Stammkundensegment und ein in Abhängigkeit der jeweiligen Corona-Situation sehr schwankendes Nachfrageverhalten der Gelegenheitskunden zu erklären. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen werden im vorliegenden Geschäftsbericht weiterhin zwei Angaben zu den statistischen Fahrgastzahlen gemacht. Vor dem Hintergrund, dass sich insbesondere zum Ende des Geschäftsjahres nachfrageseitig ein positiver Trend bemerkbar gemacht hat, blickt die ASEAG optimistisch in die Zukunft und geht davon aus, dass sich die Nachfrage weiter stabilisieren wird. Hierzu werden auch die mit den Aufgabenträgern in Diskussion befindlichen angebotsseitigen Maßnahmen ihren Teil beitragen. Kritisch beobachtet die ASEAG die Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, da erhebliche Veränderungen für den ÖPNV damit verbunden sind und bisher keine nachhaltige Finanzierungszusage vorliegt. Sollte sich das Deutschlandticket als langfristig nicht durch die öffentliche Hand finanzierbar herausstellen, wird die veränderte Preiswahrnehmung der Kunden Preiserhöhungen erschweren.

Nachdem im Jahr 2022 das Ergebnis besser als das Planniveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 42,6 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfristplanung kann dabei nicht erreicht werden. Maßnahmen zur Verkehrswende sollen durch Ertragszuschüsse der Stadt Aachen finanziert werden. Diese fließen der ASEAG als sogenannter vorweggenommener Ergebnisausgleich zu. Um die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht zu gefährden, wurde dieses Vorgehen mit der Stadt Aachen abgestimmt. Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch

moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert.

Auch für das Geschäftsjahr 2022 kommt es nicht zu der geplanten positiven Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG. Das Ergebnis liegt mit etwa 755 TEuro zwar wieder im positiven Bereich, jedoch Corona-bedingt deutlich unter Planniveau. Darüber hinaus wird das Ergebnis zur Stärkung der Eigenkapitalquote und zur Finanzierung anstehender Sanierungsinvestitionen in die Gewinnrücklage der APAG eingestellt. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG ein Ergebnis von über 2 Mio. Euro, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus die Ergebnisse 2024 und 2025 temporär belasten wird. Dabei wird zum Start des Geschäftsjahres 2023 eine Erhöhung der Parkgebühren in den innerstädtischen Parkobjekten der APAG umgesetzt, der idealerweise eine Erhöhung der Parkgebühren am Straßenrand seitens der Stadt Aachen nachfolgen wird. Ergebnisbelastend wirken sich umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere beim Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten, aus. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Bauunternehmen sich teilweise sehr volatil entwickeln. Ebenfalls belastend wirken sich die stark gestiegenen Stromkosten aus. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen war, hatte sich inzwischen ein neuer, stabiler Zustand eingestellt.

Durch die Schließung des Parkhauses Büchel im Geschäftsjahr 2020 wurde der Prozess nun erneut angestoßen. Aufgrund der pandemiebedingt vollkommen anderen Auslastungssituation lässt sich nicht final feststellen, ob die Planungsannahmen im Hinblick auf die Kundenbewegungen eingetreten sind. Zumindest ist in den Parkhäusern Couvenstraße und Adalbertstraße zu erkennen, dass diese sich deutlich besser in Zeitfenstern ohne Corona-Maßnahmen erholen als die meisten anderen Parkobjekte in Aachen.

Die positive Entwicklung im digitalen Vertrieb über die Mobilitätsplattform movA und seit Mitte 2022 über die ÖPNV-App naveo – eine Gemeinschaftslösung aller Verkehrsunternehmen im AVV zusammen mit dem AVV – hat sich im Geschäftsjahr 2022 fortgesetzt. Insgesamt können monatlich deutlich über 100 TEuro Umsatz auf diesen Vertriebswegen erzielt werden. Durch das differenzierte Produktsortiment spricht movA dabei zurzeit primär Gelegenheitskunden an, die andere Mobilitätsangebote mit dem ÖPNV gemeinsam nutzen möchten, während über naveo zurzeit primär Kunden mit Monatskarten angesprochen werden. movA stößt mit über 200.000 Downloads und inzwischen über 50.000 registrierten Kunden auf reges Interesse auch bei Firmenkunden, die in der Kombination aus ÖPNV und anderen Mobilitätsangeboten – gebündelt in einer App mit zusätzlichen firmenspezifischen Services der App – einen wesentlichen Baustein für ihr betriebliches Mobilitätsmanagement sehen. Der Hochlauf der naveo-App hat erst nach dem 9-Euro-Ticket richtig begonnen, so dass hier bisher nur wenige tausend Nutzer zu verzeichnen sind. Mit dem Deutschlandticket erhofft sich die ASEAG einen weiteren Push für diese Vertriebskanäle. Nach Einschätzung der ASEAG wird das betriebliche Mobilitätsmanagement eine wesentliche Bedeutung gewinnen, da sich Arbeitgeber hier nachhaltig mit einer Sozialleistung im Wettstreit um qualifizierte Arbeitskräfte positionieren

möchten. Ob dieser Trend durch das dann auch ohne Arbeitgeber bereits günstige Deutschlandticket gebrochen wird, ist abzuwarten. Mit movA hat die ASEAG zumindest die technische Möglichkeit, den Firmenkunden neben einem günstigen ÖPNV-Ticket weitere Vorteile einer arbeitgeberseitig unterstützten Mobilität näherzubringen.

Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio IT gegründeten Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility). Diese Gesellschaft bietet die technische Lösung auch außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung an. Bei der Rheinbahn AG, Düsseldorf, ist im Geschäftsjahr 2021 die Plattform „redy“ gestartet, die auf der Technologie der Better Mobility aufbaut. Insgesamt ist festzustellen, dass der Markt für den Vertrieb der Technologie enger wird. Dies liegt unter anderem daran, dass Hersteller klassischer ÖPNV-Ticket-Apps im Bereich MaaS (Mobility as a Service) deutlich nachentwickeln und ihren Bestandskunden ihre Lösungen zu sehr günstigen Preisen anbieten, um die Kundenbeziehung nicht zu verlieren. In allen Kundensegmenten dieser digitalen Lösung – Endkunde, Firmenkunde für Mitarbeiter und Firmenkunden als Betreiber einer Mobilitätsplattform – geht die ASEAG von einer zunehmenden Nachfrage aus, wenn die Unsicherheiten der derzeitigen Pandemie entfallen.

Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt auch weiterhin im Trend der Branche und wird politisch als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigem Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden

Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, weiterhin zu bestätigen.

Die steigende Inanspruchnahme der ÖPNV-Leistungen zum Jahresende 2022 wird sich auch im Jahr 2023 fortsetzen. In die Wirtschaftsplanung ist das prinzipiell eingeflossen. Welche Effekte jetzt letztendlich das Deutschlandticket bringen wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen. Dabei ist zu erwarten, dass das Deutschlandticket nicht nur Dauerkarten substituieren wird, sondern auch einen erheblichen Einfluss auf das Barsortiment haben wird. Heutige Gelegenheitskunden in Aachen sind beispielsweise ggf. Stammkunden in anderen Regionen Deutschlands und dürfen nun mit dem Deutschlandticket auch im Bediengebiet der ASEAG fahren. Aktuell geht die ASEAG davon aus, dass jeglicher Mindererlös durch die Förderung des Deutschlandtickets ausgeglichen wird, so dass hieraus kurzfristig keine negativen wirtschaftlichen Effekte erwartet werden.

Aufgrund der Kriegsverbrechen russischer Truppen hat die EU-Kommission im April 2022 ein Kohle-Embargo der Mitgliedstaaten gegen Russland beschlossen, dass nach einer Übergangsfrist im August 2022 vollständig in Kraft getreten ist. Zusätzlich hat die EU-Kommission auch Sanktionen für russisches Erdöl im Juni 2022 beschlossen. Von dem Importstopp sind im ersten Schritt Importe über den Seeweg und die Druschba-Pipeline ab Dezember 2022 betroffen gewesen. Im Februar 2023 ist in einem zweiten Schritt ein EU-Embargo für raffinierte Mineralölprodukte wie Diesel und Heizöl in Kraft getreten. Ziel der Importstopps ist es, die russische Wirtschaft weiter zu schwächen. Seit Januar 2023 bezieht Deutschland darüber hinaus kein Gas mehr aus Russland. Die fehlenden Gasmengen

werden durch Importe aus Norwegen, aus den Niederlanden und aus Belgien ersetzt. Nachdem eine Gasmangellage im Winter 2022 verhindert werden konnte, bleibt die Aufrechterhaltung der Gasversorgung gemäß einer Einschätzung der BNetzA insbesondere in Vorbereitung auf den Winter 2023/2024 eine zentrale Herausforderung.

Wirtschaftliche Risiken in Folge des russischen Angriffskrieges sind für die energiewirtschaftlichen Versorgungsunternehmen und damit auch für die **STAWAG** weiterhin gegeben. In engmaschigen Risikokomitee-Sitzungen der STAWAG werden die aktuellen Entwicklungen fortlaufend bewertet und entsprechende Maßnahmen mit dem Ziel einer Risikominimierung ergriffen. Sofern eine Aufrechterhaltung der Gasversorgung in Deutschland gewährleistet werden kann, bewertet die STAWAG ihre bestehenden Risiken zumindest als überschaubar. Die größten Herausforderungen ergeben sich aktuell aus der Beteiligung am TKL. Das im Jahr 2023 zu erzielende Vermarktungsergebnis der TKL-Kraftwerksscheibe ist stark von den weiteren Entwicklungen des Strommarktpreises am Großhandelsmarkt abhängig und mit entsprechenden Unsicherheiten behaftet. Eine etwaige Nichtverfügbarkeit des Kraftwerks könnte sich je nach Zeitpunkt, Dauer und der gültigen Marktpreise deutlich negativ auf die Ergebnisentwicklung auswirken. Darüber hinaus ist derzeit noch unklar, ob das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von seiner Ermächtigung gemäß § 48, Nr. 6 des Strompreisbremsengesetzes (StromPBG) überhaupt Gebrauch machen wird und eine Gewinnabschöpfung auch für Steinkohlekraftwerke durch Rechtsverordnung ausweiten wird. Dabei wäre auch ungewiss, wie eine etwaige Gewinnabschöpfung auf die bestehenden Stromlieferverträge (PPA-Verträge) mit den Gesellschaftern des Steinkohlekraftwerks anzuwenden wäre.

Abgesehen von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs erwartet der Vertriebsbereich der STAWAG im Jahr 2023 in der Strom- und Gaspartie zunächst eine rückläufige Absatzentwicklung im Industrie- und Geschäftskunden-segment aufgrund der hohen Marktpreise. In der Strompartie wird als Folge der Marktun-
bulenzen von großvolumigen risikobehafteten Handelsgeschäften abgesehen. In der Gaspartie wird zudem von einer durchschnittlichen Witterung ausgegangen, die einen absatzerhöhenden Effekt gegenüber dem warmen Jahr 2022 mit sich bringt. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr konstanten Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund der verstärkten Akquise ein Mengen-zuwachs zu erwarten, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2022	Plan 2023	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	720	498	-222	-30,8
Gas (Mio. kWh)	1.255	1.229	-26	-2,1
Wasser (Mio. m ³)*	15	15	0	0
Wärmecontracting (Mio. kWh)	11	13	+2	+18,2

* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2022 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte – im Falle eines Jahres 2023 mit normalen Temperaturen – der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass insbesondere im Gasbereich, aber auch im Strombereich, von nachhaltigen Energieeinsparungen auszugehen ist. Die Regionetz hat diese Erwartung bei den im Rahmen der Netzentgeltkalkulation angesetzten Energiemengen entsprechend berücksichtigt.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2022	Plan 2023	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.240,3	2.270,9	+30,6	+1,4
Gas (Mio. kWh)	5.082,2	5.756,9	+674,7	+13,3

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnisniveau von etwa 60,8 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2022	Plan 2023	Abw.	Abw. (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	644.606	635.786	-8.820	-1,4%
EBITDA (TEuro)	26.834	17.435	-9.399	-35,0%
EBIT (TEuro)	19.550	8.433	-11.117	-56,9%
EBT (TEuro)	73.996	60.842	-13.154	-17,8%

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2023 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der STAWAG liegt darüber hinaus auf der Steuerung und auf der Weiterentwicklung der Regionetz sowie auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundlichere Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden
- die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden, auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 126,4 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,3 Prozent wird trotz der weltweiten Krisen für das Jahr 2023 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regioiT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände

für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlagen der Markteinschätzung für 2022/2023 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und die Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2023 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro):

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)	Ist 2022	Plan 2023	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	153,6	156,2	2,6	1,7
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	105,1	108,6	3,5	3,3
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	15,0	14,8	-0,2	-1,3
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	21,8	20,2	-1,6	-7,3
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,8 %	9,5 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	89,0	93,3	4,3	4,8
Personalkosten	53,4	59,0	5,6	10,5
Personalkostenquote ²⁾	34,8%	37,8%	-	-
Ergebnis vor Steuern	14,8	10,9	-3,9	-26,4
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	9,6 %	7,0 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/BV) ./ Materialaufwand

2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 108,6 Mio. Euro eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 14,8 Mio. Euro weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2022) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 20,2 Mio. Euro nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt auch das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund von Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung, im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen und angenommenen Tarifierhöhungen, auf 59 Mio. Euro.

In der Folge erwartet die regio iT für 2023 eine Steigerung des Rohergebnisses von 80,9 Mio. Euro auf 93,3 Mio. Euro, bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 14,8 Mio. Euro auf 10,9 Mio. Euro.

Die regio iT beabsichtigt, den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nichtfinanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Vorjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Jahr 2022 wurde darauf aufgesetzt und die freiwillige Berichterstattung fortgeführt.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2023 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurde in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2022 auf Planniveau im Sommer 2023 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2022 ein recht heterogenes Bild. Zum einen löst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Energiekrise aus und erhöht damit sowohl die Liefer- als auch die Preisrisiken der STAWAG an den Beschaffungsmärkten. Andererseits hat die STAWAG in dieser Energiekrise mit ihrem diversifizierten Geschäftsmodell in den Bereichen konventio-

nelle Kraftwerksbeteiligungen und regenerative Energieerzeugungsanlagen profitiert.

Zudem kommt der STAWAG jetzt zugute, dass sie bereits vor einigen Jahren bei ihren konventionellen Energieerzeugungsbeteiligungen weitreichend Vorsorge betrieben hat. Im regenerativen Bereich stützen die erhöhten Energiepreise ebenfalls die Wirtschaftlichkeit bei gebauten Anlagen und erzeugen Spielraum für neue Investitionen.

Ein weiterer begünstigender Einflussfaktor auf die Risikolage der STAWAG-Gruppe ist das inzwischen deutlich erhöhte Zinsniveau. Infolge der Energiekrise und der hierdurch ausgelösten Inflation sind die Kapitalmarktzinsen so plötzlich und so massiv angestiegen, dass die in den vergangenen Jahren so ergebnisbelastenden Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen nun wieder schrittweise zurückgehen. Im Hinblick auf die anstehenden Zukunftsinvestitionen wird sich dieser positive Effekt jedoch drehen und die Notwendigkeit planbarer Rahmenbedingungen für Investitionen erhöhen. Die Unsicherheiten im energiewirtschaftlichen Umfeld halten weiter an. Ein Ausdruck hierfür sind die unverändert hohen Energiepreise und diversen Gesetzesvorhaben zum Erhalt der Versorgungssicherheit und zum Ausbau erneuerbarer Energien. Zudem ist derzeit nur schwer abschätzbar, welche Wirkungen sich aus dem Strompreisminderungsengesetz und der weiteren Entwicklung des Ukrainekrieges entfalten können.

Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG. Chancen könnten sich für die STAWAG-Gruppe bei günstiger Entwicklung der Strompreise aus der Vermarktung der Kraftwerksscheibe der TKL ergeben. Ebenfalls chancenreich bleibt die zwischen STAWAG und EWW bestehende Netzkooperation in der Regionetz, die sich bei Konzessionsaus-

schreibungen oder Netzverpachtungen als professioneller Netzbetreiber anbietet. Auch die auf regenerative Energien spezialisierte Tochtergesellschaft STAWAG Energie ist zuversichtlich, an dem von der EU und der Bundesregierung geplanten Ausbau erneuerbarer Energien durch neue Projekte teilhaben zu können. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2022 wird seit der Corona-Pandemie das Risiko einer Pandemie aufgeführt. Auch wenn die Corona-Pandemie nun schon länger als ursprünglich erwartet anhält, wird die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie als gering eingestuft. Dennoch zeigt sich in der derzeitigen Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind. Für die Geschäftsjahre bis 2022 werden diese Auswirkungen in großen Teilen durch den ÖPNV-Rettungsschirm aufgefangen. Für das Geschäftsjahr 2023 darf jedoch nicht sicher von einem analogen ÖPNV-Rettungsschirm ausgegangen werden. Insgesamt wird die Corona-Pandemie die seitens der Politik angestrebte Verkehrswende zu mehr umweltfreundlicher Mobilität – wozu auch der ÖPNV zählt – kurz- bis mittelfristig bremsen. Mittel- bis langfristig wird damit gerechnet, dass in städtischen Räumen der Trend zum ÖPNV wieder zunehmen wird. Diese Annahme stützt sich darauf, dass parteiübergreifend der Kampf gegen den Klimawandel befürwortet wird und aus politischer Sicht nur ein starker und funktionierender ÖPNV die notwendige Unterstützung bringt. Hierin sieht die ASEAG ihre große Chance als Mobilitätsdienstleister. Die Einführung des Deutschlandtickets unterstreicht diesen Aufwärtstrend zwar, birgt jedoch auch

Risiken. Wird nämlich die zusätzliche Kundennachfrage nach ÖPNV-Leistungen qualitativ nicht ausreichend erbracht, wenden sich die unzufriedenen Kunden für längere Zeit wieder ab und lösen negative Effekte auf die Ertragskraft der ASEAG aus. Sollte also die Finanzierung des Deutschlandtickets durch Bund und Länder nicht nachhaltig gesichert werden können, wird der Weg zurück zu einer höheren Nutzerfinanzierung nach Einschätzung der ASEAG extrem schwierig.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Wurde vor der Corona-Pandemie das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes der APAG als eher gering angesehen, so hat dieses Risiko vor dem

Hintergrund der Corona-Pandemie wieder an Bedeutung gewonnen. Zum einen ist zurzeit nicht vorhersehbar, wie sich die Pandemie auf die Innenstädte und damit die Parkhausnutzung auswirkt und zum anderen hat die Pandemie gezeigt, wie sensibel der Betrieb von Parkhäusern auf ein Ereignis einer Pandemie reagiert. Dies könnte dazu führen, dass entsprechende Risikofaktoren bei der Unternehmensbewertung ungünstiger ausfallen werden und somit den Unternehmenswert der APAG reduzieren. Zunehmende Instandhaltungsaufwendungen stellen eine weitere Herausforderung dar. Zur Stabilisierung des Unternehmenswertes wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2023 und der folgenden Jahre Steigerungen der Kurzparkertarife berücksichtigt. Nach über zehn Jahren ohne Preisanpassung wird dies als am Markt durchsetzbar angesehen, zumal davon ausgegangen wird, dass es im Rahmen der Klimaschutzdiskussion sicher zu weiteren Anpassungen der Parkgebühren am Straßenrand kommen wird. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung in Kombination mit der sprunghaft angestiegenen Inflation im Geschäftsjahr 2022 verstärken das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei

stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. des Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition an bei Haushaltsplanungen, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Zusätzlich zu den bereits heute vom Bund und vom Land bezuschussten Tickets für spezielle Kundengruppen (z.B. Studenten, Schüler, Empfänger von Sozialleistungen), wird mit der im Jahr 2023 geplanten Einführung des Deutschlandtickets eine generelle Subventionierung des ÖPNV durch Bundes- und Landesmittel für alle Kundensegmente eingeführt. Tarifpolitische Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse in der Region abzielen sind dadurch kaum noch realisierbar. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-

Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten. Schon heute ist festzuhalten, dass die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen beim Bund und beim Land erheblich zunimmt.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die von der STAWAG im Zuge des verabschiedeten Kohleverbrennungsbeendigungsgesetzes (KVBG) vorgenommene deutliche Erhöhung der Drohverlustrückstellungen für den Steinkohlekraftwerksbetrieb Lünen sowie die im Geschäftsjahr 2022 überproportional angestiegenen Preise auf den Energiemärkten mit ihren positiven Ergebnisauswirkungen auf die Vermarktung der Kraftwerksscheibe Lünen, den STAWAG-Vertrieb und die STAWAG Energie lassen eine unerwartet hohe Gewinnabführung der STAWAG an die E.V.A. von rund 68 Mio. Euro zu, sodass die E.V.A. mit einem Nachsteuerergebnis von ca. 26,3 Mio. Euro eine enorme

Reduzierung ihres Verlustvortrags vornehmen kann. Gemäß aktueller Mittelfristplanung ist zu erwarten, dass die energiewirtschaftlichen Ergebnisbeiträge die ÖPNV-Verluste auch in den nächsten Jahren wieder vollständig kompensieren bzw. übertreffen, sodass die E.V.A. den angestrebten Ergebnis- und Liquiditätsspielraum für Eigenkapitalstärkung und Entschuldung gewinnen kann. Die seitens der Stadt Aachen bis zum Jahr 2022 geleisteten Ausgleichszahlungen würden demzufolge auf dem aktuellen Niveau von rund 64,9 Mio. Euro verharren. Das Risiko einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 70 Mio. Euro erscheint nach derzeitigem Kenntnisstand ebenso unwahrscheinlich wie das potentielle Risiko einer mittelfristigen Unterkapitalisierung. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht kann die E.V.A. bei Bedarf weiterhin auch kurzfristige Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sicherstellt und der steuerliche Querverbund insofern weiterhin tragfähig ist. Es kommt also weiterhin darauf an, dass sich das im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und energiewirtschaftlichen Gewinnen manifestiert bzw. zusätzliche Mittel für die Finanzierung der Verkehrs- bzw. Mobilitätswende bereitgestellt werden. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2022 voll gerecht wurde.

Aachen, den 26. Mai 2023

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Jahresabschluss >>

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva	Anhang	31.12.2022 Euro	31.12.2021 TEuro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software		545.054,00	240
2. Geleistete Anzahlungen		0,00	351
		<u>545.054,00</u>	<u>591</u>
II. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		73.206,00	84
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		4.320.461,78	1.419
		<u>4.393.667,78</u>	<u>1.503</u>
III. Finanzanlagen	_ 1		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		53.722.346,11	53.722
2. Beteiligungen		2.793.168,12	2.793
3. Sonstige Ausleihungen		6.223,32	7
		<u>56.521.737,55</u>	<u>56.522</u>
		61.460.459,33	58.616
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	_ 2		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		13.327,85	58
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		55.606.225,94	28.208
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		484.265,78	324
4. Forderungen gegen Gesellschafter		178.550,24	4.133
5. Sonstige Vermögensgegenstände		10.175.152,13	9.305
		<u>66.457.521,94</u>	<u>42.028</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	_ 3	5.665.829,06	10.451
		<u>72.123.351,00</u>	<u>52.479</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.019,00	3
		133.585.829,33	111.098

Passiva	Anhang	31.12.2022 Euro	31.12.2021 TEuro
A. Eigenkapital	_ 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Verlustvortrag		-50.777.416,77	-50.778
IV. Jahresüberschuss		26.381.652,47	0
		33.407.115,70	7.025
B. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen	_ 5	3.298.248,00	2.898
2. Steuerrückstellungen	_ 6	8.293.131,74	1.381
3. Sonstige Rückstellungen	_ 7	1.226.018,36	1.286
		12.817.398,10	5.565
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		497.777,40	670
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	_ 8	47.584.767,55	58.469
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		630.204,65	409
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	_ 9	14.945.756,35	14.946
5. Sonstige Verbindlichkeiten		23.702.809,58	24.014
		87.361.315,53	98.508
		133.585.829,33	111.098

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	Anhang	2022 Euro	2021 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 10	19.373.310,71	17.205
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		186.826,37	62
3. Sonstige betriebliche Erträge	_ 11	171.199,03	597
4. Materialaufwand	_ 12		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		16.360,67	11
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		4.473.858,83	4.101
		<u>4.490.219,50</u>	<u>4.112</u>
5. Personalaufwand	_ 13		
a) Gehälter		8.278.854,38	8.185
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.753.579,00	1.727
		<u>10.032.433,38</u>	<u>9.912</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		188.264,10	146
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 14	4.142.587,77	2.927
Betriebsergebnis		877.831,36	767
8. Erträge aus Beteiligungen	_ 15	2.017.718,54	939
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 16	67.996.443,15	39.810
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 17	1.324.116,63	59
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	_ 18	33.135.504,62	39.209
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 19	1.287.792,40	1.466
Ergebnis vor Steuern		37.792.812,66	900
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 20	11.409.290,19	4.654
Ergebnis nach Steuern		26.383.522,47	-3.754
14. Sonstige Steuern		1.870,00	188
15. Ertrag aus der Ausgleichsverpflichtung	_ 21	0,00	3.942
Jahresüberschuss		26.381.652,47	0

Anhang

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), die eingetragen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen. Die E.V.A. stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Bundesanzeiger offengelegt wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem Jahr bis 17 Jahren vorgenommen. Für Zugänge ab 2008

wird ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Geschäftsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert in Höhe von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert. Laut den Regeln im Gesellschaftsvertrag zum § 15 Absatz 3 verpflichtet sich die Stadt Aachen zur Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung und zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Fortbestands der Gesellschaft einen Betrag unter Beachtung des EU-Beihilferechts auszugleichen (die „Ausgleichspflicht“), sofern das handelsrechtliche Eigenkapital gemäß § 266 Absatz 3 A. HGB vor Einbuchung des Anspruchs aus der Ausgleichspflicht die Hälfte des Eigenkapitals unterschreitet. Insgesamt ist der Verlustausgleich aller Zahlungen auf 70.000 TEuro beschränkt. Im Berichtsjahr war keine Ausgleichsverpflichtung erforderlich. Die Ausgleichsverpflichtungen und Zahlungen der Stadt Aachen betragen zum Bilanzstichtag unverändert insgesamt 64.731 TEuro.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurde unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2)

Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 1,78 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Absatz 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzins aus den vergangenen sieben Jahren (1,44 Prozent) beträgt 355 TEuro. Darüber hinaus wurde eine Bezügedynamik von 2,5 Prozent p. a. und eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweit spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 1,8 Prozent p. a. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil inklusive des Effekts aus der Zinsänderung wird unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinseffekt beträgt im Geschäftsjahr 141 TEuro.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 1,44 Prozent sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent p. a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren (notwendigen) Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand am 1.1.2022 Euro	Zugänge Euro	Umbuchung Euro	Abgänge Euro	Stand am 31.12.2022 Euro
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	5.681.277,39	66.661,25	391.214,24	0,00	6.139.152,88
2. Geleistete Anzahlungen	351.082,03	-23.824,04	-327.257,99	0,00	0,00
	6.032.359,42	42.837,21	63.956,25	0,00	6.139.152,88
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	772.843,12	24.434,61		0,00	797.277,73
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.418.496,30	2.965.921,73	-63.956,25	0,00	4.320.461,78
	2.191.339,42	2.990.356,34	-63.956,25	0,00	5.117.739,51
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	0,00	0,00	0,00	53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.793.168,12	0,00	0,00	0,00	2.793.168,12
3. Sonstige Ausleihungen	6.513,61	0,00	0,00	290,29	6.223,32
	56.522.027,84	0,00	0,00	290,29	56.521.737,55
	64.745.726,68	3.033.193,55	0,00	290,29	67.778.629,94
Abschreibungen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	5.441.214,39	152.884,49	0,00	0,00	5.594.098,88
2. Geleistete Anzahlungen	0,00				0,00
	5.441.214,39	152.884,49	0,00	0,00	5.594.098,88
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	688.692,12	35.379,61	0,00	0,00	724.071,73
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00				0,00
	688.692,12	35.379,61	0,00	0,00	724.071,73
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00				0,00
2. Beteiligungen	0,00				0,00
3. Sonstige Ausleihungen	0,00				0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	6.129.906,51	188.264,10	0,00	0,00	6.318.170,61
Buchwerte					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	240.063,00				545.054,00
2. Geleistete Anzahlungen	351.082,03				0,00
	591.145,03				545.054,00
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	84.151,00				73.206,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.418.496,30				4.320.461,78
	1.502.647,30				4.393.667,78
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11				53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.793.168,12				2.793.168,12
3. Sonstige Ausleihungen	6.513,61				6.223,32
	56.522.027,84				56.521.737,55
	58.615.820,17				61.460.459,33

_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

_2 Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 24.430 TEuro auf 66.458 TEuro.

Bei den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betragen 13 TEuro (Vorjahr: 58 TEuro).

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich wie folgt:

	2022 TEuro	2021 TEuro
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	54.460	26.291
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	71	34
Regionetz GmbH (Regionetz)	4	2
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	124	53
Aachener Parkhaus GmbH (APAG)	117	1.822
ESBUS GmbH (ESBUS)	829	0
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär)	1	6

Sie ergeben sich mit 63.996 TEuro hauptsächlich aus der Gewinnabführung der STAWAG. Mit den Forderungen wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 10.376 TEuro aufgerechnet, die im Wesentlichen aus anrechenbaren Steuern sowie aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung der STAWAG resultieren. Des Weiteren bestehen Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 883 TEuro gegen die ESBUS und die APAG.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, besteht, setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT), zusammen und betreffen vornehmlich Verwaltungsdienstleistungen.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** verringerten sich um 3.954 TEuro auf 179 TEuro und enthalten ausschließlich die Einbehaltung von Kapitalertragsteuer (Vorjahr: 179 TEuro).

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 10.132 TEuro (Vorjahr: 9.278 TEuro).

Im Berichtsjahr gibt es wie im Vorjahr keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

_3 Die Position **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus dem Cash-Pool-Masterkonto.

_4 An dem **Stammkapital** ist die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Absatz 2 Nr. 4 HGB beträgt unverändert wie im Vorjahr 43.753 TEuro.

_5 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

_6 Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von insgesamt 8.293 TEuro bestehen aus Körperschaftsteuerverpflichtungen in Höhe von 6.029 TEuro und aus Gewerbesteuerpflichtungen in Höhe von 2.264 TEuro.

_7 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, aus den Aufwendungen für Beiträge, für Prüfungskosten, für Archivierungskosten und für Prozesskosten.

_8 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** nahmen um 10.884 TEuro auf 47.585 TEuro ab. Sie betreffen im Wesentlichen die ASEAG in Höhe von 45.821 TEuro (Vorjahr: 57.113 TEuro) und resultieren mit 6.401 TEuro (Vorjahr: 10.102 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.300 TEuro aus einem Darlehen, mit 1.847 TEuro (Vorjahr: 3.472 TEuro) aus der Umsatzsteuer-Organisationsabrechnung und mit 33.136 TEuro (Vorjahr: 39.209 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme. Insgesamt ergibt sich nachfolgende Übersicht:

	2022 TEuro	2021 TEuro
Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-AG (ASEAG)	45.821	57.113
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	0	0
Unterstützungseinrichtung AKREKA GmbH (AKREKA)	1.580	1.019
ASEAG-Reisen GmbH	184	124
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	0	0
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	0	0
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS)	0	213

_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren mit 12.400 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen mit einer Restlaufzeit bis zum 31. Dezember 2025 und mit 2.546 TEuro aus einem Darlehen der StädteRegion Aachen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2022	Restlaufzeiten			31.12.2021
	gesamt TEuro	bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro	gesamt TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	498	498	0	0	670
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	47.585	43.285	4.300	0	58.469
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	630	630	0	0	409
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.946	0	14.946	2.546	14.946
5. Sonstige Verbindlichkeiten	23.703	156	23.547	0	24.014
davon aus Steuern	404	404	0	0	404
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0	0
	87.362	44.569	42.793	2.546	98.508

Die Restlaufzeiten der Vorjahresverbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2021 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	670	670	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	58.469	58.469	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	409	409	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.946	0	14.946	2.546
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.014	467	23.547	0
davon aus Steuern	404	404	0	0
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0
	98.508	60.015	38.493	2.546

Haftungsverhältnisse

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 133.749 TEuro (Vorjahr: 125.469 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 3.437 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 42,6 Mio. Euro. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

_10 Die **Umsatzerlöse** aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

	2022 TEuro	2021 TEuro
für verbundene Unternehmen	16.893	14.964
für sonstige Kunden	2.480	2.240
	19.373	17.204

_11 Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 171 TEuro (Vorjahr: 597 TEuro) beinhalten im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 141 TEuro (Vorjahr: 32 TEuro).

_12 Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** resultieren hauptsächlich aus EDV-Leistungen in Höhe von 4.104 TEuro (Vorjahr: 3.840 TEuro). Vom gesamten **Materialaufwand** wurden insgesamt 10 TEuro (Vorjahr: 8 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_13 Die **Personalaufwendungen** beinhalten die Vergütungen für durchschnittlich 126 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Vorjahr: 126), davon 93 Vollzeit- (Vorjahr: 95) und 33 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 31). Die Aufwendungen für die Altersversorgung belaufen sich auf 307 TEuro (Vorjahr: 295 TEuro).

_14 Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 768 TEuro (Vorjahr: 727 TEuro), die Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 2.176 TEuro (Vorjahr: 862 TEuro), den freiwilligen Sozialaufwand und die Gesundheitsvorsorge in Höhe von 335 TEuro (Vorjahr: 422 TEuro), die Versicherungsbeiträge in Höhe von 229 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) sowie die Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 107 TEuro (Vorjahr: 109 TEuro). Insgesamt wurden 842 TEuro (Vorjahr: 816 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_15 Die **Erträge aus Beteiligungen** resultieren mit 1.852 TEuro (Vorjahr: 773 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge.

_16 Bei den **Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen** handelt es sich um die Gewinnabführung der STAWAG in Höhe von 67.996 TEuro (Vorjahr: 39.810 TEuro).

_17 Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** resultieren mit 1.315 TEuro (Vorjahr: 47 TEuro) aus Steuererstattungsansprüchen. Die Zinserträge aus verbundenen Unternehmen betragen 8 TEuro (Vorjahr: 12 TEuro).

_18 Bei den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 33.136 TEuro (Vorjahr: 39.209 TEuro).

_19 Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit 30 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) die verbundenen Unternehmen, mit 38 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro) die Gesellschafterdarlehen und mit 901 TEuro (Vorjahr: 927 TEuro) Stiftungsdarlehen der Stadt Aachen. In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen für Pensionen in Höhe von 141 TEuro (Vorjahr: 394 TEuro) und für Jubiläumsverpflichtungen in Höhe von 2 TEuro (Vorjahr: 2 TEuro) sowie für Zinsen zur Körperschafts- und Gewerbesteuer für Vorjahre in Höhe von 176 TEuro ausgewiesen.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und bei den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 127.004 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 4.359 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 122.645 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert.

_20 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 7.191 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 2.751 TEuro) und auf 5.332 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 3.384 TEuro). Ertragsteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -1.114 TEuro (Vorjahr: -1.481 TEuro) bestehen im Wesentlichen aus einem Einspruchsverfahren für das Veranlagungsjahr 2000.

Bilanz

Bilanz-Posten >>

Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
	Aktiva					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	32,69%	0	0
Sachanlagen	676.296	678.774	2.478	32,69%	1.691	-881
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	122.112	120.435	-1.677	32,69%	741	-1.289
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	105.474	128.820	23.346	16,86%	5.599	-1.663
Forderungen	139.806	139.836	30	32,69%	10	0
Vorräte	700	1.200	500	32,69%	164	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	0	256	256	16,86%	51	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	8.033	8.099	66	32,69%	22	0
Summe Aktiva	1.052.421	1.077.420	24.999		8.278	-3.840
Passiva						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	1.566	-1.566	32,69%	0	-512
Rückstellungen	597.822	234.749	363.073	32,69%	118.695	-7
Verbindlichkeiten	353.576	353.570	6	32,69%	2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	34.106	34.018	88	32,69%	29	0
Summe Passiva	985.504	623.903	361.601		118.726	-519
Aktivüberhang aus Differenz			386.600		122.645	

_21 Aufgrund der Anpassung des Gesellschaftervertrags vom 10. Dezember 2013 ist die Stadt Aachen verpflichtet, denjenigen Betrag auszugleichen, der erforderlich ist, damit das handelsbilanzielle Eigenkapital gemäß § 266

Absatz 3 A. HGB der Hälfte des Stammkapitals entspricht. Im Berichtsjahr 2022 musste keine Forderung zur Ausgleichsverpflichtung gegen die Stadt Aachen (Vorjahr: 3.942 TEuro) bilanziert werden.

Anteils

Anteilsbesitz >>

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2022

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2022 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	183.873	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	85.089	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionnetz), Aachen	269.214	50,8 ²⁾	0 ^{3) 15)}
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	50,1 ¹⁶⁾	0 ³⁾
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	2.666	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	4.288	100,0 ¹⁶⁾	144
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.190	100,0 ¹⁶⁾	44
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁶⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande	195	100,0 ⁴⁾	-379
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7.300	80,0 ⁴⁾	2.103
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	847
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	797
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	712	100,0 ⁴⁾	254
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.705	100,0 ⁴⁾	816
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.711	100,0 ⁴⁾	941
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	7.603	59,0 ⁴⁾	1.903
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	12.057	100,0 ⁴⁾	3.660
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	7.416	100,0 ⁴⁾	2.334
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	7.779	100,0 ⁴⁾	3.235
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	8.024	100,0 ⁴⁾	3.382
Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen	3.451	100,0 ⁴⁾	-10
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-30
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	33 ⁵⁾	100,0 ¹⁶⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	33 ⁵⁾	100,0 ¹⁶⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	1.839 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	211	100,0 ⁴⁾	26
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	46	80,0 ¹⁸⁾	2
Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Mainz	3	100,0 ⁴⁾	-2

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2022 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	21.915	37,6	10.506
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	3.237	75,0 ⁸⁾	1.337
elect iT GmbH (elect iT), Aachen	941	100,0 ¹⁹⁾	791
WRS, Softwareentwicklungs GmbH, Aachen	57	100,0 ¹⁹⁾	31
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	0	80,0 ⁸⁾	-39
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	177	49,5 ¹⁾	-198
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	98.312 ⁵⁾	12,0 ²⁾	8.881 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	9.395	16,9 ²⁾	1.608
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	34.859	13,7 ²⁾	6.616
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 ¹⁴⁾	8,5 ²⁾	-54.708
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	291.525 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	-16.998 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), Lübeck	122.764 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹²⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	31.538 ⁵⁾	40,0 ⁴⁾	3.097 ⁵⁾
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	26.256 ⁵⁾	50,0 ²⁾	2.535 ⁵⁾
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10.022 ⁹⁾	50,0 ²⁾	1.067 ⁹⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	5.681 ⁵⁾	49,0 ²⁾	207 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	5.647 ⁵⁾	49,0 ²⁾	197 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH, Ruppichterath	5.474 ⁵⁾	49,0 ²⁾	158 ⁵⁾
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	88 ⁵⁾	49,0 ¹¹⁾	301 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.415	46,0 ⁴⁾	1.954
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 ⁴⁾	2.450
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.876	49,0 ⁴⁾	1.220
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.759	49,0 ⁴⁾	1.122
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	5.748	50,0 ⁴⁾	1.692
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	964 ⁵⁾	49,0 ⁴⁾	-46 ⁵⁾
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	854 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	61 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	12.581	50,0 ⁴⁾	3.401
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	1.583 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	1.076 ⁹⁾
Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck	6.803 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	667 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	44 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	44 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	12.201 ⁵⁾	16,0 ²⁾	3.743 ⁵⁾
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	9.040 ⁵⁾	30,0 ²⁾	-749 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	85 ⁵⁾	46,0 ²⁾	5 ⁵⁾
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	11 ⁵⁾	50,0 ¹³⁾	-5 ⁵⁾

1) Anteile werden gehalten über ASEAG
 2) Anteile werden gehalten über STAWAG
 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
 5) Wertansätze zum 31.12.2021
 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
 8) Anteile werden gehalten über regio iT
 9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 391 TEuro ausgewiesen
 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 23.266 TEuro
 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 244.486 TEuro ausgewiesen.
 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 44.288 TEuro

16) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
 17) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten
 18) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten
 19) Anteile werden gehalten über vote iT

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

Name	Festvergütung in Euro
Dr. Christian Becker	7.244,28
Michael Carmincke	7.244,28

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

Mitglieder des Aufsichtsrats

	Gesamtbezüge in Euro
Sibylle Keupen, Vorsitzende	5.400
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender	4.050
Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender	4.150
Jörg Bogoczek	2.900
Julia Brinner	2.900
Leo Buse	2.900
Guido Finke	2.900
Boris Linden	2.600
Kaj Neumann	2.800
Daniela Parting	2.900
Frank Reichmann	2.900
Dr. Michael Ritzau	2.900
Peter Tillmanns	2.800
Jacob von Thenen	2.900
Wilfried Warmbrunn	2.750
	47.750

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare i. S. d. § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 26.381.652,47 Euro mit dem Verlustvortrag zu verrechnen.

Aachen, den 26. Mai 2023

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht

erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung

der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft

vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

– beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

– beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

– führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Bilanzsumme 133.585.829,33 EUR; Jahresüberschuss 26.381.652,47 EUR) und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Duisburg, den 26. Mai 2023

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Lickfett
Wirtschaftsprüferin



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 24. Juni 2022 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 16. Juni 2023

Der Aufsichtsrat



Keupen
Vorsitzende

Bericht

Berichterstattung
über den Konzern >>

Konzernlagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **ASEAG** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT Gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet

und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgte, ist eine gute Basis geschaffen worden, den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb vom Civitec Zweckverband für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec), im Wege eines Asset-Deals erworben.

Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Im Berichtsjahr 2021 hat die E.V.A. weitere ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G. mit Vertrag vom 9. September 2021 verkauft.

Somit hält die E.V.A. nun 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Die E.V.A. hält unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ist das preisbereinigte deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent gewachsen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 13. Januar 2023). Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht und liegen im Jahr 2022 damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. Insbesondere die Energieprodukte verteuerten sich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 34,7 Prozent nach einem Anstieg von 10,4 Prozent im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2023).

Die EU-Kommission erwartet für die Europäische Union ein Wachstum von 3,3 Prozent für das Jahr 2022, das damit über den Erwartungen für die deutsche Wirtschaft liegt (Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 11. November 2022: Wirtschaftsprognose: EU-Kommission rechnet mit geringerem Wachstum und höherer Inflation). Das geringere Wachstum Deutschlands ist dabei insbesondere durch die bedeutendere Rolle im Industriesektor begründet, wo sich hohe Energiepreise und Lieferkettenprobleme entsprechend stärker und wachstumshemmender auswirken als in anderen Ländern der Europäischen Union.

Der Arbeitsmarkt erweist sich nach wie vor widerstandsfähig. Die Arbeitskräfteknappheit wird allerdings zunehmend zur Wachstumsbremse. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg im Jahr 2022 auf ein Höchstniveau. Insbesondere im Dienstleistungssektor suchen fast alle Bran-

chen nach neuen Mitarbeitern (Quelle:www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche Lage/2023/20230113-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-januar-2023).

Dagegen ist der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2022 um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegt damit mit 403,6 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Ursachen liegen gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) infolge stark gestiegener Energiepreise hauptsächlich in kurzfristig verhaltensbedingten Einsparungen und Energieeffizienzinvestitionen mit mittel- bis langfristiger Wirkung als auch in preisbedingten Produktionskürzungen in einzelnen Wirtschaftszweigen begründet. Knapp ein Prozent führt die AG Energiebilanzen auf die gegenüber dem Jahr 2021 wärmere Witterung zurück.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2022 um knapp 15 Prozent auf rund 96 Mio. t SKE zurückgegangen, was dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2014 entspricht. Hauptursachen waren neben der zeitweisen deutlich mildereren Witterung maßgeblich preis- und nachfragebedingte Absatzrückgänge in allen Verbrauchsbereichen. Für das Gesamtjahr 2022 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen um etwa 1 Prozent bzw. etwa 7 Millionen Tonnen. Bei der Wind- und Solarenergie ist ein Anstieg der Stromerzeugung um 12 Prozent bzw. 21 Prozent zu verzeichnen, wobei beide Branchen insbesondere von der außergewöhnlich günstigen Witterung profitiert haben (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 20. Dezember 2022).

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) meldet in seiner Bekanntmachung vom 24. Januar 2023 eine verhalten positive ÖPNV-Bilanz nach Corona und nach dem 9-Euro-Ticket. Die anhaltende Corona-Pandemie, die Energiekrise und die stark steigende Inflation haben die Fahrgastzahlen deutlich nach unten gedrückt. Durch das 9-Euro-Ticket, das im letzten Jahr bundesweit für drei Monate galt, konnten allerdings zahlreiche Fahrgäste zurück und neu hinzugewonnen werden.

Geschäftsverlauf

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der dezentral gesteuerten Konzerntochtergesellschaften beschrieben:

ASEAG:

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –33,1 Mio. Euro ist um rund 4,1 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. Die Planung ging von einer Gesamtleistung von 77,5 Mio. Euro aus. Tatsächlich ist die Gesamtleistung um 1,5 Mio. Euro besser als geplant. Es wurden im Berichtsjahr Umsatzerlöse von –13,5 Prozent unterhalb des Planniveaus erzielt. Dies wurde jedoch durch die Zahlung in Höhe von 12 Mio. Euro aus dem Corona-Rettungsschirm kompensiert, sodass das verbesserte Ergebnis aus dem Wirtschaftsplan zustande kommt.

Die weiteren Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus den folgenden Effekten:

Die Materialaufwendungen (59,7 Mio. Euro) stiegen um ca. 7 Prozent gegenüber dem Planansatz (55,9 Mio. Euro). Das ist insbesondere auf gestiegene Treibstoffkosten und Fahrzeuganmietungen zurückzuführen.

Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit 32,8 Mio. Euro um 2,4 Mio. Euro unterhalb des Planansatzes.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen sowie dem Verkauf von Immobilien fielen die Abschreibungen um 1,2 Mio. Euro geringer aus als im Planansatz.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Plan geringfügig um rund 0,2 Mio. Euro. Im Wesentlichen ist dies auf den geringeren Aufwand für Dienstleistungen gegenüber der E.V.A. zurückzuführen.

Das Finanzergebnis fiel um 2,5 Mio. Euro besser aus als im Wirtschaftsplan angenommen.

Das ist insbesondere auf den geringeren Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen wurden im Wirtschaftsplan mit 1,1 Mio. Euro angesetzt. Da der tatsächliche Jahresüberschuss der APAG (0,8 Mio. Euro; Plan 1 Mio. Euro) im Berichtsjahr aufgrund der anstehenden Sanierung des Parkhauses Rathaus und dessen Finanzierung thesauriert wurde, konnten lediglich Erträge in Höhe von 25 TEuro erzielt werden. Dabei fiel der Gewinn der ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) um 51 TEuro geringer aus als im Planansatz angenommen. Das Ergebnis der ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ASEAG-Reisen) lag geringfügig unterhalb des Planniveaus

STAWAG:

Das Jahresergebnis (EBT) der STAWAG liegt im Geschäftsjahr 2022 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und infolge von außerordentlichen positiven Ergebniseffekten mit rund 74 Mio. Euro deutlich oberhalb der ursprünglichen Erwartungen.

Das Jahresergebnis der STAWAG wird dabei maßgeblich von den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine beeinflusst. So haben sich die Preisentwicklungen an den Energiemärkten insbesondere im Kraftwerksbereich bei der Vermarktung der Kraftwerksscheibe vom Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) deutlich auf die Vermarktungsergebnisse ausgewirkt. Das überproportional angestiegene Preisniveau hat hierbei auch die Ergebnisbeiträge des STAWAG-Vertriebs und insbesondere auch der STAWAG Energie positiv beeinflusst. Gegenläufig hat sich ein längerer technischer Ausfall der Zuleitung zur Fernwärmeübergabestation, die sich im Eigentum von RWE befindet, deutlich negativ auf das geplante

Ergebnis des STAWAG-Wärmebereichs ausge-
wirkt.

Die Ergebnisentwicklung im konventionellen Erzeugungsbereich der STAWAG stellt sich im Jahr 2022 infolge der Preisentwicklungen an den Energiemärkten deutlich positiv dar. Insbesondere die sogenannten Clean-Dark-Spreads im Jahr 2022 haben eine mit hohen Deckungsbeiträgen verbundene Vermarktung der Kraftwerksscheibe TKL (Anteilsquote: 8,45 Prozent) am Strommarkt ermöglicht, so dass im Geschäftsjahr 2022 mit dem Kraftwerksbetrieb TKL ein positives operatives Ergebnis in Höhe von rund 10,7 Mio. Euro erzielt werden konnte. Eine im Jahresabschluss 2021 für das Jahr 2022 ursprünglich vorgenommene Drohverlustrückstellung (DVR) in Höhe von 11,6 Mio. Euro für einen erwarteten defizitären Kraftwerksbetrieb TKL konnte überdies vollständig ergebniswirksam aufgelöst werden. Die Auflösung der DVR für das Geschäftsjahr 2022 führt damit zu einer Verringerung der zum 31. Dezember 2021 bestehenden Drohverlustrückstellung von rund 75,7 Mio. Euro auf 64,1 Mio. Euro zum 31. Dezember 2022.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung ist die STAWAG mit 16,9 Prozent überdies an der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern ein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Kraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen in Höhe von aktuell 11,5 Mio. Euro, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 Zinserträge von rund 0,6 Mio. Euro. Es ist davon auszugehen, dass kurzfristig eine vollständige Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens inklusive bisher

gestundeter Zinszahlungen erfolgen wird. Mittel- bis langfristig sind Ergebnisabführungen der TGH, als auch Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter vorgesehen.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Die operative Bewirtschaftung des Speicheranteils durch eine handelsorientierte Portfoliovermarktung am Gasmarkt führt im Jahr 2022 zu einem Deckungsbeitrag in Höhe von 2,7 Mio. Euro, der damit deutlich über dem geplanten Niveau liegt. Ursache hierfür ist die positive Entwicklung der Spreads im kurzfristigen Handelsbereich. Hier konnten trotz volatiler Gaspreise bei Handelsgeschäften zwischen den einzelnen Monaten deutlich positive Deckungsbeiträge erzielt werden. Gegenläufig wirkt eine Zuführung zu den Drohverlustrückstellungen zum 31. Dezember 2022 in Höhe von 1,7 Mio. Euro aufgrund der Erweiterung des Betrachtungszeitraums bis zum Ende des Speicherzugangsvertrags im Jahr 2028. Die Höhe der zum 31. Dezember 2022 bestehenden Drohverlustrückstellung für den Gasspeicherbetrieb beträgt damit 7,7 Mio. Euro.

Der Wärmebereich war im Geschäftsjahr 2022 im Wesentlichen vom Ausfall der größten Erzeugungseinheit Wärme mit der Fernwärmeübergabestation (FÜS) negativ betroffen. Ursächlich hierfür war ein Schaden an der Transportleitung vom RWE-Kraftwerk Weisweiler nach Aachen. Die ausbleibende Wärmelieferung musste insofern über Spitzenlastheizwerke mit entsprechend hohen Energieeinsatzkosten erzeugt werden. Darüber hinaus ergaben sich geringere Deckungsbeiträge aus einem witterungsbedingt geringeren Wärmeabsatz sowie einer deutlich verspäteten Wiederinbetriebnahme eines Großkunden. Die ursprünglich für September 2022

vorgesehene Inbetriebnahme des Blockheizkraftwerks (BHKW) Schwarzer Weg mit einer Gesamtleistung von je rund 22 Megawatt elektrisch und thermisch verzögert sich zeitlich bis ins Folgejahr 2023.

Im vertrieblichen Stromgeschäft wurden die Verkaufspreise im Tarifikundensegment zum 1. März sowie zum 1. April differenziert erhöht, um die Kostenentwicklungen aufgrund des Ukraine-Krieges in Verbindung mit den ungeplanten Kundenentwicklungen abzubilden. Zum 1. Juli wurden die Preise um die weggefallene EEG-Umlage gesenkt. Aufgrund der genannten Kundenentwicklungen sind die Absatzmengen im Jahr 2022 im Tarifikundensegment mit 283,4 Gigawattstunden (GWh) stark angestiegen, womit die erzielten Umsatzerlöse insgesamt oberhalb des Vorjahresniveaus lagen. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen an Drittkunden mit 151,6 GWh ebenso, wie die Umsatzerlöse, leicht unterhalb des Vorjahresniveaus, die Umsatzerlöse aus Fahrplanlieferungen sind jedoch bei leicht rückläufigen Mengen aufgrund höherer Preise angestiegen. Im Tarifikundensegment Gas sind die Verkaufspreise zunächst zum 1. Januar aufgrund geplanter Kostensteigerungen angepasst worden, zum 1. März sowie zum 1. April folgten Preiserhöhungen analog zur Stromsparte. Zum 1. November mussten die Preise aufgrund der Bezugskosten- sowie der Umlagenentwicklungen nochmals erhöht werden. Die Absatzmengen lagen mit 666,3 GWh deutlich unterhalb der Werte des kalten Vorjahres. Auch im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 469,8 GWh unter dem Vorjahresniveau.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 sind diese unverändert geblieben. Aufgrund gesunkener Abnahmemengen auf 14,8 Mio. Kubikmeter liegen die Umsatzerlöse unterhalb des Vorjahreswertes.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz, erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, das heißt, dass die Netzbetreiber-tätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Strombereich bildete das Jahr 2022 das vierte Jahr der dritten Regulierungsperiode ab. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Das Verfahren für die ehemalige regionetz wurde im Jahr 2021 durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Gunsten der BNetzA beendet. Das Verfahren der ehemaligen INFRAWEST wurde nunmehr durch Urteil vom 12. Dezember 2022 des BGH ebenfalls zugunsten der BNetzA beendet, sodass beide Bescheide damit rechtskräftig geworden sind. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Im Laufe der Regulierungsperiode entfalten die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwertes und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors darauf eine erlösenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2022 mit 139 Mio. Euro etwa 9,3 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags, auf höhere Personalzusatzkosten und auf vorgelagerte Netzkosten zurückführen.

Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich jeweils durch Beschluss vom 5. Oktober 2016 abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 28. November 2018 für Strom bzw. vom 21. Februar 2018 für Gas hat die BNetzA schließlich auch den allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktor für die dritte Regulierungsperiode im Strombereich mit einer Höhe von 0,9 Prozent bzw. im Gasbereich mit einer Höhe von 0,49 Prozent festgelegt. Die Regionetz hat, wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch, Beschwerde gegen die vorgenannten Feststellungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht.

Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren noch abzuwarten bleibt.

Das Jahr 2022 bildet im Gasbereich das fünfte und somit letzte Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST

vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids weiterhin noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im ergangenen Bescheid an die INFRAWEST bzw. die in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Während der sukzessive Anstieg des Effizienzwertes der ehemaligen INFRAWEST über die letzten beiden Regulierungsperioden noch nachvollziehbar erscheint, ist der gegenüber dem Effizienzwert der zweiten Regulierungsperiode um annähernd 15 Prozentpunkte zurückgegangene Effizienzwert für die ehemalige regionetz aktuell nicht nachvollziehbar, sodass auch hier eine gerichtliche Überprüfung des noch ausstehenden Genehmigungsbescheids nicht ausgeschlossen werden kann.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht und in der Folge auch für die Jahre 2019, 2020, 2021 und 2022 – jeweils zum 30. Juni des Vorjahres – entsprechende Folgeanträge gestellt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2022 mit rund 78,1 Mio. Euro etwa 5,6 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2021 genehmigten

Erlösobergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags und auf höhere Personalzusatzkosten zurückführen, die einer Senkung der vorgelagerten Netzkosten gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Gasbereich ohne größere Kürzungen von der BNetzA abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde zur Mitte des Geschäftsjahres auch der entsprechende Antrag für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich bei der BNetzA gestellt. Ein Ergebnis der Prüfung durch die Behörde liegt hierzu bisher nicht vor.

Im Rahmen der Festlegung des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode hat die BNetzA den EK für Neuanlagen (ab 2006 aktivierte Anlagegüter) mittlerweile auf 5,07 Prozent und für Altanlagen (vor 2006 aktivierte Anlagegüter) auf 3,51 Prozent – jeweils vor Körperschaftsteuer – festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der aktuellen Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 Prozent (für Neuanlagen) bzw. 5,12 Prozent (für Altanlagen). Zahlreiche Netzbetreiber, darunter auch die Regionetz, haben Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisikoprämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist.

Positiv zu beurteilen ist dagegen eine im Sommer des Jahres 2021 erfolgte Änderung der Strom- und Gasnetzentgeltverordnungen hinsichtlich des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes II (EK II), der auf das betriebsnotwendige Eigenkapital oberhalb einer kalkulatorischen Eigenkapitalquote von 40 Prozent – ebenfalls mit Wirkung ab der 4. Regulierungsperiode – angewendet

wird. Die nach der Verordnungsnovelle resultierenden Zinssätze für das überschießende Eigenkapital liegen erheblich oberhalb derjenigen Werte, die sich ohne diese Anpassung ergeben hätten. Hierdurch wird zumindest eine teilweise Kompensation des deutlich gesunkenen EK I erfolgen. Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2022 ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 56,8 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 18,3 Mio. Euro und auf das Gasnetz 18,6 Mio. Euro entfallen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 9,6 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 1,5 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 1,5 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 2,7 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf 4,6 Mio. Euro.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2022 im Stromnetz bildeten die Reparaturen und nötigen Erneuerungen auf Grund der durch das Hochwasser im Juli 2021 entstandenen Schäden. Darüber hinaus wurden Investitionen in größere Maßnahmen, wie die Anbindung des zukünftigen Campus West, umgesetzt.

Im Gasnetz lagen die Schwerpunkte insbesondere in der altersbedingten Erneuerung zahlreicher Versorgungsleitungen. Die Erschließung neuer Netzgebiete und die Herstellung von neuen Hausanschlüssen ist im Zuge der Energiekrise hingegen deutlich zurückgegangen. Für zukünftige Handlungsbereiche wurden Bewertungskriterien hinsichtlich einer künftigen Nutzung von Wasserstoff und/oder andere grüne Gase in die Erneuerungsentscheidung aufgenommen.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 etwa 46,9 Mio. Euro und liegt damit etwa 9,5 Mio. Euro unterhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis

wird über den bestehenden EAV – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg, (EWW) in Höhe von 13,6 Mio. Euro und den darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,5 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 30,7 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt. Die negative Planabweichung resultiert maßgeblich aus absatzbedingten Mindererlösen von Gas in Folge der Energiekrise bedingt durch den russischen Angriffskrieg.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die STAWAG Energie ihr Anlagenspektrum erneut deutlich erweitert. Am Standort Bokel im Landkreis Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein) gingen im Rahmen der Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lübeck, (Trave EE) – einer Kooperation zwischen der STAWAG Energie und der Stadtwerke Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) – vier neue Windenergieanlagen in Betrieb. Seit dem 18. Juni 2022 speisen auch in der Aachener Nachbarschaft im Windpark Jülich GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Jülich) zwei neue Anlagen klimafreundlichen Strom ins Verteilnetz ein. Mit diesen sechs neuen Anlagen der Leistungsklasse 4,5 MW bis 5,3 MW hat die STAWAG Energie nun die bislang leistungsstärksten Anlagen in ihrem Portfolio. Zukünftig werden über 22.000 Haushalte mit 74 Mio. Kilowattstunden Strom jährlich CO₂-neutral versorgt.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG Energie ein EBT von 17,5 Mio. Euro erzielt und damit den Planwert um rund 8,2 Mio. Euro übertrafen. Wesentlicher Treiber für das positive Ergebnis, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, waren deutlich über Plan liegende Ergebnisbeiträge der Wind- und Solarparks. Neben einer guten Anlagenverfügbarkeit waren hierfür vor allem hohe Marktwerte ergebnisrelevant, die die STAWAG Energie und

deren Beteiligungen über die Direktvermarktung des produzierten Stroms erzielt haben.

Da die Vertriebskunden der FACTUR die in Folge des russischen Angriffskriegs stark angestiegenen Großhandelspreise im Jahr 2022 wiederum an ihre Endkunden weitergeben mussten, war das mit einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden mit sinkenden Zählpunkten bei den Kunden der FACTUR verbunden, was auch zu einem Umsatzrückgang bei der FACTUR geführt hat, da der erzielte Umsatz für die Prozessdienstleistung der FACTUR im hohen Maße mit der Anzahl der Zählpunkte korreliert.

Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und die ansteigenden Kapitalmarktzinsen führen im Finanzergebnis der FACTUR zu niedrigeren Belastungen als in den Vorjahren. Infolgedessen sinken die Zinsaufwendungen aus der gutachterlichen Bewertung der Altersruhegeldordnung. Zum 31. Dezember 2022 liegt der Gesamtumsatz der FACTUR bei insgesamt rund 29,6 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 5,1 Mio. Euro erwirtschaftet wurde. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) an der die STAWAG neben der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2022 Umsatzerlöse von 28,6 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,7 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2021 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 2,5 Mio. Euro erzielt. Davon wurden jeweils rund 1,1 Mio. Euro an die beiden Gesellschafter STAWAG und enwor ausgeschüttet und ein Betrag von rund 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorgetragen. Zusätzlich vereinnahmten die Gesellschafter eine Auskehrung aus den Gewinnrücklagen der WAG in Höhe von jeweils 1 Mio. Euro, sodass sich ins-

gesamt ein Ergebnisbeitrag für die STAWAG in Höhe von 2,1 Mio. Euro ergibt.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den SW Lübeck beteiligt. Die SW Lübeck hatten zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Die neue TraveNetz umfasst insgesamt 119 kommunale Strom- und Gasnetze. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug hat die SHNG eine Beteiligung von 25,1 Prozent an der TraveNetz, erhalten, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den SW Lübeck gehalten werden. Insgesamt werden über die Strom- und Gasnetze etwa 368.000 Menschen versorgt, womit die TraveNetz einer der größten Energienetzbetreiber Schleswig-Holsteins ist. Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 32,1 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2021 in Höhe von rund 3,6 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 34 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb.

Zum 1. Januar 2017 haben die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Ergebnis von rund 1 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SWR-E voraussichtlich rund 0,5 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2021 phasenverschoben vereinnahmt. Zusätzlich hat die Gesellschafterversammlung der SWR-E beschlossen, aus den freien Mitteln der Kapitalrücklage wie geplant 0,1 Mio. Euro auszahlend. Insofern beläuft sich der Ergebnisbeitrag der SWR-E für die STAWAG im Jahr 2022 in Summe auf 0,4 Mio. Euro.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,3 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 1 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2022 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2021 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichterorth GmbH, Ruppichterorth, (GWR) beteiligt. Für das Ge-

geschäftsjahr 2022 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Aus der Beteiligung an der GWR hat die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis aus dem Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 77 TEuro erzielt. Aufgrund der Regelungen des Konsortialvertrages (Garantiedividende) ist die STAWAG zu einer Zahlung von 27 TEuro als Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet, die bei der STAWAG aufwandswirksam abgebildet wird. Insofern ergibt sich in Summe für das Geschäftsjahr 2022 ein phasenverschobener Ergebnisbeitrag in Höhe von 50 TEuro.

Aus dem im Geschäftsjahr 2021 erzielten Jahresüberschuss der Trianel in Höhe von rund 8,9 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 11,97 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 1,1 Mio. Euro im Jahr 2022 vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Trianel einen Jahresüberschuss von rund 46 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2022 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 3,3 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2022 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2021 in Höhe von rund 0,6 Mio. Euro.

Die Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2022 einen voraussichtlichen Verlust von rund 4,8 Mio. Euro erzielen. Der Verlust resultiert aus einer – im Zusammenhang mit den seit Herbst 2021 dramatisch angestiegenen Beschaffungspreisen auf den Energiemärkten – notwendigen Bildung von Drohverlustrückstellungen für nicht beschaffte Strom- und Gasmengen für die Jahre 2022 bis 2026. Gemäß dem EAV wird der oben

erwähnte Fehlbetrag durch die Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH ausgeglichen.

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft verkauft und hält seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent. Der im Jahr 2021 erzielte Jahresfehlbetrag der smartlab in Höhe von 0,7 Mio. Euro wurde durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die smartlab mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2022 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 74 Mio. Euro und übertrifft die ursprünglichen Erwartungen damit deutlich. Die STAWAG plant einen Betrag in Höhe von 6 Mio. Euro für zukünftige Investitionen und zur Stärkung ihrer Bilanz- und Finanzstruktur in die Gewinnrücklagen einzustellen. Der verbleibende Gewinn von 68 Mio. Euro soll an die E.V.A. abgeführt werden.

regio iT:

Mit 37,6 Prozent Beteiligung der E.V.A. an der regio iT, gehört die regio iT zu den wesentlichen nicht konsolidierten Beteiligungsunternehmen der E.V.A.

Die regio iT hat aus ihrem Jahresüberschuss 2021 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,9 Mio. Euro (Plan 1,7 Mio. Euro) an die E.V.A. im Jahr 2022 ausgeschüttet und liegt damit um 0,2 Mio. Euro über Planniveau.

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2022 beim Umsatz und beim Jahresergebnis erneut stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Wachstumstreiber ist weiterhin der Digitalisierungsbedarf im kommunalen Bereich, der nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie transparent gemacht wurde. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb realisiert werden, in diesem Segment konnte der Umsatz von 93,4 Mio. Euro auf 105,1 Mio. Euro gesteigert werden.

Im Beratungsgeschäft konnte erneut ein hohes Umsatzniveau erwirtschaftet werden, auch wenn der Umsatz im Berichtsjahr mit 15,1 Mio. Euro leicht unter dem Vorjahresniveau liegt (15,3 Mio. Euro).

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Im Berichtsjahr konnten Zuwächse beim IT-Service für Schulen, durch die Übernahme des technischen IT-Betriebs der Stadt Ratingen, aber auch im Bereich der klassischen Kommunalverfahren erzielt werden. Auch Mengenzuwächse haben zu Umsatzzuwächsen geführt, da nach wie vor VDI-Arbeitsplätze, Remote-Zugänge und Videokonferenzsysteme stark nachgefragt werden. Weiterhin spielten SAP-Projekte sowie die Kon-

solidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert in hohem Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten, diese sind von 49,5 Mio. Euro auf 53,4 Mio. Euro im Berichtsjahr gestiegen.

Mit 11,7 Mio. Euro liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter dem Vorjahreswert (12,3 Mio. Euro).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (11,3 Mio. Euro) auf 14,8 Mio. Euro erneut deutlich gesteigert. Der Jahresüberschuss beträgt 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7,4 Mio. Euro).

E.V.A.:

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem geplanten ausgeglichenen Betriebsergebnis in Höhe von -5 TEuro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 19,7 Mio. Euro den Planansatz von 17,7 Mio. Euro um 2 Mio. Euro, was insbesondere aus ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen resultiert. Der Gesamtaufwand fällt mit -18,9 Mio. Euro um 1,2 Mio. Euro höher aus als geplant. Die Planabweichungen begründen sich aufgrund von höheren Beratungsaufwendungen und aufgrund von höheren EDV-Kosten.

Das Betriebsergebnis übersteigt das Vorjahresergebnis um 0,1 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

ASEAG:

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
Nutzwagenkilometer eigene Leistung inkl. ESBUS	in tausend	9.434	8.927	-507
Nutzwagenkilometer angemietete Leistung ohne ESBUS	in tausend	10.623	10.518	-105
	in tausend	20.057	19.445	-612
Beförderte Personen	in tausend	44.401 *	52.352 *	7.951
	in tausend	60.942 **	64.240 **	3.298
Beförderungserlöse	TEuro	56.852	45.188	-11.664
Zuschüsse	TEuro	7.867	8.168	301
Kosten Treibstoff	TEuro	-5.674	-5.912	-239
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-35.172	-38.501	-3.329
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	Anzahl	160	141	-19
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-7.290	-6.601	-689
Mitarbeiteräquivalente eigene	Anzahl	567	557	-10
Kosten Personal	TEuro	-35.185	-32.800	2.385
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-2.681	-2.015	666
Zinsaufwendungen im Wesentl. für Altersversorgung	TEuro	-7.753	-4.235	3.519
Ergebnis ASEAG	TEuro	-37.170	-33.136	4.034
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	TEuro	1.028	0	-1.028
Ergebnis ASEAG Reisen	TEuro	0	-27	-27
Ergebnis ESBUS	TEuro	103	52	-51

* Die Berechnung erfolgt u. a. in Anlehnung an die VDV-Empfehlung zur Anpassung der Fahrtenhäufigkeit bei Zeitkarten in der Corona-Pandemie. Wirtschaftsplan = Istzahl des Vorjahres

** Die Berechnung erfolgt ohne Berücksichtigung der pandemiebedingt reduzierten Nutzungshäufigkeit der Zeitkarten. Wirtschaftsplan = Istzahl des Vorjahres

STAWAG:

Für die Steuerung der STAWAG sind die Umsatzerlöse (abhängig von den ausgespeisten und abgesetzten Mengen) sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklung ist im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	Plan 2022	Ist 2022	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	331.337	644.606	+313.269	+94,5
EBITDA (TEuro)	6.393	26.834	+20.441	+319,7
EBIT (TEuro)	-1.240	19.550	+20.790	+1.676,6
EBT (TEuro)	43.758	73.996	+30.238	+69,1

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 mit rund 644,6 Mio. Euro um rund 94,5 Prozent über dem geplanten Niveau, was insbesondere aus deutlich höheren Handels- bzw. Vermarktungsumsätzen beim Speichergeschäft Epe und beim Steinkohlekraftwerk TKL sowie aus höheren Umsätzen des Vertriebs der STAWAG

resultiert. Das EBIT liegt mit rund 19,6 Mio. Euro um 20,8 Mio. Euro oberhalb des Planwertes. Insgesamt erzielt die STAWAG ein EBT von 74 Mio. Euro, womit der ursprüngliche Planwert um etwa 30,2 Mio. Euro übertroffen wird. Das Vertriebsgeschäft stellt sich hinsichtlich der Mengenentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 wie folgt dar:

Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft	Plan 2022	Ist 2022	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	704	720	+16	+2,3
Gas (Mio. kWh)	1.243	1.255	+12	+1,0
Wasser (Mio. m ³)*	15	15	0	+0,0
Wärmecontracting (Mio. kWh)	11	11	0	+0,0

* ohne Verlustmengen

In der Strom- sowie in der Gassparte lagen die Absatzmengen im Tarifkundenbereich aufgrund der ungeplanten Zuwächse in der Grundversorgung infolge der Einflüsse des russischen Angriffskriegs auf dem Energiemarkt über Plan, individuelle Energieeinsparungen sowie die

Effekte aus warmer Witterung wurden hierdurch überkompensiert. Die Mengen im Geschäftskundenbereich blieben insbesondere aufgrund der beiden letztgenannten Punkte leicht unter Plan. In der Wassersparte sowie im Contractingbereich lagen die abgesetzten Mengen auf dem Niveau der Planannahmen.

Die Netzausspeisungen im Strombereich liegen zum Jahresende um etwa 1,34 Prozent unter dem Planwert sowie um etwa 3,3 Prozent oberhalb des Vorjahreswertes, was hauptsächlich aus den Auswirkungen der Energiekrise resultieren dürfte. Im Gasbereich liegen die Netzausspeisungen sowohl witterungsbedingt als auch bedingt durch Einsparmaßnahmen im Hinblick auf die Energiekrise, zum Ende des Jahres 2022 mit etwa 11,7 Prozent unterhalb des Planwertes.

Im Jahr 2022 ist das Niveau der Einspeiseanfragen im Vergleich zum Vorjahr weiter sehr stark angestiegen. Auch hier verspürt die Regionetz bedingt durch die Ukraine-Krise einen starken Handlungsdruck der Netzkunden. Nach dem bereits starken Anstieg auf über 1.450 Einspeiseanfragen in 2021 (+38 Prozent gegenüber 2020) wurden 2022 mehr als 2.750 Erzeugungsanlagen angefragt und in Betrieb gesetzt.

Sparte (Menge)				
Netzausspeisung	Plan 2022	Ist 2022	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.270,9	2.240,3	-30,6	-1,3
Gas (Mio. kWh)	5.756,9	5.082,2	-674,7	-11,7

Die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. die Vollzeitäquivalente (VZÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aus-

hilfen – zum Jahresende 2022 auf 104,9 VZÄ. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2022 755,7 VZÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR beschäftigt.

Mitarbeiteräquivalente	Plan 2022	Ist 2022	Abweichung	Abweichung %
STAWAG	111,3	104,9	-6,4	-5,8
Regionetz	513,9	523,1	+9,2	+1,8
STAWAG Energie	37,8	35,1	-2,7	-7,1
FACTUR	231,2	197,5	-33,7	-14,6

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt im Geschäftsjahr 2022 45,64 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 13,63 Jahren niederschlägt.

Mit vielfältigen Maßnahmen ist das Unternehmen dabei, die Nachfolge für ausscheidende Fach- und Führungskräfte (Stichwort: demografischer Wandel) vorzubereiten und zu begleiten. Dabei werden entstehende Vakanzen vorzugsweise mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachbesetzt. Seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet das Unternehmen damit hervorragende Möglichkeiten einer qualifizierten Weiterentwicklung und attraktive Karriereoptionen. Zur Erweiterung ihrer Kompetenzen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei durch eine Vielzahl von Personalentwicklungsmaßnahmen unterstützt. Um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig über das gesamte Berufsleben zu erhalten und diese vor allen Dingen bei einer gesunden Lebensweise zu unterstützen, nimmt das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Durchführung von Gesundheitstagen ist mittlerweile übliche Praxis. Im Rahmen des BGM können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Reihe von weiteren hilfreichen Angeboten, auch in Kooperation mit dem Caritas-Unternehmensservice, wahrnehmen. Als Beispiele seien hier Vorträge zu Themen wie etwa die Patientenverfügung, die Vorsorgevollmacht und die Betreuungsverfügung genannt sowie auch die Einrichtung einer Telefonhotline, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gesundheitlichen, in persönlichen und in familiären Notlagen unter Wahrung der Anonymität Unterstützung und Rat anbietet.

regio iT:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. Euro):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 89 Mio. Euro im Berichtsjahr (Vorjahr: 81,5 Mio. Euro). Das geplante Rohergebnis (85,1 Mio. Euro) wurde deutlich übertroffen (+3,9 Mio. Euro).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 105,1 Mio. Euro ebenfalls über Planniveau (98,3 Mio. Euro).

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (17,5 Mio. Euro) konnten sehr deutlich mit 21,8 Mio. Euro übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 13,9 Mio. Euro (9,9 Prozent der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 15 Mio. Euro (9,8 Prozent der Gesamtumsätze) gegenüber.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 14,8 Mio. Euro um 6 Mio. Euro sehr deutlich über dem Planwert (8,8 Mio. Euro). Die Gesamt-

leistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 9,6 Prozent (Plan 6,2 Prozent, Vorjahr: 7,6 Prozent).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden auch im Berichtsjahr 2022 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, das Informations-, das Sicherheits- und das Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen des IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen

umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2023 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2020 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2023 zu führen.

E.V.A.:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	TEuro	17.675	19.373
EBIT	TEuro	0	878
Beteiligungsergebnis	TEuro	5.899	36.879
davon ASEAG	TEuro	-37.170	-33.136
davon STAWAG	TEuro	41.158	67.996
davon regio iT	TEuro	1.745	1.852
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	125,0	112,4

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die Umsatzerlöse aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 19,4 Mio. Euro liegen um 1,7 Mio. Euro über dem Planwert von 17,7 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13,7 Mio. Euro (Plan: 14 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 5,7 Mio. Euro (Plan: 3,7 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket). Die Planabweichung von 1,7 Mio. Euro resultiert insbesondere aus höheren Beratungs- und Prüfungskosten aus dem NERA-Projekt, von denen 1,3 Mio. Euro mehr als geplant an die STAWAG weiterberechnet wurden. Daneben fällt die Weiterberechnung des Beratungsaufwands aus dem Projekt S/4 HANA an die regio iT um rund 0,6 Mio. Euro höher aus als geplant.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich größtenteils um Erträge aus aktivierten Personalleistungen aus dem S/4 HANA-Projekt (0,2 Mio. Euro) und um Erträge aus der Auflösung kurzfristiger Rückstellungen für Prozessrisiken (0,1 Mio. Euro). Ansonsten beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere

Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

Die Gesamtaufwendungen liegen mit -18,9 Mio. Euro um 1,2 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Der Materialaufwand fällt mit 4,5 Mio. Euro aufgrund höherer Beratungskosten für das S/4 HANA-Projekt (+0,6 Mio. Euro), höheren Kosten für SAP-Lizenzen, für die Wartung und für Applikationen der regio iT sowie für Arbeitnehmerleistungen von Dritten in den Bereichen Kaufmännisches Finanzwesen und Personalwesen um insgesamt 0,8 Mio. Euro höher aus als geplant.

Der Personalaufwand weist mit 10 Mio. Euro eine Planunterschreitung von 1,1 Mio. Euro auf. Diese ist auf geringere Vergütungen und soziale Abgaben zurückzuführen, da der Personalbestand der E.V.A. mit 112,4 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ; Vollzeitstellen) den Planwert um 12,6 MAÄ unterschreitet. Bei der Unterschreitung des Personals handelt es sich um 5,6 MAÄ in den Dienstleistungsbereichen der E.V.A. sowie um 7 Trainees.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei 4,1 Mio. Euro und überschreiten den Planwert um 1,5 Mio. Euro. Die höheren Auf-

wendungen ergeben sich nahezu vollständig aus den Beratungs- und Rechtskosten für das NERA-Projekt.

Die Abschreibungen liegen mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau. Von den Abschreibungen auf Software, die den Großteil der Abschreibungen ausmachen, werden rund 0,1 Mio. Euro an Konzerngesellschaften weiterberechnet.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. in Höhe von 26,4 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung von der STAWAG bzw. durch die Verlustübernahme von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2022 ein Beteiligungsergebnis von 36,9 Mio. Euro (Plan: 5,9 Mio. Euro) aus.

Der E.V.A.-Konzern beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 1.756 (Vorjahr: 1.769) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Aushilfen.

Ertragslage

Im Berichtsjahr 2022 wurden neben der E.V.A. insgesamt 23 (Vorjahr: 22) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde im Berichtsjahr 2022 durch die wirtschaftliche Geschäftsentwicklung und den Ergebnisbeiträgen der Beteiligungsgesellschaften aus der Energieversorgung und aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich ein positiver Konzernüberschuss.

Die STAWAG schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Überschuss von 74 Mio. Euro (Vorjahr: 54,8 Mio. Euro) ab. Von diesem erfolgt eine Zuführung in Höhe von 6 Mio. Euro (Vorjahr: 15 Mio. Euro) in die Gewinnrücklagen und eine Abführung in Höhe von 68 Mio. Euro (Vorjahr: 39,8 Mio. Euro) an die E.V.A.

Bei der Regionetz beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) nach sonstigen Steuern im abgelaufenen Geschäftsjahr 46,8 Mio. Euro (Vorjahr: 48,8 Mio. Euro) und fließt – nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWW (13,6 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (2,5 Mio. Euro) – über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von 30,7 Mio. Euro an die STAWAG.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 33,1 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 6,1 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt –2,5 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und 8,6 Mio. Euro aus einem verbesserten Finanz- und Beteiligungsergebnis, welches hauptsächlich aus geringeren Zinsen von 6,7 Mio. Euro bei den Pensionsrückstellungen resultiert. Die Verlustübernahme der

Tochtergesellschaften fiel um 1,9 Mio. Euro geringer aus, da im Vorjahr in gleicher Höhe der Verlust der APAG übernommen wurde.

Der Konzern-Umsatz erhöhte sich im Geschäftsjahr um 235 Mio. Euro bzw. 28,6 Prozent auf 1.056,8 Mio. Euro (Vorjahr: 821,8 Mio. Euro). Ausschlaggebend für den Umsatzzugang ist hierbei im Wesentlichen die Umsatzentwicklung bei der STAWAG, bei der STAWAG Energie und bei der erstkonsolidierten Windparkgesellschaft. Die Umsätze bei der Regionetz und bei der ASEAG nahmen hingegen ab.

Bei der STAWAG sind die Umsatzerlöse um 55,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und stehen zum Teil im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg im Februar 2022 und den daraus gravierenden Folgen auf den Energiemärkten. Im Stromgeschäft wurden die Verkaufspreise im Tarifkundensegment zum 1. März 2022 sowie zum 1. April 2022 differenziert erhöht, um die Kostenentwicklungen aufgrund des Ukraine-Kriegs in Verbindung mit den geplanten Kundenentwicklungen abzubilden. Im Juli 2022 wurden die Preise um die weggefallene EEG-Umlage gesenkt. Aufgrund der genannten Kundenentwicklungen sind die Absatzmengen im laufenden Jahr im Tarifkundensegment mit 283,4 GWh stark angestiegen, womit die erzielten Umsatzerlöse hier oberhalb des Vorjahresniveaus lagen. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen an Drittkunden mit 151,6 GWh, ebenso wie die Umsatzerlöse, leicht unterhalb des Vorjahresniveaus. Die Umsatzerlöse aus Fahrplanlieferungen sind jedoch bei leicht rückläufigen Mengen aufgrund höherer Preise angestiegen. Insgesamt fällt das Stromvertriebsergebnis mit einer Steigerung von rund 25,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr besser aus. Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 67,2 Mio. Euro zu. Im Tarifkundensegment Gas sind die Verkaufspreise zunächst zum 1. Januar 2022

aufgrund geplanter Kostensteigerungen angepasst worden, zum 1. März 2022 sowie zum 1. April 2022 folgten Preiserhöhungen analog zur Stromsparte. Zum 1. November 2022 mussten die Preise aufgrund der Bezugskosten- sowie der Umlagenentwicklungen nochmals erhöht werden. Die Absatzmengen lagen mit 666,3 GWh deutlich unterhalb der Werte des kalten Vorjahres. Auch im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 469,8 GWh unter dem Vorjahresniveau, sodass die Umsatzerlöse insgesamt um 150,7 Mio. Euro zunahmen.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preiserhöhung aufgrund der bestehenden Preisanpassungsklausel zum 1. Juli 2022. Aufgrund der warmen Witterung konnten die geplanten Absatzmengen nicht erreicht werden. Trotz einer geringeren Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr lagen die Umsatzerlöse um rund 0,1 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 blieben die Preise auch im Berichtsjahr konstant. Aufgrund witterungsbedingt gesunkener Abnahmemengen liegen die Umsatzerlöse mit 1,3 Mio. Euro unterhalb des Vorjahreswertes.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung verringerte sich um rund 12,5 Mio. Euro auf 15,8 Mio. Euro.

Bei der Regionetz wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.240 GWh und damit etwa 3,3 Prozent weniger als noch im Geschäftsjahr 2021 aus dem von der Regionetz betriebenen Stromnetz ausgespeist. Für insgesamt 351 Netznutzungskunden (334 Lieferanten und 17 Netzkunden mit eigenem Netznutzungsvertrag) wurde Energie durchgeleitet. Etwa 1.818 GWh und damit etwa 81 Prozent der Gesamtmenge wurden aus dem vorgelagerten Netz der Westnetz GmbH, Dortmund, in das Stromnetz der Regionetz eingespeist. Die restlichen etwa 19 Prozent wur-

den mit Hilfe dezentraler Anlagen im Netzgebiet erzeugt und nach Maßgabe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) in das öffentliche Netz eingespeist.

Im Gasbereich betrug die von der Regionetz abgewickelte Netzdurchleitung für insgesamt 263 Lieferanten und vier Netzkunden mit direktem Netznutzungsvertrag 5.082 GWh und damit etwa 18,2 Prozent weniger als noch im Jahr 2021. Die Umsatzerlöse der Regionetz betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 412,9 Mio. Euro (Vorjahr: 422,6 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mio. Euro auf 46,5 Mio. Euro. Die Reduktion ist hauptsächlich auf die Nutzung des 9-Euro-Tickets in den Sommermonaten zurückzuführen. Die Zuschüsse reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. Euro auf 8,2 Mio. Euro. Die sonstigen Umsatzerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen, stiegen um 0,9 Mio. Euro auf 5,7 Mio. Euro.

Die Reduzierung der Umsatzerlöse insgesamt um 2,8 Mio. Euro auf 60,3 Mio. Euro ist hauptsächlich auf die reduzierten Verkehrseinnahmen zurückzuführen.

Im Vergleich zu 2019, dem Jahr vor der Pandemie, reduzierten sich die Umsatzerlöse ohne Zuschüsse im Jahr 2022 jedoch um 10,4 Mio. Euro. Selbst, wenn hieraus der Faktor aus der Nutzung des 9-Euro-Tickets bereinigt wird, ist der negative Effekt der Corona-Pandemie auch im Jahr 2022 noch ersichtlich.

Bei der STAWAG Energie nahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr die Umsatzerlöse von 2,9 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro zu.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern verringerten sich um 0,3 Mio. Euro auf 41,2 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 21,2 Mio. Euro, die Anlagenabgänge in Höhe von 1,7 Mio. Euro, die Zuschüsse in Höhe von 12,7 Mio. Euro sowie die sonstigen periodenfremden Erträge in Höhe von 0,7 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns erhöhten sich um 205,3 Mio. Euro auf 737,9 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf bezogene Waren 536,9 Mio. Euro (Vorjahr: 314,9 Mio. Euro) und auf bezogene Leistungen 201 Mio. Euro (Vorjahr: 217,7 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 1.684 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.677), 43 Auszubildende und 33 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) stiegen insgesamt um sieben gegenüber dem Vorjahr. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden im Berichtsjahr die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 3,8 Mio. Euro auf 139,3 Mio. Euro.

Die Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich um 8 Mio. Euro auf 59 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Hierin enthalten sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 19,5 Mio. Euro auf 100,8 Mio. Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgaben in Höhe von 25,3 Mio. Euro (Vorjahr: 25,6 Mio. Euro), die Aufwendungen für Beratungs- und für Prüfungskosten in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vorjahr: 6,9 Mio. Euro), für Marketingmaßnahmen in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,7 Mio. Euro) sowie für

Versicherungsprämien in Höhe von 3,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro).

Das Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Mio. Euro auf nunmehr 75,6 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 30,1 Mio. Euro auf –0,2 Mio. Euro.

Das bessere Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem höheren negativen Zinsergebnis in Höhe von –21,5 Mio. Euro (Vorjahr: –45,7 Mio. Euro) sowie aus einem besseren Beteiligungsergebnis von 19,8 Mio. Euro (Vorjahr: 13,6 Mio. Euro). Die gesamten Zinsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen betragen im Berichtsjahr 14,4 Mio. Euro (Vorjahr: 38 Mio. Euro).

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt 75,4 Mio. Euro und liegt damit um 34,6 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

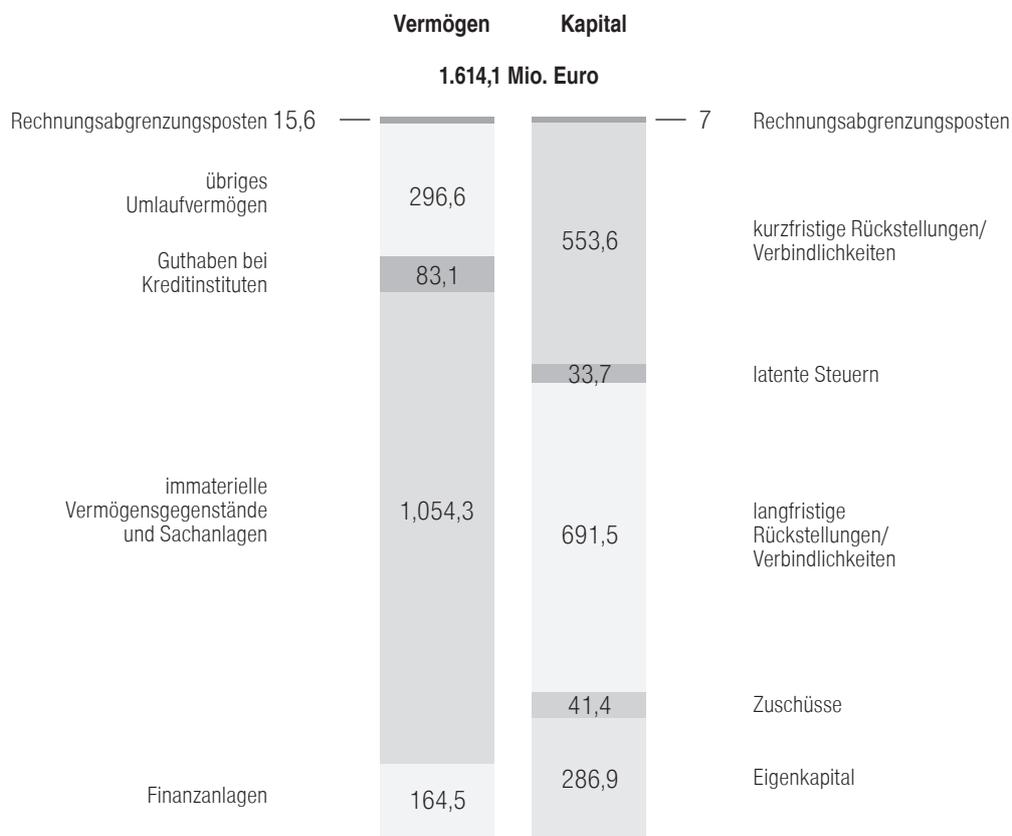
Die Ertragsteuern betragen insgesamt 16,4 Mio. Euro und beinhalten Erstattungsansprüche und Nachbelastungen für Vorjahre in Höhe von –1,1 Mio. Euro (Vorjahr: Ertrag 1,5 Mio. Euro).

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 63,2 Mio. Euro aus Abschreibungen und aus Anlagenabgängen sowie weitere 26 Mio. Euro aus höheren Rückstellungen zur Verfügung. Bei den Rückstellungen entfallen auf die Zunahme bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen 12,2 Mio. Euro, bei den Steuerrückstellungen 9,6 Mio. Euro sowie bei den sonstigen Rückstellungen um 4,2 Mio. Euro. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen aus schwebenden Geschäften der STAWAG aufgrund der Beteiligung an der TKL aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich und aus der Beteiligung an der TGE für die Bewirtschaftung des Gasspeicherbetriebs sowie aus dem Gasabsatzgeschäft enthalten. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen aus ausstehenden Rechnungen, aus sonstigen Personalverpflichtungen und aus allen zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen erforderlichen Positionen zum Bilanzstichtag.

Ferner standen Finanzierungsmittel aus Verbindlichkeiten in Höhe von 132 Mio. Euro und aus Eigenkapital in Höhe von 41,8 Mio. Euro zur Verfügung.

Die gestiegenen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen mit 55,4 Mio. Euro aus höheren Darlehensschulden, mit 26,4 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, mit 18,3 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen sowie mit 23,6 Mio. Euro aus sonstigen Verbindlichkeiten. Ein wesentlicher Teil an der Zunahme der Kreditverbindlichkeiten steht im Zusammenhang mit der Erstkonsolidierung einer Windparkgesellschaft zur Finanzierung der Windkraftanlagen. Im E.V.A.-Konzern werden derivative Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Absicherung von Zinsrisiken aus Darlehen eingesetzt.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 200 Mio. Euro (14,1 Prozent) auf 1.614,1 Mio. Euro.

Das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 1.037,9 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 446,9 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 16,4 Mio. Euro ergeben sich insgesamt 65,3 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 10,2 Prozent der Bilanzsumme. Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 5,1 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 18,4 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und mit 1 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Kapitalseite besteht zu 42,8 Prozent aus langfristigen Mitteln, die im Wesentlichen mit 441,1 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen, mit 374,2 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit 12,4 Mio. Euro aus Darlehensschulden gegenüber Gesellschaftern sowie mit 23,5 Mio. Euro aus Darlehen aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 17,8 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 80,3 Prozent durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 34,3 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, mit 2,6 Prozent aus Zuschüssen, mit 2,1 Prozent aus latenten Steuern sowie mit 0,4 Prozent aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

III. Prognosebericht

Angesichts der aktuellen Krisen und Herausforderungen hat die Weltwirtschaft im Jahr 2022 an Dynamik verloren, wobei sich die anhaltend hohe Inflation über Länder und Produkte hinweg ausgebreitet hat. Zudem hat der russische Angriffskrieg das Risiko einer Schuldenkrise in Ländern mit niedrigem Einkommen deutlich erhöht. Angesichts dieser Situation geht die OECD in ihrem Wirtschaftsausblick vom November 2022 von einem weltweiten Wirtschaftswachstum für das Jahr 2023 von 2,2 Prozent und für das Jahr 2024 von 2,7 Prozent aus. Dabei soll ein großer Teil des globalen Wachstums im Jahr 2023 auf die asiatischen Schwellenländer entfallen, während der Aufschwung in den USA und Europa an Tempo verliert. In diesem Zusammenhang wird vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in seiner Frühjahresprognose für das deutsche BIP eine moderate Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland von 0,5 Prozent unterstellt. Im Dezember 2022 waren die Ökonominen und Ökonomen der Bundesbank noch von einem Rückgang des BIP von 0,5 Prozent ausgegangen.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Inflationsraten auch im Jahr 2023 vorerst auf einem hohen Niveau verbleiben werden, wobei der Höhepunkt erreicht sein dürfte. Gemäß ifo Konjunkturprognose aus März 2023 ist insbesondere bei den Energiepreisen im Verlauf der kommenden Monate kein weiterer Aufwärtstrend mehr zu erwarten. Die Beschaffungspreise für Strom und Gas sind seit dem Spätsommer des vergangenen Jahres spürbar gesunken und rückwirkend zum Januar 2023 wirken die staatlichen Preisbremsen, was insbesondere die (energieintensiven) Unternehmen entlastet, deren Energiekosten von den Marktpreisen bestimmt werden. Von Seiten der Lohnkosten wird hingegen ein zunehmender Preisdruck erwartet, da im Laufe dieses Jahres mit einem

spürbaren Anstieg der tariflichen Entlohnung zu rechnen ist.

Insgesamt dürfte gemäß ifo Konjunkturprognose aus März 2023 vor allem die Kerninflationsrate (also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) im weiteren Verlauf nur langsam sinken und im Jahresdurchschnitt 2023 mit 6,3 Prozent deutlich höher liegen als noch im Vorjahr 2022. Da der Inflationsbeitrag der Energiepreise in den kommenden Monaten jedoch deutlich abnimmt, dürfte sich die Gesamtinflationsrate von 6,9 Prozent im Jahr 2022 auf 6,2 Prozent im Jahr 2023 reduzieren. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der Preisanstieg dann wieder sukzessiv normalisieren.

E.V.A.:

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2023 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus, das gegenüber dem Betriebsergebnis 2022 um rund 0,9 Mio. Euro niedriger ausfallen wird.

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die E.V.A. Umsatzerlöse in Höhe von rund 18,4 Mio. Euro, die voraussichtlich rund 0,9 Mio. Euro niedriger als die im Geschäftsjahr 2022 erzielten Umsatzerlöse liegen werden. Zudem sind für das Jahr 2023 sonstige betriebliche Erträge aus aktivierten Eigenleistungen im Projekt SAP S/4 HANA eingeplant, womit die geplante Gesamtleistung bei 18,6 Mio. Euro (2022: 19,7 Mio. Euro) liegt. Gleichzeitig geht die E.V.A. gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 mit 18,6 Mio. Euro auch von rund 0,2 Mio. Euro niedrigeren Gesamtaufwendungen aus. Insbesondere ist das durch geringere sonstige betriebliche Aufwendungen von rund 1 Mio. Euro, sowie um 0,4 Mio. Euro niedrigere Materialaufwendungen begründet. Gegenläufig wirken sich die im Wirtschaftsplan 2023 mit -11,2 Mio. Euro um 1,1 Mio. Euro höheren Personalaufwendungen aus.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 13,2 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -1,1 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2023 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 12,1 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -2,7 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern von 9,3 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2023 116,1 MAÄ betragen.

ASEAG:

Die Corona-Pandemie ist kunden- und erlösseitig auch im Geschäftsjahr 2022 eines der beherrschenden Themen des ÖPNV-Marktes und wirkt nachhaltiger als zu Beginn der Pandemie erwartet. Dennoch wird die Rolle des ÖPNV bei der Gestaltung der Verkehrswende weiterhin intensiv diskutiert und mündet zunehmend in konkreten politischen Beschlüssen. Auf tarifpolitischer Basis wurden von Bund und Ländern im Geschäftsjahr 2022 zuerst das deutschlandweite 9-Euro-Ticket und zu Beginn des Jahres 2023 das sogenannte Deutschlandticket beschlossen. Beide Tickets sollen die Nachfrage nach ÖPNV durch preispolitische Maßnahmen fördern und so einen Beitrag zum Klimaschutz erbringen. Auf lokaler Ebene ist die Basis für die angebotsseitige Diskussion die von der ASEAG im Herbst 2019 in die politische Diskussion eingebrachte „Vision 2027“. Diese beinhaltet neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots. Zwischenzeitlich wurden seitens der ASEAG in Zusammenarbeit mit der Verwaltung einige der in der „Vision 2027“ beschriebenen Ansätze weiter konkretisiert,

so dass es zum Jahresende 2021 zu einem Grundsatzbeschluss über diese Maßnahmen im Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen gekommen ist. Dieser fließt nun in den fortzuschreibenden Nahverkehrsplan ein. Der diesbezügliche Beschluss hierfür ist im Januar 2022 vom Mobilitätsausschuss gefasst worden. Weitere konkretisierende Beschlüsse erfolgten dann im Laufe des Jahres, wobei insbesondere die Maßnahmen für das Jahr 2023 im Fokus standen. Die ASEAG sieht hierin einen ihrer Anteile zur Konkretisierung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ der Stadt Aachen. Da die Finanzierung dieser umfangreichen Maßnahmen eine der wesentlichsten Herausforderungen darstellt, bewirbt sich die ASEAG weiterhin in Abstimmung mit den Aufgabenträgern um Fördermittel des Bundes und des Landes. Mit den Förderungen für die On-Demand-Verkehre in Roetgen und Laurensberg, so wie der Förderung der Schnellbuslinie SB 66 (Monschau-Aachen) konnten bereits signifikante Förderbeträge eingeworben werden, so dass zumindest ein großer Beitrag der Anschubfinanzierung für eine Leistungsausweitung gewonnen werden konnte. Auch im Förderprojekt „Haaren clever mobil“ konnten Drittmittel in Millionenhöhe eingeworben werden (Projektstart 2023). Auch wenn die ASEAG bzw. ihre Aufgabenträger im Jahr 2022 bei keinem weiteren Förderprojekt mit dem Ziel der Angebotsausweitung zum Zuge gekommen ist, werden hier die Bemühungen fortgesetzt. Mit der „AG Innovation“ haben sich die Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen im Geschäftsjahr 2022 gemeinsam aufgestellt, um insbesondere ÖPNV-Themen, Radverkehr, Mobilitätsstationen u.ä. gemeinsam zu überdenken und voranzutreiben. Die ASEAG ist dabei wichtiger Ansprechpartner in den Facharbeitsgruppen und hat so die Möglichkeit mitzugestalten. Um dabei den Erwartungen der Aufgabenträger nach fachlicher Expertise gerecht werden zu können, hat sich die ASEAG im abgelaufenen Geschäftsjahr in diesem Bereich

nochmals verstärkt und sucht noch aktiver als in der Vergangenheit den direkten Austausch mit den einzelnen Verwaltungen der Städte und Gemeinden im Bedienungsgebiet.

Bei all diesen umweltpolitischen Überlegungen spielt die derzeitig Corona-bedingte geringere Nachfrage nach der Verkehrsleistung zurzeit keine direkte Rolle, sodass mit einem Leistungsvolumen von etwa 19,4 Mio. Nutz-km pro Jahr die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im AVV bleibt. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und der nun beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans geht die ASEAG von einer sukzessiven Zunahme des Leistungsangebots aus. Dabei ist parallel insbesondere die Finanzierung der Zusatzverkehre immer zu berücksichtigen. Da durch die Ukraine-Krise erhebliche finanzielle Belastungen auf die Gebietskörperschaften zugekommen sind, dürfte die Finanzierung der Verkehrswende jedoch nochmals erschwert worden sein. Auch bedingt dadurch, dass erhebliche Zahlungsbereitschaften der Kunden durch die erwähnten tarifpolitischen Maßnahmen des Bundes und Landes nicht mehr für den Angebotsausbau zur Verfügung stehen werden.

Für die Erreichung des Ziels der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch in außerstädtischen Kernbereichen voranzutreiben, konnten weitere wichtige Schritte gegangen werden, die allerdings bisher nicht in finalen Beschlüssen gemündet sind. Jedoch wurde durch die Implementierung „AG Innovation“ durch die beiden Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen ein Gremium geschaffen, in dem alle Gemeinden im Bedienegebiet der ASEAG gemeinsam an verkehrlichen Lösungen/Ansätzen arbeiten. Dies soll die Region in die Lage versetzen, ein regionales Gesamtoptimum zu schaffen bzw. Maßnahmen mit hoher Priorität konzeptio-

nell vorbereitet zu haben, sobald sich Finanzierungsmöglichkeiten eröffnen.

Neben den aktuellen Beratungen der Städte und Gemeinden sind im Geschäftsjahr 2022 Projekte in die Umsetzungsphase eingetreten. So hat der On-Demand-Verkehr „NetLiner“ im teilweise ländlich geprägten Ortsteil Laurensberg der Stadt Aachen und in den Gemeinden Roetgen und Simmerath den Betrieb nach einer ersten Testphase nun vollständig aufgenommen. Gleiches gilt für die deutliche Ausweitung des Schnellbusangebots zwischen Aachen und Monschau (SB 66). Da die hier eingesetzten Busse über besondere Qualitätsmerkmale verfügen und einen ersten Aufschlag im Konzept der „Starken Achsen“ aus der „Vision 2027“ darstellen, hat sich die ASEAG dazu entschieden, diese Art des Angebots unter dem Begriff „RegioLiner“ zu vermarkten. Weitere Express- oder Schnellbuslinien sollen mittelfristig unter dem Produktnamen folgen. Dabei stellt die häufig enge betriebliche Verknüpfung unterschiedlicher Linien eine besondere Herausforderung dar. Auch die vom AVV koordinierten Untersuchungen zur Regio-Tram, einer Bahnverbindung zwischen Baesweiler und Aachen über Alsdorf und Würselen schreiten voran. Nach heutiger Auffassung sollen auch diese von der ASEAG betrieben werden. Die abschließenden Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden zu Beginn des Jahres 2023 erwartet. Auf Basis dieser Erkenntnisse soll auf politischer Ebene im Jahr 2023 über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Während die politischen Diskussionen angebotsseitig also weiterhin auf eine Ausweitung des Leistungsangebots hindeuten, hat sich im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen die Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen mit dem Deutschlandticket unerwartet stark fortgesetzt. Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen durch Fördermaßnahmen von Bund und Land kom-

pensiert werden sollen, so ist die weitere Finanzierung des ÖPNV nunmehr langfristig nahezu ausschließlich von Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene abhängig. Wie seitens der ASEAG mit erwarteten mittelbaren Effekten umgegangen werden soll (z. B. Preisdruck auch auf Einzelfahrscheine u. ä.) ist zurzeit vollkommen offen. Darüber hinaus wird der bereits heute bestehende Effekt der Preissteigerungen im Ticketsegment auf Höhe des Inflationsniveaus nicht ausreichen, um Kostensteigerungen zu kompensieren. Dadurch wird der Zuschussbedarf von Bund, Land und Kommune rasant zunehmen. Alternativ müsste es zu einem überproportionalen Ticketpreisanstieg kommen; dies hält die ASEAG jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Zunehmend ist festzustellen, dass es neben der altersbedingten Fluktuation auch zu Abgängen oder Arbeitszeitreduzierungen kommt. Mitarbeiter stellen für sich fest, dass die Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb nicht oder nur eingeschränkt zu ihren Vorstellungen passen. Dies ist eine für die ASEAG neue Entwicklung. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen und gegebenenfalls noch verstärken werden. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (zum Beispiel aufgrund von bestellten Mehrleistungen) abzudecken. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2022 über 40 Mitarbeiter eingestellt und weitere Leistungen an Auftragsunternehmer vergeben. Die Fluktuation in Verbindung mit einem auch im

Jahr 2022 nahezu durchgängig hohen Krankenstand führten im Geschäftsjahr 2022 dazu, dass der eigene Anspruch der ASEAG an den Erfüllungsgrad des Fahrplanangebots nicht durchgängig erreicht werden konnte. Zeitweise kam es daher für die Kunden zu stärkeren Störungen im Angebot. Dieses Problem in den Griff zu bekommen, wird eine der wesentlichen betrieblichen Aufgaben im Jahr 2023 sein.

Die ASEAG stellt sich natürlich auch in anderen Funktionsbereichen, insbesondere in den Planungsbereichen, für die Verkehrswende auf. Auch wenn hier im Jahr 2022 nahezu alle vakanten Stellen besetzt werden konnten, so sind diese Personalanpassungen, bezogen auf die Gesamtmitarbeiterzahl, insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die Personalbeschaffung in diesen Bereichen bleibt jedoch – trotz des positiven Verlaufs im Jahr 2022 – eine große Herausforderung, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen weiter fortsetzen wird. Dies gilt insbesondere im IT-Bereich, da die Digitalisierung auch vor dem ÖPNV nicht Halt macht, aber gleichzeitig bei Absolventen der relevanten Fachbereiche nicht als attraktiv bekannt ist. Aus diesem Grund bemüht sich die ASEAG, Studierende frühzeitig für die Verkehrsbranche zu interessieren. Hierbei setzt sie insbesondere auf studentische Jobangebote, die Betreuung von Bachelor-/Masterarbeiten, Teilnahme an Karrieremessen sowie auf das Angebot dualer Studiengänge. Für 2023 plant die ASEAG insgesamt mit einem Personalbestand von ca. 570 MAÄ. Dies ist gegenüber 2022 lediglich eine geringe Zunahme.

Im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Personalbereich geht die ASEAG davon aus, dass die Arbeitsmarktsituation dazu führen wird, dass Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte nach dem letzten Corona-bedingt moderateren Tarifabschluss wieder zunehmen werden und so der Kostendruck wieder steigt.

Dem wirkt noch entgegen, dass ausscheidende Mitarbeiter in der Regel über Besitzstandsregelungen verfügen, die dann für die neuen Mitarbeiter nicht mehr zum Tragen kommen. Dieser Effekt wird in den kommenden Jahren zunehmend geringer. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 36,1 Mio. Euro ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die trotz der aktuellen Zinsentwicklung auch im Jahr 2023 das Ergebnis noch belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tarifreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils setzt sich durch den privaten Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort. Das Phänomen der stark ansteigenden Krankenstände wie bei der ASEAG ist jedoch bisher nicht im selben Umfang zu erkennen, so dass im Hinblick auf Kosten und Betriebsstabilität der Einsatz von Subunternehmern weiterhin Vorteile mit sich bringt. Darüber hinaus bringt die Existenz unterschiedlicher Tarifverträge bisher auch mit sich, dass nicht von gemeinsamen Streikaktionen ausgegangen werden muss. Aufgrund der etwa 50-prozentigen Fremdvergabe bei der ASEAG kann so im Streikfall also auch etwa 50 Prozent der Leistung für den Kunden erbracht werden und durch die zunehmende Nutzung der Apps der ASEAG (movA und naveo) ist auch eine deutlich verbesserte Kundeninformation möglich.

Corona-bedingt und durch das 9-Euro-Ticket kam es im Jahr 2022 zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungserlöse im Vergleich zu der Zeit vor Corona (2019). Diese konnten jedoch im Jahr 2022 durch einen ÖPNV-Rettungsschirm des Landes NRW und des

Bundes vollständig aufgefangen werden. Ein solcher Rettungsschirm wird für das Jahr 2023 voraussichtlich nicht vollumfänglich zum Tragen kommen, aber mit der geplanten Einführung des Deutschlandtickets zum Mai 2023 soll es eine Förderung auf Basis des Mengengerüstes des Jahres 2019 geben. Viele Details sind jedoch noch unbekannt.

Wie im Geschäftsjahr 2021 gilt für 2022, dass die Kundensegmente besonders stark betroffen sind, in denen der Fahrgast kurzfristige Entscheidungen treffen muss bzw. kann – z. B. Einzeltickets, Wochenkarten (Spontankunden). Produkte mit einer regelmäßigen Nutzung – Abo-Karten – waren nicht so stark betroffen. Mit zunehmendem Wegfall der Corona-bedingten Einschränkungen konnte in allen Segmenten eine deutliche Erholung verzeichnet werden. Weiterhin optimistisch stimmt die ASEAG zurzeit, dass sich Unternehmen zunehmend mit den Themen Nachhaltigkeit und attraktiver Arbeitgeber beschäftigen. Leider könnte mit dem Deutschlandticket der direkte Kontakt zu den Unternehmen verloren gehen, da der wirtschaftliche Vorteil eines Job-Tickets im Deutschlandticket deutlich geringer ist als der Vorteil, der über das klassische Job-Ticket im AVV im Vergleich zum Normaltarif entsteht. Der Arbeitgeber als bündelndes Element der Kundenansprache könnte für die ASEAG verloren gehen.

Für 2023 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 61,6 Mio. Euro aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 3,5 Prozent zum 1. Januar 2023 eingeflossen. Effekte aus dem inzwischen beschlossenen Deutschlandticket sind unberücksichtigt. Aufgrund dieser Entwicklung und der generellen Diskussionen über die Rolle des ÖPNV in Deutschland geht die ASEAG von einer weiteren Erholung der Nachfrage aus. Umsatzseitig wird diese aufgrund der erwähnten Preisreduzierungen jedoch nicht durchschlagen. Vielmehr werden Erlöse auf lange Sicht

gegen staatliche Zuschüsse laufen und diese reduzieren. Ob dies dann auch für Erlöse aus zusätzlichen Angeboten gelten wird, ist unklar, erschwert aber zumindest vorerst die Finanzierung eines weiteren Angebotsausbaus. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§ 228 ff. SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden in der Planung als konstant angesehen, doch auch hier herrscht derzeit noch viel Unklarheit darüber, welchen Einfluss das Deutschlandticket auf diese Finanzierungskomponenten hat. Außer Grundsatzaussagen, dass die Mittel im System ÖPNV bleiben sollen, gibt es leider nichts Greifbares. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Preise aus Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt erzielten Dieselpreise für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen.

Die Fahrgastanzahl ist auch 2022 im Stammgebiet Corona-bedingt gegenüber 2019 stark rückläufig. Im Vergleich zu 2021 steigt die statistische Fahrgastzahl zwar wieder leicht an, aber hier muss davon ausgegangen werden, dass es durch Corona und infolgedessen verändertem Nutzungsverhalten insgesamt zu einer geringeren tatsächlichen Nutzung der Monatskarten gekommen ist. Aus diesem Grund hat die ASEAG die Nutzungshäufigkeiten der Monatsprodukte pauschal reduziert.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sind im Laufe des Geschäftsjahres 2022 deutlich zurückgegangen und werden zu Beginn des Jahres 2023 sukzessive vollständig aufgehoben. Aus diesem Grund geht die ASEAG davon aus, dass sich im Jahr 2023 die Erholung der Fahrgastzahlen fortsetzt und die Kunden der Vor-Corona-Zeit wieder vollumfänglich erreicht werden können. Ob diese aufgrund von Homeoffice-Regelungen dann auch weniger fahren und ob dies durch Mehrfahrten mit dem Deutsch-

landticket anderer Kundenkreise kompensiert wird, muss beobachtet werden. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2022 sind im Wesentlichen durch ein trotz Corona-Pandemie recht stabiles Kaufverhalten im Stammkundensegment und ein in Abhängigkeit der jeweiligen Corona-Situation sehr schwankendes Nachfrageverhalten der Gelegenheitskunden zu erklären. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen werden im vorliegenden Geschäftsbericht weiterhin zwei Angaben zu den statistischen Fahrgastzahlen gemacht. Vor dem Hintergrund, dass sich insbesondere zum Ende des Geschäftsjahres nachfrageseitig ein positiver Trend bemerkbar gemacht hat, blickt die ASEAG optimistisch in die Zukunft und geht davon aus, dass sich die Nachfrage weiter stabilisieren wird. Hierzu werden auch die mit den Aufgabenträgern in Diskussion befindlichen angebotsseitigen Maßnahmen ihren Teil beitragen. Kritisch beobachtet die ASEAG die Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, da damit erhebliche Veränderungen für den ÖPNV verbunden sind und bisher keine nachhaltige Finanzierungszusage vorliegt. Sollte sich das Deutschlandticket als langfristig nicht durch die öffentliche Hand finanzierbar herausstellen, wird die veränderte Preiswahrnehmung der Kunden Preiserhöhungen erschweren.

Nachdem im Jahr 2022 das Ergebnis besser als das Planniveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 42,6 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfristplanung kann dabei nicht erreicht werden. Maßnahmen zur Verkehrswende sollen durch Ertragszuschüsse der Stadt Aachen finanziert werden. Diese fließen der ASEAG als sogenannter vorweggenommener Ergebnisausgleich zu. Um die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht zu gefährden, wurde dieses Vorgehen mit der Stadt Aachen abgestimmt.

Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert.

Auch für das Geschäftsjahr 2022 kommt es nicht zu der geplanten positiven Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG. Das Ergebnis liegt mit etwa 755 TEuro zwar wieder im positiven Bereich, jedoch Corona-bedingt deutlich unter Planniveau. Darüber hinaus wird das Ergebnis zur Stärkung der Eigenkapitalquote und zur Finanzierung anstehender Sanierungsinvestitionen in die Gewinnrücklage der APAG eingestellt. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG ein Ergebnis von über 2 Mio. Euro, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus die Ergebnisse 2024 und 2025 temporär belasten wird. Dabei wird zum Start des Geschäftsjahres 2023 eine Erhöhung der Parkgebühren in den innerstädtischen Parkobjekten der APAG umgesetzt, der idealerweise eine Erhöhung der Parkgebühren am Straßenrand seitens der Stadt Aachen nachfolgen wird. Ergebnisbelastend wirken sich umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere beim Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten, aus. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Bauunternehmen sich teilweise sehr volatil entwickeln. Ebenfalls belastend wirken sich die stark gestiegenen Stromkosten aus. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza

zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen war, hatte sich inzwischen ein neuer, stabiler Zustand eingestellt. Durch die Schließung des Parkhauses Büchel im Geschäftsjahr 2020 wurde der Prozess nun erneut angestoßen. Aufgrund der pandemiebedingt vollkommen anderen Auslastungssituation lässt sich nicht final feststellen, ob die Planungsannahmen im Hinblick auf die Kundenbewegungen eingetreten sind. Zumindest ist in den Parkhäusern Couvenstraße und Adalbertstraße zu erkennen, dass diese sich deutlich besser in Zeitfenstern ohne Corona-Maßnahmen erholen als die meisten anderen Parkobjekte in Aachen.

Die positive Entwicklung im digitalen Vertrieb über die Mobilitätsplattform movA und seit Mitte 2022 über die ÖPNV-App naveo – eine Gemeinschaftslösung aller Verkehrsunternehmen im AVV zusammen mit dem AVV – hat sich im Geschäftsjahr 2022 fortgesetzt. Insgesamt können monatlich deutlich über 100 TEuro Umsatz auf diesen Vertriebswegen erzielt werden. Durch das differenzierte Produktsortiment spricht movA dabei zurzeit primär Gelegenheitskunden an, die andere Mobilitätsangebote mit dem ÖPNV gemeinsam nutzen möchten, während über naveo zurzeit primär Kunden mit Monatskarten angesprochen werden. movA stößt mit über 200.000 Downloads und mit inzwischen über 50.000 registrierten Kunden auf reges Interesse auch bei Firmenkunden, die in der Kombination aus ÖPNV und anderen Mobilitätsangeboten – gebündelt in einer App mit zusätzlichen firmenspezifischen Services der App – einen wesentlichen Baustein für ihr betriebliches Mobilitätsmanagement sehen. Der Hochlauf der naveo-App hat erst nach dem 9-Euro-Ticket richtig begonnen, so dass hier bisher nur wenige tausend Nutzer zu verzeichnen sind. Mit dem Deutschlandticket erhofft sich die ASEAG einen weiteren Push für diese Vertriebskanäle. Nach Einschätzung der ASEAG wird das betriebliche Mobilitätsmanagement

eine wesentliche Bedeutung gewinnen, da sich Arbeitgeber hier nachhaltig mit einer Sozialleistung im Wettstreit um qualifizierte Arbeitskräfte positionieren möchten. Ob dieser Trend durch das dann auch ohne Arbeitgeber bereits günstige Deutschlandticket gebrochen wird, ist abzuwarten. Mit movA hat die ASEAG zumindest die technische Möglichkeit, den Firmenkunden neben einem günstigen ÖPNV-Ticket weitere Vorteile einer arbeitgeberseitig unterstützten Mobilität näherzubringen.

Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio IT gegründeten Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility). Diese Gesellschaft bietet die technische Lösung auch außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung an. Bei der Rheinbahn AG, Düsseldorf, ist im Geschäftsjahr 2021 die Plattform „redy“ gestartet, die auf der Technologie der Better Mobility aufbaut. Insgesamt ist festzustellen, dass der Markt für den Vertrieb der Technologie enger wird. Dies liegt unter anderem daran, dass Hersteller klassischer ÖPNV-Ticket-Apps im Bereich MaaS (Mobility as a Service) deutlich nachentwickeln und ihren Bestandskunden ihre Lösungen zu sehr günstigen Preisen anbieten, um die Kundenbeziehung nicht zu verlieren. In allen Kundensegmenten dieser digitalen Lösung – Endkunde, Firmenkunde für Mitarbeiter und Firmenkunden als Betreiber einer Mobilitätsplattform – geht die ASEAG von einer zunehmenden Nachfrage aus, wenn die Unsicherheiten der derzeitigen Pandemie entfallen.

Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt auch weiterhin im Trend der Branche und wird politisch als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunter-

nehmen und zuverlässigem Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, weiterhin zu bestätigen.

Die steigende Inanspruchnahme der ÖPNV-Leistungen zum Jahresende 2022 wird sich auch im Jahr 2023 fortsetzen. In die Wirtschaftsplannung ist das prinzipiell eingeflossen. Welche Effekte jetzt letztendlich das Deutschlandticket bringen wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen. Dabei ist zu erwarten, dass das Deutschlandticket nicht nur Dauerkarten substituieren wird, sondern auch einen erheblichen Einfluss auf das Barsortiment haben wird. Heutige Gelegenheitskunden in Aachen sind beispielsweise ggf. Stammkunden in anderen Regionen Deutschlands und dürfen nun mit dem Deutschlandticket auch im Bedingebiet der ASEAG fahren. Aktuell geht die ASEAG davon aus, dass jeglicher Mindererlös durch die Förderung des Deutschlandtickets ausgeglichen wird, sodass hieraus kurzfristig keine negativen wirtschaftlichen Effekte erwartet werden.

STAWAG:

Aufgrund der Kriegsverbrechen russischer Truppen hat die EU-Kommission im April 2022 ein Kohle-Embargo der Mitgliedstaaten gegen Russland beschlossen, dass nach einer Übergangsfrist im August 2022 vollständig in Kraft getreten ist. Zusätzlich hat die EU-Kommission auch Sanktionen für russisches Erdöl im Juni 2022 beschlossen. Von dem Importstopp sind im ersten Schritt Importe über den Seeweg und die Druschba-Pipeline ab Dezember 2022 betroffen

gewesen. Im Februar 2023 ist in einem zweiten Schritt ein EU-Embargo für raffinierte Mineralölprodukte wie Diesel und Heizöl in Kraft getreten. Ziel der Importstopps ist es, die russische Wirtschaft weiter zu schwächen. Seit Januar 2023 bezieht Deutschland darüber hinaus kein Gas mehr aus Russland. Die fehlenden Gasmengen werden durch Importe aus Norwegen, aus den Niederlanden und aus Belgien ersetzt. Nachdem eine Gasmangellage im Winter 2022 verhindert werden konnte, bleibt die Aufrechterhaltung der Gasversorgung gemäß einer Einschätzung der BNetzA insbesondere in Vorbereitung auf den Winter 2023/2024 eine zentrale Herausforderung.

Wirtschaftliche Risiken in Folge des russischen Angriffskrieges sind für die energiewirtschaftlichen Versorgungsunternehmen und damit auch für die STAWAG weiterhin gegeben. In engmaschigen Risikokomitee-Sitzungen der STAWAG werden die aktuellen Entwicklungen fortlaufend bewertet und entsprechende Maßnahmen mit dem Ziel einer Risikominimierung ergriffen. Sofern eine Aufrechterhaltung der Gasversorgung in Deutschland gewährleistet werden kann, bewertet die STAWAG ihre bestehenden Risiken zumindest als überschaubar. Die größten Herausforderungen ergeben sich aktuell aus der Beteiligung am TKL. Das im Jahr 2023 zu erzielende Vermarktungsergebnis der TKL-Kraftwerksscheibe ist stark von den weiteren Entwicklungen des Strommarktpreises am Großhandelsmarkt abhängig und mit entsprechenden Unsicherheiten behaftet. Eine etwaige Nichtverfügbarkeit des Kraftwerks könnte sich je nach Zeitpunkt, Dauer und der gültigen Marktpreise deutlich negativ auf die Ergebnisentwicklung auswirken. Darüber hinaus ist derzeit noch unklar, ob das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von seiner Ermächtigung gemäß § 48, Nr. 6 des Strompreisbremsengesetzes (StromPBG) überhaupt Gebrauch machen wird und eine Gewinnabschöpfung

auch für Steinkohlekraftwerke durch Rechtsverordnung ausweiten wird. Dabei wäre auch ungewiss, wie eine etwaige Gewinnabschöpfung auf die bestehenden Stromlieferverträge (PPA-Verträge) mit den Gesellschaftern des Steinkohlekraftwerks anzuwenden wäre.

Abgesehen von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs erwartet der Vertriebsbereich der STAWAG im Jahr 2023 in der Strom- und Gassparte zunächst eine rückläufige Absatzentwicklung im Industrie- und Geschäftskundensegment aufgrund der hohen Marktpreise. In der Stromsparte wird als Folge der Markturbulenzen von großvolumigen risikobehafteten Handelsgeschäften abgesehen. In der Gassparte wird zudem von einer durchschnittlichen Witterung ausgegangen, die einen absatzerhöhenden Effekt gegenüber dem warmen Jahr 2022 mit sich bringt. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr konstanten Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund der verstärkten Akquise ein Mengenzuwachs zu erwarten, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2022	Plan 2023	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	720	498	-222	-30,8
Gas (Mio. kWh)	1.255	1.229	-26	-2,1
Wasser (Mio. m ³)*	15	15	0	0
Wärmecontracting (Mio. kWh)	11	13	+2	+18,2

* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2022 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte – im Falle eines Jahres 2023 mit normalen Temperaturen – der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass insbesondere im Gasbereich, aber auch im Strombereich, von nachhaltigen Energieeinsparungen auszugehen ist. Die Regionetz hat diese Erwartung bei den im Rahmen der Netzentgeltkalkulation angesetzten Energiemengen entsprechend berücksichtigt.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2022	Plan 2023	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.240,3	2.270,9	+30,6	+1,4
Gas (Mio. kWh)	5.082,2	5.756,9	+674,7	+13,3

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnisniveau von etwa 60,8 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2022	Plan 2023	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	644.606	635.786	-8.820	-1,4%
EBITDA (TEuro)	26.834	17.435	-9.399	-35,0%
EBIT (TEuro)	19.550	8.433	-11.117	-56,9%
EBT (TEuro)	73.996	60.842	-13.154	-17,8%

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2023 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der STAWAG liegt darüber hinaus auf der Steuerung und auf der Weiterentwicklung der Regionetz sowie auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundlichere Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden
- die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden, auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 126,4 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,3 Prozent wird trotz der weltweiten Krisen für das Jahr 2023 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei

Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlagen der Markteinschätzung für 2022/2023 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und die Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2023 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro):

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)	Ist 2022	Plan 2023	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	153,6	156,2	2,6	1,7
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	105,1	108,6	3,5	3,3
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	15,0	14,8	-0,2	-1,3
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	21,8	20,2	-1,6	-7,3
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,8 %	9,5 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	89,0	93,3	4,3	4,8
Personalkosten	53,4	59,0	5,6	10,5
Personalkostenquote ²⁾	34,8 %	37,8 %	-	-
Ergebnis vor Steuern	14,8	10,9	-3,9	-26,4
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	9,6 %	7,0 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/Bestandsveränderungen) / Materialaufwand

2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremd. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 108,6 Mio. Euro eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 14,8 Mio. Euro weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2022) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 20,2 Mio. Euro nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt auch das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund von Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung, im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen und angenommenen Tarifierhöhungen, auf 59 Mio. Euro.

In der Folge erwartet die regio iT für 2023 eine Steigerung des Rohergebnisses von 80,9 Mio. Euro auf 93,3 Mio. Euro, bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 14,8 Mio. Euro auf 10,9 Mio. Euro.

Die regio iT beabsichtigt, den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nichtfinanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Vorjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Jahr 2022 wurde darauf aufgesetzt und die freiwillige Berichterstattung fortgeführt. Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2023 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Für das Beteiligungsergebnis gewogen wurde in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2022 auf Planniveau im Sommer 2023 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2022 ein recht heterogenes Bild. Zum einen löst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Energiekrise aus und erhöht damit sowohl die Liefer- als auch die Preisrisiken der STAWAG an den Beschaffungsmärkten. Andererseits hat die STAWAG in dieser Energiekrise mit ihrem diversifizierten Geschäftsmodell in den Bereichen konventio-

nelle Kraftwerksbeteiligungen und regenerative Energieerzeugungsanlagen profitiert.

Zudem kommt der STAWAG jetzt zugute, dass sie bereits vor einigen Jahren bei ihren konventionellen Energieerzeugungsbeteiligungen weitreichend Vorsorge betrieben hat. Im regenerativen Bereich stützen die erhöhten Energiepreise ebenfalls die Wirtschaftlichkeit bei gebauten Anlagen und erzeugen Spielraum für neue Investitionen.

Ein weiterer begünstigender Einflussfaktor auf die Risikolage der STAWAG-Gruppe ist das inzwischen deutlich erhöhte Zinsniveau. Infolge der Energiekrise und der hierdurch ausgelösten Inflation sind die Kapitalmarktzinsen so plötzlich und so massiv angestiegen, dass die in den vergangenen Jahren so ergebnisbelastenden Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen nun wieder schrittweise zurückgehen. Im Hinblick auf die anstehenden Zukunftsinvestitionen wird sich dieser positive Effekt jedoch drehen und die Notwendigkeit planbarer Rahmenbedingungen für Investitionen erhöhen. Die Unsicherheiten im energiewirtschaftlichen Umfeld halten weiter an. Ein Ausdruck hierfür sind die unverändert hohen Energiepreise und diversen Gesetzesvorhaben zum Erhalt der Versorgungssicherheit und zum Ausbau erneuerbarer Energien. Zudem ist derzeit nur schwer abschätzbar, welche Wirkungen sich aus dem Strompreisminderungsengesetz und der weiteren Entwicklung des Ukrainekrieges entfalten können.

Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG. Chancen könnten sich für die STAWAG-Gruppe bei günstiger Entwicklung der Strompreise aus der Vermarktung der Kraftwerksscheibe der TKL ergeben. Ebenfalls chancenreich bleibt die zwischen STAWAG und EWW bestehende Netzkooperation in der Regionetz, die sich bei

Konzessionsausschreibungen oder Netzverpachtungen als professioneller Netzbetreiber anbietet. Auch die auf regenerative Energien spezialisierte Tochtergesellschaft STAWAG Energie ist zuversichtlich, an dem von der EU und der Bundesregierung geplanten Ausbau erneuerbarer Energien durch neue Projekte teilhaben zu können. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2022 wird seit der Corona-Pandemie das Risiko einer Pandemie aufgeführt. Auch wenn die Corona-Pandemie nun schon länger als ursprünglich erwartet anhält, wird die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie als gering eingestuft. Dennoch zeigt sich in der derzeitigen Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind. Für die Geschäftsjahre bis 2022 werden diese Auswirkungen in großen Teilen durch den ÖPNV-Rettungsschirm aufgefangen. Für das Geschäftsjahr 2023 darf jedoch nicht sicher von einem analogen ÖPNV-Rettungsschirm ausgegangen werden. Insgesamt wird die Corona-Pandemie die seitens der Politik angestrebte Verkehrswende zu mehr umweltfreundlicher Mobilität – wozu auch der ÖPNV zählt – kurz- bis mittelfristig bremsen. Mittel- bis langfristig wird damit gerechnet, dass in städtischen Räumen der Trend zum ÖPNV wieder zunehmen wird. Diese Annahme stützt sich darauf, dass parteiübergreifend der Kampf gegen den Klimawandel befürwortet wird und aus politischer Sicht nur ein starker und funktionierender ÖPNV die notwendige Unterstützung bringt. Hierin sieht die ASEAG ihre große Chance als Mobilitätsdienstleister. Die Einführung des Deutschlandtickets unterstreicht diesen Aufwärtstrend zwar, birgt jedoch auch Risiken. Wird nämlich

die zusätzliche Kundennachfrage nach ÖPNV-Leistungen qualitativ nicht ausreichend erbracht, wenden sich die unzufriedenen Kunden für längere Zeit wieder ab und lösen negative Effekte auf die Ertragskraft der ASEAG aus. Sollte also die Finanzierung des Deutschlandtickets durch Bund und Länder nicht nachhaltig gesichert werden können, wird der Weg zurück zu einer höheren Nutzerfinanzierung nach Einschätzung der ASEAG extrem schwierig.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Wurde vor der Corona-Pandemie das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes der APAG als eher gering angesehen, so hat dieses Risiko vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder an

Bedeutung gewonnen. Zum einen ist zurzeit nicht vorhersehbar, wie sich die Pandemie auf die Innenstädte und damit die Parkhausnutzung auswirkt und zum anderen hat die Pandemie gezeigt, wie sensibel der Betrieb von Parkhäusern auf ein Ereignis einer Pandemie reagiert. Dies könnte dazu führen, dass entsprechende Risikofaktoren bei der Unternehmensbewertung ungünstiger ausfallen werden und somit den Unternehmenswert der APAG reduzieren. Zunehmende Instandhaltungsaufwendungen stellen eine weitere Herausforderung dar. Zur Stabilisierung des Unternehmenswertes wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2023 und der folgenden Jahre Steigerungen der Kurzparkertarife berücksichtigt. Nach über zehn Jahren ohne Preisanpassung wird dies als am Markt durchsetzbar angesehen, zumal davon ausgegangen wird, dass es im Rahmen der Klimaschutzdiskussion sicher zu weiteren Anpassungen der Parkgebühren am Straßenrand kommen wird. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung in Kombination mit der sprunghaft angestiegenen Inflation im Geschäftsjahr 2022 verstärken das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. des Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition an bei Haushaltsplanungen, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren.

Zusätzlich zu den bereits heute vom Bund und vom Land bezuschussten Tickets für spezielle Kundengruppen (z. B. Studenten, Schüler, Empfänger von Sozialleistungen), wird mit der im Jahr 2023 geplanten Einführung des Deutschlandtickets eine generelle Subventionierung des ÖPNV durch Bundes- und Landesmittel für alle Kundensegmente eingeführt. Tarifpolitische Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse in der Region abzielen sind dadurch kaum noch realisierbar. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten. Schon heute ist festzuhalten, dass die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen beim Bund und beim Land erheblich zunimmt.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die von der STAWAG im Zuge des verabschiedeten Kohleverbrennungsbeendigungsgesetzes (KVBG) vorgenommene deutliche Erhöhung der Drohverlustrückstellungen für den Steinkohlekraftwerksbetrieb Lünen sowie die im Geschäftsjahr 2022 überproportional angestiegenen Preise auf den Energiemärkten mit ihren positiven Ergebnisauswirkungen auf die Vermarktung der Kraftwerksscheibe Lünen, den STAWAG-Vertrieb und die STAWAG Energie lassen eine unerwartet hohe Gewinnabführung der STAWAG an die E.V.A. von rund 68 Mio. Euro zu, sodass die E.V.A. mit einem Nachsteuerergebnis von ca. 26,3 Mio. Euro eine enorme Reduzierung ihres Verlustvortrags vornehmen kann. Gemäß aktueller Mittelfristplanung ist zu erwarten, dass die energiewirtschaftlichen Ergebnisbeiträge die ÖPNV-Verluste auch in den nächsten Jahren wieder vollständig kompensieren bzw. übertreffen, sodass die E.V.A. den angestrebten Ergebnis- und Liquiditätsspielraum für Eigenkapitalstärkung und Entschuldung gewinnen kann. Die seitens der Stadt Aachen bis zum Jahr 2022 geleisteten Ausgleichszahlungen würden demzufolge auf dem aktuellen Niveau von rund 64,9 Mio. Euro verharren. Das Risiko einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Ausgleichspflicht in Höhe von 70 Mio. Euro erscheint nach derzeitigem Kenntnisstand ebenso unwahrscheinlich wie das potentielle Risiko einer mittelfristigen Unterkapitalisierung. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht kann die E.V.A. bei Bedarf weiterhin auch kurzfristige Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sicherstellt und der steuerliche Querverbund insofern weiterhin tragfähig ist. Es kommt also weiterhin darauf an, dass sich das im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und energiewirtschaftlichen Gewinnen manifestiert bzw. zusätzliche Mittel für die Finanzierung der Verkehrs- bzw. Mobilitätswende bereitgestellt werden. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Aachen, den 31. Mai 2023

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung
Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern

Konzernabschluss >>

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva	Anhang	31.12.2022 Euro	31.12.2021 TEuro
A. Anlagevermögen	_ 1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00	96
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		14.632.264,75	10.499
3. Geschäfts- oder Firmenwert		652.653,00	725
4. Geleistete Anzahlungen		<u>1.113.736,74</u>	<u>1.586</u>
		16.398.654,49	12.906
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		53.185.912,73	49.203
2. Fahrzeuge für Personenverkehr		28.813.603,00	34.961
3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen		869.893.619,32	780.934
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		25.077.764,89	15.800
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		<u>60.929.204,72</u>	<u>69.928</u>
		1.037.900.104,66	950.826
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		266.646,45	2.538
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		53.840.819,11	50.625
3. Beteiligungen		94.373.190,48	92.862
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		15.573.930,51	17.459
5. Sonstige Ausleihungen		<u>512.192,35</u>	<u>525</u>
		164.566.778,90	164.009
		1.218.865.538,05	1.127.741
B. Umlaufvermögen	_ 2		
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		6.378.679,35	5.295
2. Unfertige Leistungen		15.427.163,47	13.393
3. Waren		47.648.434,42	15.439
4. Geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>	<u>-864</u>
		69.454.277,24	33.263
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		116.662.030,66	95.020
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		834.327,93	6
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		61.236.019,05	60.127
4. Forderungen gegen Gesellschafter		19.990.850,29	11.905
5. Sonstige Vermögensgegenstände		<u>28.366.216,44</u>	<u>29.976</u>
		227.089.444,37	197.034
III. Wertpapiere	_ 3		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	2.369
2. Sonstige Wertpapiere		<u>10.000.000,00</u>	<u>15.000</u>
		10.000.000,00	17.369
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		73.115.706,39	27.893
		379.659.428,00	275.559
C. Rechnungsabgrenzungsposten		15.564.651,20	10.713
		1.614.089.617,25	1.414.013

Passiva	Anhang	31.12.2022 Euro	31.12.2021 TEuro
A. Eigenkapital	_ 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Gewinnrücklagen		98.602.823,64	91.054
IV. Nicht beherrschende Anteile		178.397.241,76	180.547
V. Konzernbilanzverlust		<u>-68.126.000,57</u>	<u>-105.793</u>
		266.676.944,83	223.611
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile		25.000,00	25
C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	_ 5	20.186.850,00	21.533
D. Zuschüsse	_ 6		
1. Baukostenzuschüsse		37.408.553,35	38.605
2. Sonstige Zuschüsse		<u>4.031.297,79</u>	<u>1.844</u>
		41.439.851,14	40.449
E. Rückstellungen	_ 7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		441.155.861,00	428.922
2. Steuerrückstellungen		12.672.784,25	3.098
3. Sonstige Rückstellungen		<u>143.417.877,16</u>	<u>139.183</u>
		597.246.522,41	571.203
F. Verbindlichkeiten	_ 8		
1. Genussscheinkapital		139.487,50	142
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		423.988.203,24	368.577
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		62.980.034,16	36.606
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		3.325.035,27	2.101
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		48.121.432,72	29.843
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		31.416.779,81	24.279
7. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>77.847.781,37</u>	<u>54.237</u>
		647.818.754,07	515.785
G. Rechnungsabgrenzungsposten	_ 9	6.968.808,92	5.394
H. Passive latente Steuern	_ 10	33.726.885,88	36.013
		1.614.089.617,25	1.414.013

Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	Anhang	2022 Euro	2021 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11		
a) Brutto-Umsatzerlöse		1.071.091.379,00	837.551
b) Strom- und Energiesteuer		-14.336.274,43	-15.773
		<u>1.056.755.104,57</u>	<u>821.778</u>
2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen		1.181.437,47	-6.795
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		13.501.397,11	14.804
4. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	41.184.650,62	41.442
5. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-536.962.836,37	-314.928
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-200.983.083,99	-217.716
		<u>-737.945.920,36</u>	<u>-532.644</u>
6. Personalaufwand	_ 14		
a) Löhne und Gehälter		-106.285.262,54	-103.212
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-32.989.241,12	-32.239
		<u>-139.274.503,66</u>	<u>-135.451</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-58.992.307,00	-50.709
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	-100.820.053,05	-81.331
Betriebsergebnis		75.589.805,70	71.094
9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	_ 16	10.951.392,47	5.381
10. Erträge aus Beteiligungen	_ 17	8.797.939,10	8.246
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 18	51.554,18	67
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	_ 19	1.740.645,44	2.035
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 20	1.452.103,81	125
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	_ 21	-210.358,96	-203
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		-27.432,82	-87
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 22	-22.958.151,80	-45.845
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 23	-16.391.477,85	-6.656
18. Ergebnis nach Steuern		58.996.019,27	34.157
19. Sonstige Steuern	_ 24	-1.124.784,51	-1.645
20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter		-14.768.595,06	-14.980
21. Erträge aus der Ausgleichsverpflichtung		0,00	3.942
22. Konzernjahresüberschuss		43.102.639,70	21.474
23. Verlustvortrag		-105.792.316,72	-114.577
24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		-1.870.007,87	-877
25. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		3.188.440,27	3.188
26. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-6.754.755,95	-15.000
27. Konzernbilanzverlust		-68.126.000,57	-105.792

Konzernanhang

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konsolidierungskreis sind neben der E.V.A. dreiundzwanzig Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 einbezogen. Die Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen wird erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen.

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurde in Bezug auf die Regionetz GmbH, Aachen, nicht ausgeübt.

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen
- ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler
- STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH (Simmerath Verwaltung), Simmerath
- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH (Monschau Verwaltung), Monschau

- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen
- Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG (WP Simmerath II), Mainz

Die Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die Beteiligung an der regio iT wird ebenfalls als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt.

Die Beteiligung an der WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen, wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 917 TEuro. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mit einer Laufzeit von 10 Jahren planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden deshalb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen wurden planmäßig vorgenommen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde eine Harmonisierung der Nutzungsdauern vorgenommen. Dabei wurden Bestandsanlagen, deren Nutzungsdauer durch amtliche AfA-Tabellen geprägt waren, den Nutzungsdauern nach StromNEV und GasNEV angeglichen. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

Immateriellen Vermögensgegenständen	3 - 10 Jahre
Gebäuden und Bauten	2 - 90 Jahre
Fahrzeugen für Personenverkehr	5 - 12 Jahre
Technischen Anlagen und Maschinen	1 - 45 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 25 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagegütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifkunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 1,78 Prozent p.a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,5 Prozent p.a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 1,75 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 Prozent p.a. bis 1,8 Prozent p.a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es wurde eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweiten spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 26.018 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem Verpflichtungswert zum 31. Dezember 2022 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,625 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der Regio-Temp GmbH (vormals Regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert lag 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 26,9 Mio. Euro. Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergibt.

Konzern

Konzern-Anlagevermögen >>

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Stand 31.12.2022 Euro
	Stand 1.1.2022	Zugang aus Erst- konsolidierung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.080.194,72	0,00	0,00	0,00	0,00	11.080.194,72
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	39.474.662,27	0,00	3.317.334,68	0,00	4.884.517,48	47.676.514,43
3. Geschäfts- oder Firmenwert	1.015.242,86	0,00	0,00	0,00	0,00	1.015.242,86
4. Geleistete Anzahlungen	1.586.689,64	0,00	116.782,09	0,00	-589.734,99	1.113.736,74
	<u>53.156.789,49</u>	<u>0,00</u>	<u>3.434.116,77</u>	<u>0,00</u>	<u>4.294.782,49</u>	<u>60.885.688,75</u>
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	139.598.911,01	0,00	1.412.777,28	307.970,08	4.883.658,25	145.587.376,46
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	61.913.319,02	0,00	-2.057.367,29 ¹⁾	1.184.822,41	0,00	58.671.129,32
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.791.722.003,57	43.511.776,61	64.615.043,02 ²⁾	1.846.563,24	32.119.294,62	1.930.121.554,58
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	62.269.759,84	0,00	8.291.312,52 ³⁾	600.904,15	4.523.024,72	74.483.192,93
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	69.927.876,96	0,00	36.822.087,84	0,00	-45.820.760,08	60.929.204,72
	<u>2.125.431.870,40</u>	<u>43.511.776,61</u>	<u>109.083.853,37</u>	<u>3.940.259,88</u>	<u>-4.294.782,49</u>	<u>2.269.792.458,01</u>
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.605.556,46	-2.276.050,00	5.000,00	18.719,69	0,00	315.786,77
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	65.413.743,91	0,00	5.276.560,87	1.877.144,23	0,00	68.813.160,55
3. Beteiligungen	112.312.237,19	0,00	1.538.404,04	531.118,41	0,00	113.319.522,82
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.459.394,70	0,00	0,00	1.885.464,19	0,00	15.573.930,51
6. Sonstige Ausleihungen	5.726.903,34	0,00	47.233,25	92.319,10	0,00	5.681.817,49
	<u>203.517.835,60</u>	<u>-2.276.050,00</u>	<u>6.867.198,16</u>	<u>4.404.765,62</u>	<u>0,00</u>	<u>203.704.218,14</u>
	<u>2.382.106.495,49</u>	<u>41.235.726,61</u>	<u>119.385.168,30</u>	<u>8.345.025,50</u>	<u>0,00</u>	<u>2.534.382.364,90</u>

1) nach Abzug von 2.437.293,15 Euro Investitionszuschüssen

2) nach Abzug von 1.794.731,00 Euro Investitionszuschüssen

3) nach Abzug von 6.000,00 Euro Investitionszuschüssen

Abschreibungen						Buchwerte		
Stand 1.1.2022	Zugang aus Erst- konsolidierung Euro	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibung	Stand 31.12.2022	Stand 1.1.2022	Stand 31.12.2022
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
10.984.438,45	0,00	95.756,27	0,00	0,00	0,00	11.080.194,72	95.756,27	0,00
28.975.885,61	0,00	4.068.364,07	0,00	0,00	0,00	33.044.249,68	10.498.776,66	14.632.264,75
290.072,86	0,00	72.517,00	0,00	0,00	0,00	362.589,86	725.170,00	652.653,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.586.689,64	1.113.736,74
<u>40.250.396,92</u>	<u>0,00</u>	<u>4.236.637,34</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	44.487.034,26	<u>12.906.392,57</u>	16.398.654,49
90.395.648,71	0,00	2.303.058,88	297.243,86	0,00	0,00	92.401.463,73	49.203.262,30	53.185.912,73
26.952.280,02	0,00	4.014.952,71	1.109.706,41	0,00	0,00	29.857.526,32	34.961.039,00	28.813.603,00
1.010.787.720,59	6.320.067,61	44.948.259,24	1.828.222,82	110,64	0,00	1.060.227.935,26	780.934.282,98	869.893.619,32
46.470.045,47	0,00	3.489.398,83	553.905,62	-110,64	0,00	49.405.428,04	15.799.714,37	25.077.764,89
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	69.927.876,96	60.929.204,72
<u>1.174.605.694,79</u>	<u>6.320.067,61</u>	<u>54.755.669,66</u>	<u>3.789.078,71</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	1.231.892.353,35	<u>950.826.175,61</u>	1.037.900.104,66
67.860,01	0,00	0,00	18.719,69	0,00	0,00	49.140,32	2.537.696,45	266.646,45
14.788.896,44	0,00	183.445,00	0,00	0,00	0,00	14.972.341,44	50.624.847,47	53.840.819,11
19.450.535,79	0,00	26.913,96	531.117,41	0,00	0,00	18.946.332,34	92.861.701,40	94.373.190,48
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.459.394,70	15.573.930,51
5.201.631,16	0,00	0,00	32.006,02	0,00	0,00	5.169.625,14	525.272,18	512.192,35
<u>39.508.923,40</u>	<u>0,00</u>	<u>210.358,96</u>	<u>581.843,12</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	39.137.439,24	<u>164.008.912,20</u>	164.566.778,90
<u>1.254.365.015,11</u>	<u>6.320.067,61</u>	<u>59.202.665,96</u>	<u>4.370.921,83</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	1.315.516.826,85	<u>1.127.741.480,38</u>	1.218.865.538,05

Erläuterungen zur Konzernbilanz

_1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel.

_2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Forderungen aus noch nicht abgelesenen Verbrauch	157.724	132.732
Erhaltene Abschlagszahlungen	-104.505	-102.700
	53.219	30.032
Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	63.443	64.988
Summe	116.662	95.020

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren mit 20 TEuro (Vorjahr: 6 TEuro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen handelt es sich um 44.099 TEuro (Vorjahr: 45.419 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 9.378 TEuro (Vorjahr: 10.320 TEuro) Zinsforderungen, Gewinnansprüche in Höhe von 4.910 TEuro (Vorjahr: 4.144 TEuro) und Darlehensforderungen von 2.849 TEuro (Vorjahr: 244 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich wie im Vorjahr ausschließlich gegen die Stadt Aachen und gliedern sich wie folgt:

Gesellschafter	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Zuschüsse für den ÖPNV-Rettungsschirm	15.525	0
Lieferungen und Leistungen	4.287	7.771
Ertragsteuern	179	179
Kapitaleinlage	0	3.942
Zinsen	0	13
Summe	19.991	11.905

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Kapitaldienstreservekonten aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (9.512 TEuro) die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind und Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer (8.292 TEuro) die erst im Folgejahr fällig werden und Forderungen aus Ertragsteuern (2.515 TEuro).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 9.451 TEuro (Vorjahr: 11.071 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

_3 Wertpapiere

Die sonstigen Wertpapiere betreffen eine Termingeldanlage bei der NordLB mit einer Verzinsung von 0,68 Prozent, welche im Februar 2023 fällig ist.

_4 Eigenkapital

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (501 TEuro) und passive (44.400 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

_5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der Unterschiedsbetrag ergab sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018, über 20 Jahre aufgelöst.

_6 Zuschüsse

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betragen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 3.834 TEuro (Vorjahr: 4.058 TEuro).

_7 Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

	TEuro
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	83.431
Ausstehende Rechnungen	27.472
Ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich	19.925
Rückbauverpflichtungen	2.223
Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung	1.470
Pachten und Fahrzeuganmietungen	1.402
Aufbewahrung und Archivierung	608
Unterlassene Instandhaltung	466

8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 1.413 TEuro (Vorjahr: 798 TEuro) aus Lieferungen und Leistungen. Weiterhin wurden Forderungen in Höhe von 161 TEuro (Vorjahr: 152 TEuro) verrechnet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 48.020 TEuro (Vorjahr: 29.812 TEuro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 101 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) anrechenbare Steuern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 28.871 TEuro (Vorjahr: 21.733 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.546 TEuro (Vorjahr: 2.546 TEuro) die Städte-Region Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 31.220 TEuro (Vorjahr: 23.946 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 24.000 TEuro (Vorjahr: 24.000 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus Erdgas-, Lohn-, und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Konzernverbindlichkeiten	31.12.2022 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2021 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro
1. Genussscheinkapital	139	0	139	139	142	0	142	142
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	423.988 ¹⁾	49.827	374.161	233.112	368.577 ²⁾	53.634	314.943	202.921
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.980	62.849	131	0	36.606	36.606	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.325	3.325	0	0	2.101	2.101	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48.121	48.121	0	0	29.843	29.843	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	31.417	19.017	12.400	2.546	24.279	9.333	14.946	2.546
7. Sonstige Verbindlichkeiten	77.848	54.301	23.547	0	54.238	30.691	23.547	0
davon aus Steuern	7.701	7.701	0	0	10.080	10.080	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	235	235	0	0	653	653	0	0
	647.818	237.440	410.378	235.797	515.786	162.208	353.578	205.609

1) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 152.696 TEuro

2) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 124.483 TEuro

9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2022 für das Jahr 2023 vereinnahmten Umsätzen.

10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 1.018 TEuro entstammen aus unterschiedlichen steuerlichen und handelsrechtlichen Vermögensbewertungen bei Tochtergesellschaften.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
Aktiva						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	32,69%	0	0
Sachanlagen	676.296	678.774	2.478	32,69%	1.691	-881
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	122.112	120.435	-1.677	32,69%	741	-1.289
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	105.474	128.820	23.346	16,86%	5.599	-1.663
Forderungen	139.806	139.836	30	32,69%	10	0
Vorräte	700	1.200	500	32,69%	164	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	0	256	256	16,86%	51	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	8.033	8.099	66	32,69%	22	0
Summe Aktiva	1.052.421	1.077.420	24.999		8.278	-3.840
Passiva						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	1.566	-1.566	32,69%	0	-512
Rückstellungen	597.822	234.749	363.073	32,69%	118.695	-7
Verbindlichkeiten	353.576	353.570	6	32,69%	2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	34.106	34.018	88	32,69%	29	0
Summe Passiva	985.504	623.903	361.601		118.726	-519
Aktivüberhang aus Differenz			386.600		122.645	

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

_11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	2022 TEuro	2021 TEuro
Gasversorgung	366.793	212.174
Stromversorgung	337.571	323.135
Energieerzeugung	161.846	67.686
Verkehr	59.559	62.272
Wasserversorgung	49.952	51.404
Fernwärmeversorgung	34.276	35.443
Stadtentwässerung	13.306	40.127
Parkhausbewirtschaftung, Grundbesitzwirtschaft und sonstige Dienstleistungen	33.452	29.537
	1.056.755	821.778

_12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen

	2022 TEuro	2021 TEuro
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	21.198	6.617
Coronahilfen	12.000	6.241
Erträge aus Anlagenabgängen	1.716	4.826
Sonstige periodenfremde und neutrale Erträge	722	880
Erträge aus sonstigen Zuschüssen	694	1.446
Erträge aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen	0	10.151
Zuschreibungen auf Finanzanlagen	0	6.200

_13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietung, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

_14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 13.819 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: 9.939 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

	2022	2021
Mitarbeiter in Vollzeit	1.415	1.417
Mitarbeiter in Teilzeit	269	260
Aushilfen	33	31
	1.717	1.708
Auszubildende	43	49
Gesamt	1.760	1.757

_15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen vor allem Konzessionsabgaben in Höhe von 25.301 TEuro (Vorjahr: 25.637 TEuro), Drohende Verluste aus schwebenden Gasabsatzgeschäften 11.175 TEuro (Vorjahr: 0 TEuro), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 7.854 TEuro (Vorjahr: 6.938 TEuro), Marketingmaßnahmen von 4.425 TEuro (Vorjahr: 3.680 TEuro) und Versicherungsprämien von 3.099 TEuro (Vorjahr: 2.895 TEuro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 553 TEuro (Vorjahr: 629 TEuro).

_16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT und der WAG.

_17 Erträge aus Beteiligungen

Im Vorjahr betragen die Erträge aus Beteiligungen mit verbundenen Unternehmen 402 TEuro.

_18 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

_19 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge stammen im Wesentlichen aus Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

_20 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Im Vorjahr wurden Zinserträge mit verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 TEuro erzielt.

_21 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Es wurden Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 183 TEuro (Vorjahr: 183 TEuro) vorgenommen.

_22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 14.417 TEuro (Vorjahr: 38.048 TEuro) enthalten.

23 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

	E.V.A. TEuro	Regionetz/ Alsdorf Netz TEuro	Projektgesell- schaften TEuro	latente Steuern TEuro	Gesamt TEuro	Vorjahr TEuro
Laufendes Jahr						
Körperschaftsteuer / SolZ	7.191	2.759	0	-1.060	8.890	4.481
Gewerbeertragsteuer	5.332	0	4.397	-1.114	8.615	3.600
	<u>12.523</u>	<u>2.759</u>	<u>4.397</u>	<u>-2.174</u>	17.505	<u>8.081</u>
für Vorjahre						
Körperschaftsteuer / SolZ	-1.146	0	0	0	-1.146	-845
Gewerbeertragsteuer	32	0	0	0	32	-580
	<u>-1.114</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	-1.114	<u>-1.425</u>
	11.409	2.759	4.397	-2.174	16.391	6.656

24 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen mit 2.027 TEuro (Vorjahr: 2.264 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 902 TEuro (Vorjahr: 619 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2022

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2022 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	183.873	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	85.089	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionnetz), Aachen	269.214	50,8 ²⁾	0 ^{3) 15)}
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	50,1 ¹⁶⁾	0 ³⁾
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	2.666	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	4.288	100,0 ¹⁶⁾	144
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.190	100,0 ¹⁶⁾	44
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁶⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande	195	100,0 ⁴⁾	-379
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7.300	80,0 ⁴⁾	2.103
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	847
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	797
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	712	100,0 ⁴⁾	254
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.705	100,0 ⁴⁾	816
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.711	100,0 ⁴⁾	941
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	7.603	59,0 ⁴⁾	1.903
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	12.057	100,0 ⁴⁾	3.660
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	7.416	100,0 ⁴⁾	2.334
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	7.779	100,0 ⁴⁾	3.235
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	8.024	100,0 ⁴⁾	3.382
Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen	3.451	100,0 ⁴⁾	-10
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-30
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	33 ⁵⁾	100,0 ¹⁶⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	33 ⁵⁾	100,0 ¹⁶⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	1.839 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	211	100,0 ⁴⁾	26
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	46	80,0 ¹⁸⁾	2
Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Mainz	3	100,0 ⁴⁾	-2

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2022 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	21.915	37,6	10.506
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	3.237	75,0 ⁸⁾	1.337
elect iT GmbH (elect iT), Aachen	941	100,0 ¹⁹⁾	791
WRS, Softwareentwicklungs GmbH, Aachen	57	100,0 ¹⁹⁾	31
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	0	80,0 ⁸⁾	-39
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	177	49,5 ¹⁾	-198
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	98.312 ⁵⁾	12,0 ²⁾	8.881 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	9.395	16,9 ²⁾	1.608
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	34.859	13,7 ²⁾	6.616
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 ¹⁴⁾	8,5 ²⁾	-54.708
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	291.525 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	-16.998 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), Lübeck	122.764 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹²⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	31.538 ⁵⁾	40,0 ⁴⁾	3.097 ⁵⁾
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	26.256 ⁵⁾	50,0 ²⁾	2.535 ⁵⁾
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10.022 ⁹⁾	50,0 ²⁾	1.067 ⁹⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	5.681 ⁵⁾	49,0 ²⁾	207 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	5.647 ⁵⁾	49,0 ²⁾	197 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH, Ruppichterath	5.474 ⁵⁾	49,0 ²⁾	158 ⁵⁾
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	88 ⁵⁾	49,0 ¹¹⁾	301 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.415	46,0 ⁴⁾	1.954
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 ⁴⁾	2.450
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.876	49,0 ⁴⁾	1.220
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.759	49,0 ⁴⁾	1.122
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	5.748	50,0 ⁴⁾	1.692
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	964 ⁵⁾	49,0 ⁴⁾	-46 ⁵⁾
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	854 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	61 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	12.581	50,0 ⁴⁾	3.401
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	1.583 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	1.076 ⁹⁾
Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck	6.803 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	667 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	44 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	44 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	12.201 ⁵⁾	16,0 ²⁾	3.743 ⁵⁾
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	9.040 ⁵⁾	30,0 ²⁾	-749 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	85 ⁵⁾	46,0 ²⁾	5 ⁵⁾
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	11 ⁵⁾	50,0 ¹³⁾	-5 ⁵⁾

1) Anteile werden gehalten über ASEAG
 2) Anteile werden gehalten über STAWAG
 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
 5) Wertansätze zum 31.12.2021
 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
 8) Anteile werden gehalten über regio iT
 9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 391 TEuro ausgewiesen
 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 23.266 TEuro
 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 244.486 TEuro ausgewiesen.
 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 44.288 TEuro

16) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
 17) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten
 18) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten
 19) Anteile werden gehalten über vote iT

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2022 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 85 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 704 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betragen 610 TEuro im Berichtsjahr. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.653 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 1.223 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 325 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 828 TEuro sonstige Leistungen, 67 TEuro andere Bestätigungsleistungen und 3 TEuro Steuerberatung.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (0,8 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 182,4 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 331,9 Mio. Euro, aus einem langfristigen Konzessionsvertrag sowie aus Parkhauspachtverträgen (3,8 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (38,7 Mio. Euro p. a. Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen und sonstigen Dauer-schuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 19 Mio. Euro (Vorjahr: 19 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat sich im Rahmen einer Patronatserklärung verpflichtet, die smartlab so zu stellen, dass ein eingeforderter Eigenanteil in Höhe von 0,2 Mio. Euro geleistet werden kann. Auf Basis der Wirtschaftsplanung der smartlab ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH geschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG, der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die TGH geht in ihrer Planung davon aus, dass die noch nicht abgerufenen Mittel nicht benötigt werden und das volle Darlehen im Jahr 2024 getilgt wird.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) hat die STAWAG laut Rahmenkreditlinie – wie im Vorjahr in Höhe von 135 Mio. Euro – ihre Geschäftsanteile einschließlich der Gewinnanteile an dieser Gesellschaft verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TGE, die TWB, die Turnow West I und die Turnow West II haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Im Rahmen von Beteiligungserwerben wurden jährliche Ergebnisgarantien in der Versorgungssparte von bis zu 280 TEuro (Vorjahr: 280 TEuro) gegeben. Eine Inanspruchnahme wird abhängig vom Akquisitionserfolg der Gesellschaften sein. Wenn die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht erreichen, erfolgt der Ausgleich durch

eine Einlage ins Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft in Höhe der Differenz zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den garantierten Ergebnissen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht in jedem Geschäftsjahr erreichen werden.

Derivative Finanzinstrumente

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Nominalwert TEuro	Zeitwert TEuro	Laufzeit bis
1	SWAP	Zinsswap	4.583	-246	Juni 2028
2	SWAP	Zinsswap	6.500	253	Juni 2029
3	SWAP	Zinsswap	2.763	93	März 2029
4	SWAP	Zinsswap	1.667	15	März 2024
5	SWAP	Zinsswap	1.300	-31	Dezember 2022
6	SWAP	Zinsswap	2.918	-93	Dezember 2030
7	SWAP	Kohleforward	20.617	-6.810	Dezember 2024
8	Forward	Stromforward	96.494	35.742	Dezember 2024
9	Forward	EUA-Forward	16.815	250	Dezember 2024
10	Forward	Gas-Forward	33.612	0	Oktober 2023
11	SWAP	Dieselölswap	11.944	-538	Dezember 2025

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 6 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 7 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Mit den unter Nummer 7 aufgeführten Kohleswaps (Commodity-Swaps) hat die STAWAG das Recht erworben, eine Menge von 81.900 metrischen Tonnen (MT) Steinkohle in den Geschäftsjahren 2023 und 2024 zu einem im Voraus definierten Preis zu erwerben. Der Zeitwert zum Bilanzstichtag beruht auf einem internen Vergleich von Bezugs- und Marktpreisen. Der Zeitwert des Kohleswaps wurde in eine Drohverlustrückstellung einbezogen, die das Risiko aus den Kraftwerken abbildet.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 8, für die Jahre 2023 und 2024 eine Menge von 286.929 MWh Strom zu einem im Voraus definierten Preis verkauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von EEX-Forward-Kurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 9, für die Jahre 2023 und 2024 Emissionszertifikate für eine Menge von 200.000 Tonnen zu einem im Voraus definierten Preis gekauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Börsenkurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 10, für das Jahr 2023 zu einem im Voraus definierten Preis 285.832 MWh Erdgas verkauft. Der Forward ist durch den Bestand im Gasspeicher besichert. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Festpreis des Forwards und der Bewertung des Gasbestands zum gleitenden Durchschnitt am Bilanzstichtag.

Die ASEAG hat, aufgeführt unter Nummer 11, im Oktober 2020 Commodity-Swap-Geschäfte mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2023 abgeschlossen. Im August 2022 und im Oktober 2022 wurden jeweils drei weitere Swap-Geschäfte, also insgesamt sechs, abgeschlossen. Die Laufzeiten dieser Swaps sind bis Ende 2023 (zwei Swaps), Ende 2024 (zwei Swaps) und Ende 2025 (zwei Swaps) festgelegt. Der Nominalbetrag der laufenden Swap-Geschäfte wird mit 11.944.492 EUR zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und als entsprechende Bewertungseinheit gebildet. Über einen Zeitraum von drei Jahren gleichen sich die Wertänderungen voraussichtlich vollständig aus, da Grund- und Sicherungsgeschäft die gleichen Nominalbeträge und Fristigkeiten haben und demselben Risiko ausgesetzt sind. Zur Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode gewählt. Am 31. Dezember 2022 war einer der im Jahr 2020 abgeschlossenen Swap-Geschäfte fällig. Insgesamt erhielt die ASEAG im Berichtsjahr Zahlungen in Höhe von 744.878 EUR aus der Dieselpreisabsicherung.

Der beizulegende negative Zeitwert der verbliebenen Swap-Geschäfte beträgt zum Bilanzstichtag 538.421 EUR nach bankeneigenen, proprietären Bewertungsmodellen der Commerzbank AG, Frankfurt. Aufgrund der gebildeten Bewertungseinheiten der Swaps mit den antizipierten Dieselbezügen sind keine Rückstellungen für drohende Verluste aus den Swap-Geschäften

zum Bilanzstichtag zu bilden. Selbst bei einer negativen Marktwertentwicklung ist keine Drohverlustrückstellung nach § 249 (1) Satz 1 HGB für die antizipierten künftigen Beschaffungsgeschäfte zu bilanzieren, da nach IDW RS HFA 4.25 in dem Saldierungsbereich schwebender Geschäfte auch über das schwebende Geschäft hinausgehende konkrete wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden dürfen.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieabsatzverträge (Strom und Gas) werden abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaftliches Steuerungssystem, aus dem die gebildeten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse sowie ihre Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Abschluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement strukturiert die Beschaffung und den Absatz der Energiemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Büchern (unter anderem Vertriebsbuch, Beschaffungsbuch). Das implementierte Risikomanagementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikolimiten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulation und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitragsrechnung erfasst jedes gebildete Vertragsportfolio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen

Bedingungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zurechenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume bestehen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2025 betroffen. Sollte die Deckungsbeitragsrechnung eines Vertragsportfolios einen negativen Deckungsbeitrag aufweisen, wird hierfür eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Nachtragsbericht

Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflusst haben, sind nicht eingetreten.

Aachen, den 31. Mai 2023

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft
mit beschränkter Haftung Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern-Kapitalflussrechnung

		2022 TEuro	2021 TEuro
1.	+/- Konzernjahresüberschuss	43.103	21.474
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	59.202	44.712
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	26.044	16.729
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-25.305	-62.168
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-62.406	-40.258
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	72.613	48.466
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.568	-9.908
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	21.506	43.685
9.	- Sonstige Beteiligungserträge	-21.542	-13.627
10.	+/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	0	6.656
11.	-/+ Ertragssteuerzahlungen	0	-4.008
12.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	111.647	51.753
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-3.434	-3.045
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.719	2.160
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-109.084	-128.175
16.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.823	10.519
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.867	-3.006
18.	+ Erhaltene Zinsen	304	2.160
19.	+ Erhaltene Dividenden	18.125	13.627
20.	= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-95.414	-105.760
21.	+ Einzahlungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	19.677	42.053
22.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	64.621	44.233
23.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-40.244	-29.617
24.	+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	4.528	2.781
25.	- Gezahlte Zinsen	-8.138	-7.413
26.	- Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter	-16.639	-15.857
27.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	23.805	36.180
28.	= Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds	40.038	-17.827
29.	+/- Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	5.185	9.824
30.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	27.893	35.896
31.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	73.116	27.893

Konzern-Eigenkapitalspiegel

	Eigenkapital des Mutterunternehmens					
	Rücklagen			Summe	Konzernjahres- fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe
Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen andere Gewinn- rücklagen	Euro			
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Stand am 31.12.2020	14.049.880,00	43.753.000,00	70.840.351,93	114.593.351,93	-114.577.485,91	14.065.746,02
Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	15.000.000,00	15.000.000,00	-15.000.000,00	0,00
Ausschüttung an außen- stehende Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	5.213.582,36	5.213.582,36	0,00	5.213.582,36
Entnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	23.785.169,19	23.785.169,19
Stand am 31.12.2021	14.049.880,00	43.753.000,00	91.053.934,29	134.806.934,29	-105.792.316,72	43.064.497,57
Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	6.716.248,30	6.716.248,30	-6.754.755,95	-38.507,65
Ausschüttung an außen- stehende Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	832.641,05	832.641,05	0,00	832.641,05
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	44.421.072,10	44.421.072,10
Stand am 31.12.2022	14.049.880,00	43.753.000,00	98.602.823,64	142.355.823,64	-68.126.000,57	88.279.703,07

..... Nicht beherrschende Anteile Konzern-eigenkapital

Nicht beherrschende Anteile vor Eigen- kapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
Euro	Euro	Euro	Euro
182.868.717,09	-8.608.148,23	174.260.568,86	188.326.314,88
0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	-957.172,58	-957.172,58	-957.172,58
9.782.210,50	0,00	9.782.210,50	14.995.792,86
0,00	-227.958,75	-227.958,75	-227.958,75
0,00	-2.310.721,34	-2.310.721,34	21.474.447,85
192.650.927,59	-12.104.000,90	180.546.926,69	223.611.424,26
38.507,65	0,00	38.507,65	0,00
0,00	-869.760,18	-869.760,18	-869.760,18
0,00	0,00	0,00	832.641,05
0,00	-1.318.432,40	-1.318.432,40	43.102.639,70
192.689.435,24	-14.292.193,48	178.397.241,76	266.676.944,83

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2022, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beach-

tung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen

können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeig-

Bericht des Aufsichtsrats

ner Prüfungsachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 31. Mai 2023

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Lickfett
Wirtschaftsprüferin



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2022 (Konzernbilanzsumme 1.614.089.617,25 EUR; Konzernjahresüberschuss 43.102.639,70 EUR) und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2022 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2022 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 24. Juni 2022 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2022 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 16. Juni 2023

Der Aufsichtsrat



Keupen
Vorsitzende

Impressum

E.V.A.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Gestaltung rachiq-design, Aachen

Foto Cover istock/Hilda Weges

Druck frank druck+medien GmbH&Co. KG, Aachen

